



**Fachbereich Sozialwissenschaften
Masterstudiengang Politikwissenschaft
5. Semester**

**Die Eingliederung von Spätaussiedlern in Deutschland
Eine qualitative Analyse in der Hansestadt Hamburg**

von

Olesja Zimmermann

**Master Thesis zur Erlangung
des akademischen Grades
Master of Arts (M.A.)
in Politikwissenschaft**

Gutachter

Prof. Dr. Stefan Luft, Universität Bremen
Dr. Ulrike Borchardt, Universität Hamburg

Eingereicht von

Olesja Zimmermann
Matrikel-Nummer: 2474113

Bremen, 16.11.2012

Lohhof 36
20535 Hamburg

E-Mail: olesja-zimmermann@web.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1-4
2.	Forschungsstand.....	5-8
3.	Theoretische Auseinandersetzung.....	9-22
3.1.	Klassische Modelle von Assimilation.....	9-12
3.2.	Neuere Modelle von Assimilation.....	12-14
3.3.	Theorien der Eingliederung in der deutschsprachigen Migrationsforschung.....	15-21
3.4.	Zwischenfazit.....	22
4.	Zur Situation der Aussiedler.....	23-34
4.1.	Geschichtlicher Hintergrund.....	23-25
4.2.	Entwicklung der Aussiedlerzuwanderung.....	26
4.3.	Aufnahmebedingungen und Gesetzeslage.....	26-30
4.4.	Migrationsmotive.....	30-31
4.5.	Aussiedlersituation und -integration.....	31-34
4.6.	Zwischenfazit.....	34
5.	Aussiedler- und Integrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.....	35-47
5.1.	Aussiedlerpolitik.....	35-37
5.2.	Integrationsmaßnahmen.....	38-47
5.2.1.	Leistungen auf staatlicher Ebene.....	38-41
5.2.2.	Leistungen auf Länderebene am Beispiel der Freien und Hansestadt Hamburg.....	41-44
5.2.3.	Zivilgesellschaftliches Engagement.....	44-46
5.3.	Zwischenfazit.....	47
6.	Empirische Untersuchung.....	48-56
6.1.	Das Interview als Methode der empirischen Sozialforschung.....	48
6.2.	Das problemzentrierte Interview.....	49-50
6.3.	Das Leitfaden-Interview.....	50-51
6.4.	Das Experten-Interview.....	52-53
6.5.	Die Stichprobe.....	53-54
6.6.	Datenerhebung und Datenerfassung.....	54-55
6.7.	Qualitative Datenanalyse.....	55-56

7.	Empirische Ergebnisse.....	57-84
7.1.	Persönliche Erfahrungen im Eingliederungsprozess.....	57-61
7.2.	Zum Verständnis von Integration	61-69
7.2.1.	Integrationsbegriff.....	61-62
7.2.2.	Die drei Ebenen der Integration.....	62-65
7.2.3.	Integrationsdeterminanten.....	65-69
7.3.	Integrationsbarrieren.....	70-78
7.4.	Bewertung der Integrationspolitik.....	79-82
7.5.	Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse.....	83-84
8.	Fazit.....	85-88
	Literaturverzeichnis	89-97
	Anhang.....	98-104

1. Einleitung

Die Debatte um die Integration von Zuwanderern erfährt sowohl in der medialen Berichterstattung als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit starke Beachtung, nicht zuletzt durch umstrittene Veröffentlichungen über die gescheiterte Integration und die drohende Überfremdung in Deutschland. Um die Migrantengruppe der Aussiedler geht es dabei selten. So handelt die vorliegende Policyanalyse über die Integration¹ von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion (SU) in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1993 machen die Aussiedler aus der ehemaligen SU 90% der Aussiedlermigration nach Deutschland aus (Dietz 1999a: 154) und bilden bis heute die größte Aussiedlergruppe. Aussiedler stellen eine spezifische Migrantengruppe dar, die sich in Bezug auf ihre Migrationsmotive, Aufnahmebedingungen und den Integrationsprozess von anderen Migrantengruppen stark unterscheidet.

Die vorliegende Arbeit soll die genannten Spezifika der Aussiedlergruppe beleuchten und zur Ergebnismessung und Bewertung der Aussiedlerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland beitragen, um mögliche Problemlösungsansätze zu erarbeiten und diese an die politische Ebene weiterzugeben. Betont werden soll die Notwendigkeit der Integration von Aussiedlern in Deutschland, an der alle drei Ebenen Einwanderungsgesellschaft, Politik und Aufnahmegesellschaft beteiligt sind.

Fragen der Integration sind in der Migrations- und Integrationsforschung verortet. Dabei stellt sich die Frage, wie Immigranten in Deutschland ihr Leben arrangieren und wie sich das Zusammenleben der unterschiedlichen Ethnien und Kulturen gestalten lässt. In Bezug auf Russlanddeutsche² wurde in der Literatur mehrheitlich von einer gelungenen Integration gesprochen. Aufgrund der kulturellen Nähe zur ehemaligen Heimat der Vorfahren wurde

¹ In der vorliegenden Arbeit werden die Begriffe Integration und Eingliederung synonym verwendet. Beide Begriffe beschreiben den Eingliederungsprozess der Einwanderer in die Aufnahme- und Einwanderungsgesellschaft. Betont werden soll an dieser Stelle, dass der Begriffsgebrauch keine normative Bewertung oder gar ideologische Weisung der Autorin zum Ziel hat.

² Der Begriff Russlanddeutsche („russkie nemcy“, russ. *Российские немцы*) bezeichnet Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. „Spätaussiedler ist in der Regel ein deutscher Volkszugehöriger, der die Republiken der ehemaligen Sowjetunion nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten im Geltungsbereich des Gesetzes seinen ständigen Aufenthalt genommen hat, wenn er zuvor 1. seit dem 8. Mai 1945 oder 2. nach seiner Vertreibung oder der Vertreibung eines Elternteils seit dem 31. März 1952 oder 3. seit seiner Geburt, wenn er vor dem 1. Januar 1993 geboren ist und von einer Person abstammt, die die Stichtagsvoraussetzung des 8. Mai 1945 nach Nummer 1 oder des 31. März 1952 nach Nummer 2 erfüllt, es sei denn, daß Eltern oder Voreltern ihren Wohnsitz erst nach dem 31. März 1952 in die Aussiedlungsgebiete verlegt haben, seinen Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten hatte.“ (§ 4 BVFG). Die Begriffe Aussiedler, Spätaussiedler und Russlanddeutsche werden in der vorliegenden Arbeit synonym verwendet. Wenn von Aussiedlern und Russlanddeutschen die Rede ist, dann beziehen sich beide Begriffe auf den rechtlichen Status der Spätaussiedler gemäß § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) aus der ehemaligen SU.

angenommen, dass Russlanddeutsche keinen Problemen bei der Integration unterliegen. Ihr privilegierter Status als Nachfahren deutscher Migranten bot ihnen bis in die 90er Jahre große Vorteile gegenüber anderen Migrantengruppen in Deutschland (Liebenstein 2010). Neben erleichterten Einreisebedingungen genossen sie großzügige staatliche Eingliederungshilfen. Seit Anfang des 20sten Jahrhunderts ist zunehmend zu beobachten, dass Spätaussiedler Schwierigkeiten im Eingliederungsprozess aufweisen. In der Öffentlichkeit wurde den Integrationsproblemen der Spätaussiedler wenig Aufmerksamkeit geschenkt, da sie bis dato ohne großes Aufsehen in Deutschland lebten. In den letzten Jahren erschienen jedoch zunehmend Studien zu Sprachbarrieren, der erschwerten Eingliederung am Arbeitsmarkt und Kriminalität von Russlanddeutschen (Liebenstein 2010). „Von der erfolgreichen Integration der etwa acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in der Nachkriegszeit sind die heutigen Aussiedler weit entfernt“ (Harris 1999: 261).

Trotz des zu verzeichnenden Rückgangs in der Einwanderung von Spätaussiedlern seit Mitte der 90er Jahre stellen die angeführten Integrationsprobleme eine Herausforderung für die Aufnahmegesellschaft und die Politik dar. Aussiedler bilden in der Bundesrepublik Deutschland eine Minderheit, aber keine Randgruppe. Es besteht jedoch die Gefahr, dass diese Migrantengruppe zu einer Randgruppe wird, wenn ihre Integration nicht gelingt. Um dies zu vermeiden, ist eine Auseinandersetzung mit der Integration von Russlanddeutschen unabdingbar. Spätaussiedler sind ein Teil der deutschen Bevölkerung. Ihre Eingliederung muss Kernbestandteil der deutschen Integrationspolitik sein.

Informationen über Lebenszusammenhänge und Ausreisemotive der Aussiedler sind ferner wichtig, um die Aufnahmegesellschaft aufzuklären, Vorurteile abzubauen und um Voraussetzungen für die erfolgreiche Integration der Aussiedler in die bundesdeutsche Gesellschaft zu schaffen. Denn der Aufbau interethischer Kontakte hängt wesentlich von der wechselseitigen Aufklärung beider Gruppen ab. Denn je größer die Kenntnisse der Aussiedler über die autochthone Gesellschaft sind, desto größer ist die Kontaktwahrscheinlichkeit. Auch die Bereitschaft zur Kontaktaufnahme mit den Aussiedlern wächst mit zunehmenden Kenntnissen der Aufnahmegesellschaft über die Ausreisemotive und Aussiedlersituation (Lanquillon 1985: 62-68).

Migration und Integration werden verstärkt in der Gesellschaft, in der Politik und in der Forschung diskutiert. Debattiert wird über die Migranten und ihre Integration. Zu kurz kommt jedoch die unmittelbare und subjektive Meinung der Migranten selbst. Was verstehen sie unter dem Konzept der Integration? Wie gestaltet sich ihre Lebenswelt im Einwanderungsland? Vor welche Schwierigkeiten sehen sie sich gestellt? Sowohl in der

Politik als auch in der Migrations- und Integrationsforschung werden Zuwanderer, die Hauptakteure des Integrationsprozesses, außen vor gelassen (Tröster 2003: 7). Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, diese Unvollständigkeit aufzuheben, indem die subjektiven Sichtweisen und Erfahrungen der Betroffenen mittels halbstrukturierter Interviews ermittelt werden und der Untersuchungsgruppe die Möglichkeit gegeben wird, sich in den Integrationsdiskurs einzubringen. Ferner stellen Befragungen von Aussiedlern eine wesentliche Informationsquelle bei der Informationssammlung und Aufklärung dar und fördern somit die Kontaktbereitschaft zwischen der Einwanderungs- und der Aufnahmegesellschaft (Dietz/Hilkes 1992: 49f.).

Geleitet wurde die Befragung von den aus dem Forschungsstand und der theoretischen Auseinandersetzung abgeleiteten Hypothesen. Die Integrationstheorien widmen sich den beiden unabhängigen Variablen *Person*, den Immigranten und *Umgebung*, der Aufnahmegesellschaft. Beiden Variablen werden unterschiedliche Funktionen im und Auswirkungen auf den Integrationsprozess beigemessen. In Bezug auf die erste Variable, in diesem Fall die Aussiedler, wurden drei Hypothesen herausgearbeitet. Wie im Forschungsstand konstatiert, unterscheiden sich Aussiedler in ihrer Integration von anderen Migrantengruppen. So lautet die erste Hypothese **H1**: Russlanddeutsche weisen spezifische Integrationsvoraussetzungen auf, die sie von anderen Migrantengruppen unterscheiden. Daraus folgt die zweite personenbezogene Hypothese **H2**: Die spezifischen Integrationsvoraussetzungen von Aussiedlern lassen ein höheres Integrationspotenzial als bei anderen Migrantengruppen erkennen. In den letzten Jahren sind zunehmende Integrationsschwierigkeiten in der Aussiedlerintegration zu vermerken. Aus dieser Beobachtung folgt die dritte personenbezogene Hypothese **H3**: Russlanddeutsche integrieren sich trotz ihrer spezifischen Integrationsvoraussetzungen nicht reibungslos. Sie werden wie alle anderen Migrantengruppen mit spezifischen Integrationsproblemen im Integrationsprozess konfrontiert. In Bezug auf die Umgebungsfaktoren soll untersucht werden, welche Rolle die Einwanderungsgesellschaft und die politische Ebene im Eingliederungsprozess spielen. Somit lautet die erste umgebungsbezogene Hypothese **H4**: Neben den Migranten spielt die Aufnahmegesellschaft eine zentrale Rolle im Eingliederungsprozess. Je größer die Aufnahmebereitschaft der Aufnahmegesellschaft und damit die Möglichkeit der Einwanderer, an der Aufnahmegesellschaft zu partizipieren, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer gelingenden Integration. In Bezug auf den zweiten Faktor der Variable *Umgebung*, die politische Ebene wird angenommen, dass neben den beiden Ebenen Migranten und Aufnahmegesellschaft die politische Ebene eine weitere

zentrale Komponente im Eingliederungsprozess darstellt. Je geringer eine Integrationspolitik restriktiver Art ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit der Integration (**H5**). Die dargestellten Hypothesen werden mittels der computergestützten qualitativen Datenanalyse überprüft.

In dieser Arbeit soll es nicht um eine historische Darstellung der Wanderungsgeschichte der Aussiedler gehen, auch geht es nicht um eine umfassende Ausführung über die Lebenssituation der Aussiedler in Deutschland. Beide Forschungsschwerpunkte wurden ausführlich an anderer Stelle bearbeitet (Brandes 1993; Ipsen-Peitzmeier/Kaiser 2006). Diese Arbeit will anhand des Forschungsstandes und der qualitativen Analyse aufzeigen, wie sich die Integration der Aussiedler vollzieht, bestimmt durch die integrationspolitischen und rechtlichen Bedingungen in Deutschland. Nach einem Überblick über den Forschungsstand und der Einführung in die Integrationstheorien folgt eine Darstellung der Aussiedlersituation. Von Interesse sind hierbei besonders die Lebenswelten und -bedingungen der Aussiedler. Schwerpunkt der Untersuchung bildet die in Kapitel fünf diskutierte Ebenen übergreifende Aussiedler- und Integrationspolitik. Da die qualitative Erhebung in der Hansestadt Hamburg stattfand, soll ferner auf die hamburgischen Integrationsmaßnahmen eingegangen werden. Im empirischen Teil der Arbeit soll zunächst eine Darstellung der angewandten Methode, des Interviews als Methode der empirischen Sozialforschung, erfolgen. Im letzten Kapitel werden abschließend die Ergebnisse der qualitativen Analyse dargelegt. Das Fazit bietet eine übergreifende Zusammenfassung aller Ergebnisse der vorliegenden Arbeit. Von Bedeutung sind hierbei die Bewertung der Aussiedler-Integrationspolitik und die Erarbeitung von handlungsweisenden Anregungen für die politische Ebene, wie die Integration von Russlanddeutschen besser gelingen kann.

2. Forschungsstand

Die Aussiedlerforschung stellt einen marginalen Themenschwerpunkt in der Migrations- und Integrationsforschung dar. Erst seit den späten 1970er Jahren werden Aussiedler als eine eigenständige Migrantengruppe wahrgenommen und thematisiert. Einen Aufschwung erfuhr die Aussiedlerforschung Ende der 80er Jahre, als die Aussiedlerzahlen in Deutschland rapide zunahmen und mit der Zeit die ersten Schwierigkeiten bei der Eingliederung der Aussiedler zu vernehmen waren (Tröster 2003: 41). Seit Anfang der 90er Jahre ist ein gestiegenes wissenschaftliches Interesse an der Lebens- und besonders der Integrationssituation der Aussiedler zu verzeichnen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung findet in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen statt, wie in Geschichte, Geographie, Soziologie, Ökonomie, Ethnologie und Volkskunde, Sprach- und Literaturwissenschaft sowie Psychologie (Bade/Oltmer 1999: 40f.). Untersucht wurden sowohl die unterschiedlichen Bedingungen der Deutschen in den Herkunftsgebieten als auch die vielfältigen Integrationsprobleme in der Bundesrepublik (Althammer 1992: 15). Seit Anfang des neuen Jahrhunderts hat das Forschungsinteresse in der Aussiedlerforschung mit den abnehmenden Zuzugszahlen der Aussiedler abgenommen.

In zahlreichen historischen Arbeiten wurde die Geschichte der Deutschen in Russland untersucht. Angefangen mit der Einwanderung und Besiedlung des russischen Reiches durch die deutsche Minderheit bis zur Rückwanderung der Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland (Hilkes 1990; Brandes 1993; Einfeld/Herdt 1996; Ingehorst 1997; Brake 1998).

Die Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland wurde unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet. In den 90er Jahren konzentrierten sich die Forscher in diesem Zusammenhang vorrangig auf die formale und strukturelle Dimension von Integration. Es lag in der Forschungspraxis, Erklärungsansätze für die sichtbaren Integrationsschwierigkeiten darzubringen und Empfehlungen zur Problembewältigung zu formulieren (Kiel 2009: 41). So haben sich Andreas Baaden und Klaus J. Bade in zahlreichen Publikationen mit den rechtlichen Aufnahmebedingungen für Aussiedler in Deutschland auseinandergesetzt (Bade 1994; Baaden 1997; Bade/Oltmer 1999). Jochen Oltmer hat ferner die Migrationspolitik Deutschlands in einem historischen Überblick Revue passieren lassen und dabei auch die Aussiedlerpolitik berücksichtigt (Oltmer 2003).

Zahlreiche Studien sind darüber hinaus zur Lebenssituation der Aussiedler in der Bundesrepublik entstanden. Im Mittelpunkt der Untersuchungen steht die erschwerte

Arbeitsmarkt- und Erwerbssituation von Aussiedlern (Schafer/Schenk/Kühn 1995; Koller 1997; Greif/Gediga/Janikowski 1999; Westphal 2002).

Wichtige Untersuchungsvariablen bildeten stets die soziokulturellen und ethnischen Faktoren sowie persönliche Identitätskonflikte im Eingliederungsprozess (Ingehorst 1997; Franzke/Schönhuth 2003; Ipsen-Peitzmeier/Kaiser 2006). Die Untersuchungen konzentrieren sich auf die sprachlichen Barrieren im Rahmen der Linguistik (Meng 2001; Reitemeier 2003) sowie auf die gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziokulturelle Eingliederung von Aussiedlern (Dietz/Hilkes 1992; Baaden 1997; Dietz 1999b; Franzke/Schönhuth 2003). Die Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Aussiedler ein Leben „zwischen zwei Welten“ führen, das von Identitätsunsicherheiten geprägt ist und ein „Wechselbad der ethnisch-kulturellen Identitäten“ darstellt (Reitemeier 2006: 227). Trotz eines großen Anpassungswillens und eines starken Zugehörigkeitsgefühls zur Aufnahmegesellschaft bestehen viele Aussiedler, insbesondere die jüngere Generation, auf der Wahrung ihrer kulturellen Werte. Die Selbstidentifikation als „Deutscher“ oder „Russe“ hängt von unterschiedlichen Größen ab. Zentrale Faktoren sind hierbei das Alter und die Integrationserfahrungen in Deutschland (Wierling 2004).

Seit Ende der 90er Jahre widmen sich mehrere Studien der Integrations- und Sozialarbeit mit Aussiedlern. So nennt Baden unterschiedliche Modelle, Konzepte und Arbeitsansätze zur Eingliederungsarbeit mit Aussiedlern (Baaden 1997). Reitemeier untersucht ferner Kommunikationssituationen und Interaktionsverläufe zwischen Aussiedlern und Einheimischen, um die spezifischen Schwierigkeiten im Interaktionsprozess zu beleuchten und Bewältigungsstrategien zu entwickeln (Reitemeier 2006).

Ein zentrales Forschungsinteresse galt stets der Lebenssituation jugendlicher Aussiedler in Deutschland (Dietz 1997; Schmitt-Rodermund/Silbereisen 2002; Babka von Gostomski 2003; Vogelsang 2008). Die Vorreiterrolle in der Erforschung der Integration von Aussiedlerjugendlichen nehmen die Studien von Barbara Dietz zur formalen, schulischen, beruflichen und familiären Integration von jugendlichen Aussiedlern ein (Dietz 1997). In einer Längsschnitt-Analyse erforschen Schmitt-Rodermund und Silbereisen die individuelle Veränderung der psychosozialen Anpassung bei jugendlichen Aussiedlern nach der Einwanderung (Schmitt-Rodermund/Silbereisen 2002)³. Babka von Gostomski kommt in seiner quantitativen Studie zum Gewalthandeln von männlichen türkischen, deutschen und

³ Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass mit der in Deutschland verbrachten Zeit das problematische Verhalten von Aussiedlerjugendlichen wie depressive Verstimmungen, Schulprobleme oder exzessiver Alkoholkonsum abnimmt. Zurückzuführen ist diese Beobachtung auf den akkulturativen Prozess, den die Jugendlichen während der Eingliederung durchlaufen (Schmitt-Rodermund/Silbereisen 2002).

Aussiedlerjugendlichen zu dem Ergebnis, dass Anerkennungsverluste auf der institutionellen und der sozial-strukturellen Dimension von Integration gewalttätiges Agieren fördern (Babka von Gostomski 2003).

In den letzten zehn Jahren wecken ferner Verhaltensauffälligkeiten wie Suchtverhalten und Kriminalität das Forschungsinteresse im Bereich der Aussiedlerforschung (Barth/Schubert 2002; Kawamura-Reindl/Keicher/Krell 2002; Czycholl 2003; Haug/Baraulina/Babka von Gostomski 2008). Die Studien können keine erhöhte Kriminalitätsbelastung von Aussiedlern nachweisen. Verglichen mit der autochthonen Gesellschaft und anderen Migrantengruppen fallen Aussiedler im Durchschnitt weniger kriminell auf. Allerdings treten männliche junge Aussiedler in Bezug auf die Kriminalitätsbelastung als eine zentrale Risikogruppe auf (Haug/Baraulina/Babka von Gostomski 2008)⁴. In einer Studie zu Rauschmittelproblemen von Aussiedlern belegt Czycholl, dass die Prävalenz von Drogenkriminalität, -konsum und -abhängigkeit in der Gruppe der jugendlichen und jungen erwachsenen Aussiedler weit über der entsprechenden Gruppe der Einheimischen liegt. Somit spielen die mit der Migration einhergehenden Belastungen wie Verständigungsschwierigkeiten, Ablehnung und Arbeitslosigkeit einen zentralen Faktor im Konsumverhalten von Rauschmitteln bei Aussiedlerjugendlichen (Czycholl 2003).

Aktuelle Erscheinungen in der Aussiedlerforschung konzentrieren sich weiterhin auf den Spracheinfluss und -erwerb des Deutschen (Kallfell 2012) und die Identitätsunsicherheiten und kulturellen Selbstzuschreibungen von Aussiedlern (Stöbel 2010)⁵. Ferner untersucht Söhn den Einfluss des Rechtsstatus von Migranten auf die Bildungschancen der Betroffenen. Dabei wirkt der Aussiedlerstatus positiv auf die Bildungschancen von Aussiedlerkindern und -jugendlichen (Söhn 2011). Geiling/Gardemin/Meise beleuchten in ihrer Arbeit die Möglichkeiten der sozialen und politischen Partizipation von Spätaussiedlern und türkeistämmigen Deutschen (Geiling/Gardemin/Meise 2011).

⁴ Als Erklärungsfaktoren für das kriminelle Verhalten nennen die Autoren soziale Randlage (Arbeitslosigkeit, sozialräumliche Segregation), migrationsspezifische strukturelle Benachteiligung, öffentliche und institutionelle Diskriminierung und kulturelle Verhaltensnormen (patriarchales Männlichkeitsbild, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen), ferner die familiäre Erziehung, auffälliger Medienkonsum und Cliquesbildung (Haug/Baraulina/Babka von Gostomski 2008).

⁵ In ihrer Dissertation fokussiert sich Stöbel auf die kulturellen Selbstzuschreibungen als *Deutsche* oder als *Russe* von jugendlichen Aussiedlern. Die Längsschnittanalyse zeigt, dass sich die Jugendlichen im Durchschnitt sowohl als *Deutsche* und als *Russen* beschreiben, wobei die Selbstzuschreibung als *Deutscher* über die Zeit stabil bleibt und die Selbstzuschreibung als *Russe* abnimmt. Die kulturellen Selbstzuschreibungen werden im Wesentlichen von dem wahrgenommenen Akkulturationskontext bestimmt. Ferner kann Stöbel deutliche Parallelen zwischen den Identifikationsprozessen, Akkulturationseinstellungen, Peerbeziehungen und dem Sprachgebrauch jugendlicher Aussiedler nachweisen. So wirken sich der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung, positive Erfahrungen mit der Aufnahmegesellschaft und ein zunehmender Gebrauch der deutschen Sprache positiv auf die Selbstzuschreibung als *Deutscher* aus. Diskriminierungserfahrungen verstärken wiederum die Identifikation der Jugendlichen als *Russe* (Stöbel 2010).

Auseinandersetzungen mit der Aussiedlerpolitik und -integration aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive sind rar. Eine Übersicht über die Aussiedlerpolitik bis zum 20. Jahrhundert leisten die klassischen Werke zur Aussiedlerintegration (Bade 1994; Baaden 1997; Dietz 1999). Die angeführten Publikationen beschränken sich auf die Beschreibung der rechtlichen Bedingungen der Aussiedlerimmigration. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird die praktische Umsetzung des politischen Konzepts zur Aussiedlerintegration beleuchtet. Bejaht werden die Erhöhung der Integrationsmittel⁶ und die Netzwerkarbeit für die Integration von Spätaussiedlern (FES 2000). Trotz dieser positiven Entwicklungen sei die Eingliederung von Russlanddeutschen erheblich schwieriger geworden (Welt 2000).⁷ Eine Studie von Karsten Roesler widmet sich der Frage, inwieweit die tatsächlichen Bedürfnisse der Spätaussiedler in den konzeptionellen Überlegungen zur Förderungspolitik und -integration des Bundes berücksichtigt werden. Roesler plädiert für eine adressatengerechtere Hilfe im Sinne der Effizienzsteigerung in den Förderungs- und Integrationsmaßnahmen des Bundes (Roesler 2003). In seiner Publikation bilanziert Christoph Bergner, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, die Aussiedler- und Minderheitenpolitik der Bundesrepublik. Bergner kommt zu dem Ergebnis, dass es an einer Anpassung des gesetzlichen Rahmens für die Aussiedleraufnahme an aktuelle Handlungserfordernisse bedarf. Zu den Handlungserfordernissen zählt Bergner die Sprachförderung, die Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und die Stärkung der Aussiedlerorganisationen in Deutschland (Bergner 2009).

Die Rarität politikwissenschaftlicher Arbeiten zum Thema Aussiedlerpolitik und -integration verwundert insofern, dass das Integrationskonzept einen Doppelcharakter aufweist. Es ist sowohl ein wissenschaftlich-analytisches als auch politisch-normatives Konzept (Geißler 2004: 287). Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Integration ist immer auch Teil einer politischen Untersuchung, der Politikfeldanalyse (oder Policyanalyse). Die vorliegende Arbeit soll dem Doppelcharakter des Integrationskonzeptes gerecht werden und einen Beitrag zu einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Aussiedlerpolitik und Aussiedlerintegration leisten.

⁶ So wurden die Integrationsmittel von 32 auf 45 Millionen DM im Jahr 2000 aufgestockt (Welt 2000: 13). Laut des Finanzplans des Bundes für die Jahre 2011-2015 wird die Finanzierung der Integrationskurse im Jahr 2012 um rund 6 Millionen Euro auf 224 Millionen Euro erhöht (Bundesministerium der Finanzen 2012: 35). Diese Ausgaben legen eine deutliche Aufstockung der Integrationsmittel des Bundes nahe.

⁷ Als Gründe für die problematische Eingliederung von Russlanddeutschen werden folgende Ursachen genannt: fehlende Deutschkenntnisse, zunehmender kultureller Abstand, fehlende Arbeitsmarktintegration, Community-Bildung (Welt 2000: 12).

3. Theoretische Auseinandersetzung

Die Begriffsdiskussion in der Migrations- und Integrationsforschung ist sehr weitläufig und divergierend. Daher soll im Folgenden eine Begriffsdiskussion die Bandbreite der Definitionen zur Eingliederung von Einwanderern in der Aufnahmegesellschaft darstellen und einen Überblick über die einzelnen Theorien liefern. In der anschließenden Analyse wird auf die einzelnen Erkenntnisse, die für die Eingliederung der Aussiedler relevant sind, zurückgegriffen, ohne dabei ein Postulat für einen der Begriffe zu stellen. Das Ziel dieses Kapitels ist nicht, eine allgemeine Definition des Integrationsbegriffes aufzustellen. Am Ende des theoretischen Teils wird der Versuch unternommen, die Begriffsdiskussion um Integration und Assimilation zu systematisieren, um den Zugang zur Analyse zu erleichtern.

3.1. Klassische Modelle von Assimilation

Robert E. Park (1950)

Die Wurzeln der Integrationsforschung liegen in der klassischen Assimilationstheorie der Chicago-School. Die Theorie beruht auf den US-amerikanischen Erfahrungen mit der europäischen Immigration Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Als wichtigster Vertreter dieser Denkrichtung gilt Robert E. Park. Sein Assimilationsmodell dient später als Vorlage für alle weiteren Assimilationskonzepte. In seinem Werk *Race and Culture* (1950) beschreibt Park den Verlauf interethischer Beziehungen als einen *race-relation-cycle*, der einen gradlinigen und kontinuierlichen Assimilationsprozess darstellt. Der *race-relation-cycle* ist in fünf Phasen gegliedert: Moderne Kommunikationsmöglichkeiten und Migration schaffen neue Kontakte. Diese Entwicklung forciert wiederum neue Formen des Wettbewerbs und des Konflikts. Auf der anderen Seite intensivieren die wachsenden Kontakte die Intimität zwischen den am Assimilationsprozess beteiligten Akteuren, was letztendlich zur Akkommodation und unter Umständen zur Assimilation führt. Laut Park ist dieser Prozess progressiv und irreversibel (Park 1950: 149-151). Dabei stellt die Akkommodation eine Vorstufe zur Assimilation dar. Akkommodation beschreibt einen Anpassungsprozess, in dem die sozialen Beziehungen und Einstellungen so organisiert sind, dass sie Konflikte vorbeugen bzw. reduzieren, den Wettbewerb kontrollieren und eine gewisse Sicherheit in der gesellschaftlichen Ordnung bieten, an der unterschiedliche Gruppen partizipieren. Konfliktprävention ist das Ziel des Anpassungsprozesses. Unter Assimilation verstehen Park und Burgess die Herausbildung einer gemeinsamen Kultur. Die kulturelle Verschmelzung erfolgt durch soziale Interaktionen zwischen der Einwanderungs- und der

Aufnahmegesellschaft (Park/Burgess 1969: 360f.). Somit setzt Park voraus, dass Assimilation nur durch das Vorhandensein einer aufnahmefreundlichen Mehrheitsgesellschaft gelingen kann, die frei ist von Diskriminierung, Vorurteilen und Rassismus (Park 1967: 281). Als zentrale Assimilationsdeterminanten zählen Park und Burgess die Häufigkeit und Intensität der sozialen Interaktionen, die Möglichkeiten der Partizipation an der Aufnahmegesellschaft, kulturelle Übereinstimmung und Sprachkenntnisse (Park/Burgess 1969: 363f.).

Das Assimilationsmodell der Chicago-School ist ein interaktionistisches Konzept, das im Gegensatz zu handlungstheoretischen Konzepten die Intersubjektivität im Verhältnis der einzelnen Akteure hervorhebt. Hier werden Handelnde nicht ihrer Umwelt gegenübergestellt, sondern handelnde Personen und Umwelt stehen in einer intersubjektiven Beziehung zueinander (Aumüller 2009: 50).

Shmuel N. Eisenstadt (1954)

Im Gegensatz zu Park betrachtet Eisenstadt den Assimilations- bzw. Integrationsprozess nicht als eine lineare, unabänderliche oder notwendige Entwicklung. Eisenstadt liefert erste Erkenntnisse, dass Integration durch Brüche und Abschwünge geprägt sein kann. Im Vordergrund steht hier die Vielschichtigkeit des Integrationsprozesses.

Eisenstadt wählt einen rollentheoretischen Ansatz, in dem das Verhalten der Individuen von der Struktur des sozialen Systems, seinen Erwartungen, Werten, Handlungsmustern und Verhaltensweisen bestimmt wird (Aumüller 2009: 238).

Den Prozess der Eingliederung unterteilt Eisenstadt in *adaptation* (Anpassung) und *absorption* (Aufnahme bzw. Assimilation). Anpassung meint allgemein die Übernahme von Verhaltensrollen. Ein Teilaspekt der Anpassung bezieht sich auf die Aneignung und Beherrschung sozialer Rollen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Darüber hinaus findet Anpassung durch den Kontakt- und Beziehungsaufbau mit der Aufnahmegesellschaft statt. Anpassung meint drittens Entfaltung und Wahrung einer positiven Identifikation mit dem neuen sozialen Gefüge und ihrem Wertesystem (Eisenstadt 1952: 225). Die Aufnahme wird von drei Größen auf der individuellen Ebene des Immigranten bestimmt: 1. von dem Migrationsmotiv und der Erwartung von der Migration, 2. von der sozialen Struktur des Migrationsprozesses (Eisenstadt 1954: 5) und 3. von der gesellschaftlichen und kulturellen Integration (Eisenstadt 1954: 8). Neben den individuellen Determinanten spielt die Struktur der *Mainstream-Gesellschaft* eine entscheidende Rolle, indem sie erstens über die Position der Immigranten im Aufnahmesystem entscheidet und indem sie zweitens die Anpassungsleistung des Immigranten anerkennt oder ihn einem

Integrationsdruck aussetzt. Das Ende des Eingliederungsprozesses ist mit der vollständigen institutionellen Integration des Immigranten erreicht. Eisenstadt stellt jedoch fest, dass ein Endstadium der Eingliederung empirisch nicht nachweisbar ist (Eisenstadt 1954: 259).

Milton M. Gordon (1964)

Gordons Werk *Assimilation in American Life* war bestimmend für die Migrations- und Integrationswissenschaft des 20. Jahrhunderts. Gordon betrachtet den Assimilationsprozess in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen und analysiert die soziale Struktur „großer Gruppen“⁸ (Gordon 1964: 7f.). Der Assimilationsprozess wird bei Gordon von sieben Variablen bestimmt: 1. Gordon grenzt die Assimilation als einen sozialen Prozess deutlich von der Akkulturation als einen kultureller Prozess ab. Die *kulturelle Assimilation* beinhaltet die Angleichung der kulturellen Verhaltensmuster des Immigranten an das kulturelle Verhalten der Aufnahmegesellschaft und bezieht sich damit auf den Einwanderer als Akteur. Die Akkulturation stellt hier keine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Eingliederung dar. 2. Die *strukturelle Assimilation* bezieht sich indes auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen und meint den Aufbau von Primärbeziehungen zwischen beiden Gruppen. 3. Die *marital assimilation* (eheliche Assimilation) steht für die Entstehung von Mischehen. 4. Die *identifikationale Assimilation* spiegelt sich in dem Zugehörigkeitsgefühl des Immigranten zur Aufnahmegesellschaft wider. 5. Die Variable *attitude receptional assimilation* bezieht sich auf die Aufnahmegesellschaft und meint den Abbau von Vorurteilen. 6. Ähnlich ist die Variable *behaviour receptional assimilation* konnotiert, sie steht für den Abbau von Diskriminierung vonseiten der Aufnahmegesellschaft. Gordon tritt deutlich für die Antidiskriminierung ein, da Diskriminierung den Immigranten den Zugang zur Mehrheitsgesellschaft erschwert und damit das entscheidende Stadium der strukturellen Assimilation behindert. 7. Die *zivile Assimilation* bezeichnet die Abwesenheit von Werte- und Machtkonflikten in der Gesellschaft (Gordon 1964: 71). Im Gegensatz zu Park versteht Gordon die Eingliederung nicht als ein Stufenmodell. Die einzelnen Stadien können wie bei Eisenstadt in der Reihenfolge variieren oder ausgelassen werden. Als Kernvariable des Assimilationsprozesses betrachtet Gordon die strukturelle Assimilation. Erst durch die gesellschaftliche und institutionelle Teilhabe des Immigranten an der Mehrheitsgesellschaft öffnen sich die anderen Stadien des Assimilationsprozesses (Gordon 1964: 81). Damit betont

⁸ Gordon bezieht sich in seiner Analyse auf die vorherrschenden ethnischen Gruppen in Amerika als „large groups“. Die Analyse der sozialen Strukturen dieser Gruppen und ihr Zusammenleben stehen im Vordergrund seiner Arbeit (Gordon 1964: 7f.).

Gordon die entscheidende Rolle der Aufnahmegesellschaft bei der Eingliederung von Immigranten.

Assimilation ist bei Gordon nicht das postulierte Endziel des Eingliederungsprozesses, sie findet einfach statt. Ziel ist vielmehr die Eingliederung des Immigranten in die Aufnahmegesellschaft ohne den Verlust des Gemeinschaftslebens in der ethnischen Primärgruppe.

3.2. Neuere Modelle von Assimilation

Segmented-Assimilation-Theory (Portes/Zhou 1993)

Portes und Zhou behandeln in ihrem Werk *The New Second Generation: Segmented Assimilation and its Variants* (1993) den Generationenwandel im Eingliederungsprozess von Immigranten. Die Autoren analysieren den sozialen Abstieg der zweiten Generation der Einwanderungsgesellschaft in den USA und widersprechen mit ihrer Studie den Vorstellungen der klassischen Assimilationstheorie, wonach die Anpassung an die amerikanische Mehrheitsgesellschaft über Generationen hinweg linear verläuft. Beide Autoren entwickeln anhand ihrer Ergebnisse das Modell der *segmented assimilation*. Portes und Zhou kommen zu dem Ergebnis, dass veränderte Rahmenbedingungen zu drei möglichen Ergebnissen der Eingliederung führen können. Als erstes mögliches Ergebnis des Eingliederungsprozesses sehen die Autoren die *Mainstream-Assimilation* nach dem klassischen Verständnis einer zunehmenden Akkulturation und eines Aufstieges in die Mittelschicht der Mehrheitsgesellschaft. Eine gegenläufige Entwicklung sehen die Autoren in der Abwärtsassimilation (*downward assimilation*), die sie als sozialen Abstieg des Immigranten definieren. Als dritte Variante nennen die Autoren die selektive Akkulturation. Hier findet der ökonomische Aufstieg der Immigranten in die Mehrheitsgesellschaft parallel zur Wahrung des Zusammenhalts in der ethnischen Community statt (Portes 1995: 251). Damit existiert für die Autoren keine ideale Strategie der Anpassung an die Lebensumstände der Mehrheitsgesellschaft.

Welches der drei Modelle sich im Eingliederungsprozess ausbildet, hängt von den individuellen Ressourcen wie materielle Ressourcen, Bildungsstand und Berufserfahrung ab, die der Immigrant mitbringt. Der Aufstieg bzw. Abstieg der Einwanderungsgesellschaft wird darüber hinaus durch die Zugangsbedingungen im Aufnahmeland bestimmt (Portes 1995: 252). Rassismus, Diskriminierung und veränderte Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt

konstituieren starke Zugangsbarrieren (Portes/Rumbaut 1996: 250-253).⁹ Die Richtung der Eingliederung hängt ferner von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht der Mehrheitsgesellschaft ab. Das Wohnen in Ballungsgebieten führt zur Anpassung an die städtische Unterschicht, was wiederum zum dauerhaften Abstieg führen kann (Portes 1995: 252). Diese Erkenntnis widerspricht der klassischen Assimilationstheorie, die einen Abstieg im Eingliederungsprozess ignoriert.

Als einen zentralen Faktor der Eingliederung betrachtet Portes den Zusammenhalt der ethnischen Communities. Die Bindung an die ethnische Community kann sich sowohl positiv als auch negativ auf die Eingliederung auswirken. Auf der einen Seite gewährt sie soziale Unterstützung und Schutz vor einer Abwärtsassimilation. Auf der anderen Seite kann sie den Zugang zur Aufnahmegesellschaft verwehren und damit den sozialen Aufstieg in der *Mainstream-Gesellschaft* verhindern. Insgesamt kommt Portes zu der Erkenntnis, dass die Bindung an die ethnische Community den Eingliederungsprozess positiv bedingt (Portes 1995: 252-262).¹⁰ Diese Feststellung bereichert die Integrations- und Assimilationsforschung insofern, dass die vorangegangenen Theorien der Eingliederung von Immigranten die Bedeutung der ethnischen Community bis dato ignoriert oder marginalisiert haben.

Neue Assimilationstheorie nach Alba/Nee (2003)

Alba und Nee kritisieren an der klassischen Assimilationstheorie und der *Segmented-Assimilation-Theory*, dass hier vorhandene ethnische Grenzen als exogen gegeben und starr betrachtet werden. Eine derartige Betrachtungsweise kann nicht die im 21. Jahrhundert zu beobachtenden Grenzveränderungen und die Entstehung einer diversifizierten ethnischen Gesellschaft erklären. Alba und Nee beobachten unterschiedliche Formen von Grenzveränderungen.¹¹ Die Veränderungen der ethnischen Grenzen begründen die Autoren mit dem demografischen Wandel und dem sozioökonomischen Aufstieg von Einwanderern am Beispiel asiatischer und lateinamerikanischer Immigranten in den USA Ende des 20.

⁹ Veränderte Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt schränken die Aufstiegsmöglichkeiten der Immigranten ein. Portes' Analyse des Arbeitsmarktes in den USA zeigt, dass Immigranten überwiegend in arbeitsintensiven Bereichen wie in der Manufaktur und im Dienstleistungssektor tätig sind. Diese Sektoren bieten ihnen wenige Aufstiegsmöglichkeiten. Portes und Rumbaut vergleichen den US-amerikanischen Arbeitsmarkt mit einer Pyramide, deren Ebenen mit *blue-color and white-color occupations* (Portes/Rumbaut 1996: 249) besetzt sind.

¹⁰ Portes begründet die positive Wirkung ethnischer Communities im Eingliederungsprozess mit der moralischen und ökonomischen Unterstützung durch die Community. Die Community eröffnet den Immigranten den Zugang zu Bildung, Kirche, Arbeit und zu sozialen Kontakten. Möglichkeiten, die den Immigranten in der Aufnahmegesellschaft verwehrt bleiben (Portes 1995: 256f.).

¹¹ Im klassischen Sinne betrachten die Autoren die *Grenzüberschreitung*, die Bewegung einer Gruppe in eine andere, ohne einer Veränderung der sozialen Grenze. *Das Verwischen von Grenzen* bedeutet, dass der Umriss einer sozialen Grenze und die Unterschiede zwischen den beiden Seiten einer Grenze verschwimmen. *Grenzverschiebung* meint die Verlagerung sozialer Grenzen von einer Seite auf die andere (Alba/Nee 2004: 29f.).

Jahrhunderts. Als zentrale Ursache der Grenzveränderungen betrachten die Autoren die sozialen Interaktionen zwischen den Mitgliedern verschiedener Gruppen. Diese Interaktionen beruhen auf dem gleichen Status der beiden Gruppen. Die Gleichstellung zwischen den Gruppen wird wiederum durch den sozioökonomischen Wandel und institutionelle Mechanismen in Form von Gleichstellungsrechten gefördert (Alba/Nee 2004: 30). Dabei messen die Autoren dem institutionellen Wandel eine zentrale Rolle bei. Erst durch die Erweiterung formaler Rechte und ihre Durchsetzung für ethnische Minderheiten wird Assimilation möglich. Sie steigern die Kosten der Diskriminierung, führen zu einer Veränderung von Werten und Einstellungen gegenüber den Einwanderern und fördern einen ethnischen Pluralismus (Alba/Nee 2004: 34f.).

Trotz ihrer Kritik halten die Autoren aufgrund der empirischen Evidenz und Dominanz der *Mainstream-Assimilation* an der klassischen Assimilationstheorie fest und betonen, dass sich ohne einer Theorie, die sich den Veränderungen ethnischer Grenzen widmet, keine Prognosen über die Eingliederungsprozesse im 21. Jahrhundert machen lassen (Alba 2008: 53). In ihrem Werk *Remaking the American Mainstream* (2003) stellen die Autoren fest, dass unter den Einwanderungsgruppen des 20. Jahrhunderts über Generationen hinweg eine zunehmende Anpassung der Lebenschancen stattgefunden und sich der englische Monolingualismus durchgesetzt hat. Unter Assimilation verstehen Alba und Nee die Abnahme der Relevanz ethnischer Unterscheidungen, “the decline of an ethnic distinction and its corollary cultural and social differences. Decline means in this context that a distinction attenuates in salience, that the occurrences for which it is relevant diminish in number and contrast to fewer and fewer domains of social life” (Alba/Nee 2003: 11). Im Laufe des Eingliederungsprozesses spielt die ethnische Herkunft der Individuen in der Beziehung zwischen zwei ethnischen Gruppen keine Rolle mehr. Im Unterschied zum klassischen Verständnis von Assimilation unterscheiden sich jedoch die einzelnen Assimilationsprozesse der unterschiedlichen ethnischen Gruppen in ihrer Form und Ausprägung (Alba/Nee 2004: 33).

3.3. Theorien der Eingliederung in der deutschsprachigen Migrationsforschung

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (1973)

In seiner empirischen Studie *Soziologie des Fremdarbeiterproblems* (1973) untersucht Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny die Fremdarbeiterproblematik der italienischen Gastarbeiter in der Schweiz. Das Charakteristikum der Analyse und der Annahmen Hoffmann-Nowotnys liegt in der starken Einbeziehung der autochthonen Gesellschaft und der Einwanderungspolitik des Immigrationslandes:

„The fact that an analysis of the so-called foreign worker problem primarily reveals problems of the immigration country rather than problems of the immigrants themselves teaches us one thing: a sociology of the foreign worker problem should be a sociology of the immigration country rather than a sociology of the foreign workers” (Hoffmann-Nowotny 1973: 334).

Hoffmann-Nowotny unterscheidet zwischen der Integration und Assimilation von Immigranten. Die begriffliche Differenzierung begründet Nowotny mit der Unterscheidung der beiden Dimensionen Kultur und Gesellschaft. Assimilation bedeutet in diesem Sinne Akkulturation, die Partizipation an der Kultur (Sprache, Werte, Normen). Die Assimilationsbereitschaft und Assimilation der Migranten versteht Hoffmann-Nowotny als Funktion der Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft. Demzufolge kann von den Einwanderern nicht erwartet werden, dass sie sich bemühen, Teil der Kultur der Aufnahmegesellschaft zu werden, wenn sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden (Hoffmann-Nowotny 1987: 61f.). Die Integration stellt die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben der Aufnahmegesellschaft dar (z.B. in Gewerkschaften und Vereinen) (Hoffmann-Nowotny 1973: 172). Dabei betrachtet Hoffmann-Nowotny zwei Dimensionen der Integration, die strukturelle und die soziale Integration. Die strukturelle Integration beinhaltet zwei Variablenblöcke: 1. restriktive Bedingungen in Bezug auf den Berufs- und Stellenwechsel und 2. Faktoren, die sich aus der sozialen und regionalen Herkunft der Einwanderer ergeben, wie formale Bildung und berufliche Qualifikation (Hoffmann-Nowotny 1973: 266). Als soziale Integration ist die Interaktion zwischen der Einwanderungs- und Aufnahmegesellschaft gemeint. Eine Analyse der Interaktionen zwischen beiden Gruppen ergab, dass Kontakte zwischen Einheimischen und Immigranten auf beiden Seiten zu einer gegenseitigen positiven Einstellung geführt haben.¹² Interaktionen können jedoch nur dann gelingen, wenn die strukturbedingten Spannungen wegfallen (Hoffmann-Nowotny 1987: 55).

¹² Zur Messung der Interaktionen werden drei Gruppen von Variablen herangezogen. Eine Variablengruppe soll die physischen Kontakte am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft messen. Eine zweite Gruppe von Variablen beinhaltet die Interaktionen im privaten Bereich anhand von Mitgliedschaften in Vereinen oder von gegenseitigen Besuchen. Eine dritte Variablengruppe misst die Intensität der Interaktionen anhand der

Hoffmann-Nowotny betrachtet den Zusammenhang zwischen Kultur und Gesellschaft als Interdependenzverhältnis. Dabei bestimmt die gesellschaftliche Dimension die kulturelle Dimension. Somit ist Integration als Vorstufe zur und Bedingung für Assimilation zu verstehen. Die Hypothese lautet: „[...] je größer die Chancen der Einwanderer bzw. ihrer Kinder sind, an den Werten der Gesellschaft zu partizipieren, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für eine Assimilation“ (Hoffmann-Nowotny 1973: 173).

Die Kernauffassung Hoffmann-Nowotnys ist, dass die Integration von der Öffnung bzw. Sperrung der zentralen Statuslinien für die Einwanderer abhängt. Zu den zentralen Statuslinien zählt Hoffmann-Nowotny berufliche Stellung, Einkommen und Bildung. In seiner Studie kommt Hoffmann-Nowotny zu dem Ergebnis, dass die Öffnung der Statuslinien durch unterschiedliche Formen der Diskriminierung beschränkt wird. Er unterscheidet zwischen *institutionalisierter Diskriminierung* in Form gesetzlicher Einschränkungen¹³ und *nicht institutionalisierter Diskriminierung*, z. B. Bevorzugung Einheimischer bei der Einstellung, ungleiche Behandlung von Einheimischen und Einwanderern durch Behörden oder *Akte individueller Aggression* (Hoffmann-Nowotny 1973: 195). Dieses Ergebnis verdeutlicht die zentrale Rolle, die die autochthone Gesellschaft und die Einwanderungspolitik bei der Integration von Einwanderern spielen. Somit plädiert Hoffmann-Nowotny am Ende seiner Abfassung über das Gastarbeiterproblem in der Schweiz für den Abbau interner Restriktionen im Umgang mit Einwanderern und für eine völlige interne Freizügigkeit der Einwanderer. Für eine gelungene Eingliederung von Immigranten bedarf es darüber hinaus an Anstrengungen zur Förderung der Allgemeinbildung und berufliche Qualifikation der Einwanderer. Ferner plädiert Hoffmann-Nowotny für eine Erhöhung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, Chancengleichheit und Partizipations- und Wirkungsmöglichkeiten von Immigranten. Solch eine Wende im politischen Umgang mit Immigranten sieht Hoffmann-Nowotny in der Zukunft jedoch nicht gegeben. In dieser Hinsicht bleibt die Marginalität der Einwanderer weitgehend erhalten (Hoffmann-Nowotny 1973: 310-317).

Hartmut Esser (1980)

Wie kein anderer hat der Soziologe Hartmut Esser die Integrationsforschung im deutschsprachigen Raum geprägt. Esser kritisiert an der klassischen Assimilationstheorie und den beiden Folgetheorien, dass diese bestimmte empirische Entwicklungen für alle

Interaktionshäufigkeiten und die Interaktionsqualität anhand der Beurteilung der Interaktionen durch die Interaktionspartner (Hoffmann-Nowotny 1973: 273).

¹³ Zu den in der Schweiz zu beobachteten rechtlichen Einschränkungen zählen Restriktionen hinsichtlich des Familiennachzugs, des Berufs-, Stellen- und Kantonswechsels, der Aufenthalts- und Arbeitbewilligungen (Hoffmann-Nowotny 1973: 310).

Eingliederungsprozesse generalisieren ohne dabei die dahinterstehenden Mechanismen genau zu modellieren und die Ausgänge des Assimilationsprozess in einem übergreifenden theoretischen Schema zu erklären (Esser 2008: 82, 87). Sein Versuch gilt einer umfassenden Theoriebildung anhand der Identifizierung von Faktoren, die den Eingliederungsprozess bestimmen.

Esser betrachtet drei Teilaspekte der Eingliederung. Bei der ersten Ebene, der Akkulturation handelt es sich um den Prozess der Angleichung an das Aufnahmesystem durch das Aneignen kultureller Verhaltensweisen und Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft. Die zweite Stufe der Eingliederung bezeichnet Esser als Integration, ein Zustand des Gleichgewichts. Esser unterscheidet hierbei zwischen der Sozialintegration, dem Einbezug der Einwanderer in das gesellschaftliche Geschehen in Form von Gesetzen, politischer Partizipation, Arbeitsmarktintegration etc. (Esser 2001: 8) und der *Systemintegration* als den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt (Esser 2001: 16f.).

Als dritte Stufe der Integration betrachtet Esser die Assimilation. Assimilation ist der Zustand der Ähnlichkeit des Migranten zum Aufnahmesystem bezüglich Verhaltensweisen, Orientierungen und interaktive Verbindungen. Im Gegensatz zum klassischen Assimilationsbegriff besagt „Assimilation“ im Esserschen Sinne „nicht die spurlose Auflösung aller Unterschiede zwischen den Menschen, sondern lediglich die Verringerung systematischer Unterschiede zwischen den Gruppen [etwa in Bildung, Einkommen, Branchenverteilung oder Heiratsverhalten] und die Angleichung in der Verteilung der betreffenden Merkmale“ (Esser 2001: 74). Esser untergliedert den Assimilationsbegriff in folgende vier Dimensionen: 1. Bei der *kognitiven/kulturellen Assimilation* handelt es sich um die Sprach- und Normenkenntnisse, Fertigkeiten und die Verhaltenssicherheit der Einwanderer. 2. Die *strukturelle Assimilation* steht für die Inklusion in die zentralen Institutionen und Beziehungsgeflechte der Mehrheitsgesellschaft, darunter das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. 3. Die *soziale Assimilation* umfasst interethnische Kontakte zwischen beiden Gruppen und die Partizipation der Immigranten an der Aufnahmegesellschaft. 4. Die *identifikative Assimilation* drückt sich in der Rückkehrabsicht, im ethnischen Zugehörigkeitsgefühl und dem Festhalten an ethnischen Bräuchen der Einwanderergruppe aus (Esser 1980: 221).

Essers Postulat für die Assimilation macht andere Formen der Eingliederung unmöglich. Als Alternativen zur (*individuellen*) Assimilation, der Integration in die Aufnahmegesellschaft sind bei ihm nur die (*individuelle*) *Segmentation* als alleinige soziale Integration in die ethnische Gruppe und die *multiple Inklusion* als parallele soziale Integration in beide sozialen

Systeme möglich (Esser 2004: 46f.). Essers Konzept der *multiplen Inklusion* darf jedoch nicht mit dem Konzept einer multikulturellen Gesellschaft verstanden werden. Die *multiple Inklusion* setzt die *individuelle Assimilation* voraus und ist ohne weiteres kaum denkbar. Kulturelle und ethnische Pluralisierung ist nur dort möglich, wo sie im privaten und persönlichen Bereich stattfindet (Esser 2004: 47f., 59). In Bezug auf die (*individuelle*) *Segmentation* kommt Esser letzten Endes zu dem Ergebnis, dass diese nicht mit der funktional differenzierten Gesellschaft der heutigen Zeit zu vereinbaren ist (Esser 2004: 58).

Essers Eingliederungsmodell grenzt sich deutlich von dem klassischen Modell der Chicago-School im methodischen Ansatz ab. Essers Theorie verfolgt im Gegensatz zum Parkschen interaktionistischen Konzept einen handlungstheoretischen Ansatz. Als Grundlage dienen der methodische Individualismus und die kognitive Theorie des Lernens und Handelns. Daraus leitet Esser vier Variablen des Handelns von Zuwanderern, der *Person* ab: 1. die *Motivation*, verstanden als Push- und Pull-Faktoren, 2. die *Kognition*, darunter kulturelle/religiöse Nähe, Wanderungsdistanz und Anwesenheit von Bezugspersonen im Aufnahmesystem, 3. die *Attribuierung* in Form von Ausbildung und sozialer Schicht und 4. der *Widerstand* in Form von Familienstand, Segregation und Bezugsgruppen (Esser 1980: 220).

Aus diesen vier Variablen heraus entwickelt Esser seine erste Hypothese in Bezug auf die Einwanderungsgesellschaft:

„Je intensiver die Motive eines Wanderers in [b]ezug auf eine bestimmte Zielsituation; je stärker die subjektiven Erwartungen eines Wanderers sind, dass diese Zielsituation über assimilative Handlungen und/oder assimilative Situationen erreichbar ist; je höher die Handlungsattribution für assimilative Handlungen ist; und je geringer der Widerstand für assimilative Handlungen ist, umso eher führt der Wanderer – *ceteris paribus* – assimilative Handlungen (aller Art [...]) aus“ (Esser 1980: 211).

Neben den Einwanderern spielt die *Umgebung*, die Aufnahmegesellschaft, eine zentrale Rolle bei der Eingliederung. Aufbauend auf dem handlungstheoretischen Ansatz entwickelt Esser drei umgebungsbezogene Variablen: 1. *Handlungsoportunitäten* als unterstützende Bedingungen und Gelegenheiten, 2. *Barrieren* als materielle und soziale Faktoren, die assimilative Handlungen einschränken (rechtlicher Rahmen, Vorurteile, Diskriminierung) und 3. *alternative Handlungsoportunitäten* nicht-assimilativer Art.

In Bezug auf die zweite Variable *Umgebung* stellt Esser folgende Hypothese auf:

„Je mehr assimilative Handlungsoportunitäten dem Wanderer im Aufnahmesystem offen stehen; je geringer die Barrieren für assimilative Handlungen im Aufnahmesystem sind; und je weniger alternative Handlungsoportunitäten nicht-assimilativer Art verfügbar sind, umso eher führt der Wanderer – *ceteris paribus* – assimilative Handlungen aus“ (Esser 1980: 211).

Die Transnationalismus-Debatte

Die durch die Globalisierung und Europäisierung bedingten Veränderungen der internationalen Wanderungsbewegungen Ende des 20. Jahrhunderts warfen neue migrations- und integrationswissenschaftliche Fragen auf. In diesem Zusammenhang sind zwei zentrale Perspektiven zu nennen: der Transnationalismus und der Multikulturalismus.

Aus der transnationalen Perspektive entsteht basierend auf den globalen und europäischen Verflechtungsbeziehungen eine neue Form der internationalen Wanderungsbewegung, die *Transmigration*. Dabei ist „der Wechsel zwischen Orten in verschiedenen Nationalgesellschaften keine einmalige bzw. vorübergehende Ausnahmeerscheinung, sondern wiederkehrender Bestandteil von (Über-)Lebensstrategien“ (Pries 2001: 1). Der *Transmigrant* lässt sich von der klassischen Form des Emigranten bzw. Immigranten dahingehend unterscheiden, dass sein Verhältnis zur Aufnahmegesellschaft nicht in der Integration, wie im zweiten genannten Fall, sondern in der Ambivalenz besteht (Pries 2001: 7). *Transmigranten* weisen hybride Identitäten auf, indem sie Elemente der Herkunfts- und Ankunftsregion zu einer Eigenart transformieren. Sie schaffen neue sozial-kulturelle Vergesellschaftungsformen, so genannte *transnationale Sozialräume*, die von plurilokalen und multikulturellen Lebenszusammenhängen geprägt sind (Pries 2001: 8f.). Aus der transnationalen Perspektive ist also eine Assimilation von *Transmigranten* nicht unabdingbar, da die *Transmigration* eine neue Gesellschaftsform fördert, die eine ethnisch-kulturelle Heterogenität und Toleranz gegenüber dem Anderen voraussetzt (Pries 2001: 10f.).¹⁴

Die Multikulturalismus-Debatte

Rainer Geißler übt als Vertreter des Multikulturalismus starke Kritik an Essers assimilativem Integrationskonzept und appelliert gegen dessen *Unvereinbarkeitstheorem* (Geißler 2004: 287). Für Esser ist die Koexistenz verschiedener ethnischer Gruppen im Sinne des Multikulturalismus nicht möglich, da ethnische Vielfalt mit einer vertikalen Schichtung der ethnischen Gruppen einhergeht (Aumüller 2009: 110). Entgegen Essers *Unvereinbarkeitstheorem* basiert Geißlers Modell auf dem *Vereinbarkeitstheorem*, wonach Chancengleichheit und ethno-kulturelle Pluralisierung miteinander vereinbar sind (Geißler 2004: 291). Am Beispiel des Multikulturalismus in Kanada stellt Geißler sein Verständnis von einer *interkulturellen Integration* auf der Basis von *Einheit-in-Verschiedenheit* dar. Dabei

¹⁴ Pries betont an dieser Stelle, dass die klassischen Formen und Folgen der Migration (Emigration/Immigration, Remigration, Diasporamigration) und damit einhergehend die Integration und Assimilation von Migranten in die Aufnahmegesellschaft bestehen bleiben und die Migrationsforschung sowie -politik weiterhin prägen werden (Pries 2001: 9).

steht *Einheit* für die kognitive Integration, die individuellen Kenntnisse und die Akzeptanz der Verfassung, Gesetze, Grundwerte und Sprache. *Einheit* spiegelt sich darüber hinaus in den interethnischen Kontakten und der *hierarchischen Doppelidentität*¹⁵ wider. *Verschiedenheit* meint das Recht auf kulturelle Differenzen, ethnische Gemeinschaften und Doppelidentität (Geißler 2004: 291f.). Zur Umsetzung des Konzepts der *interkulturellen Integration* bedarf es an politischem Management und der *aktiven Akzeptanz*. Geißler unterteilt die *aktive Akzeptanz* in drei Dimensionen: 1. Akzeptanz der Notwendigkeit der Einwanderung¹⁶, 2. Akzeptanz der Notwendigkeit der interkulturellen Integration nach dem Prinzip *Einheit-in-Verschiedenheit* und 3. *diversity mainstreaming* als politische und gesellschaftliche Aktivität im Integrationsprozess (Geißler 2004: 295f.). Das Konzept der *interkulturellen Integration* bezeichnet Geißler als einen normativen und humanen Gegenentwurf zum assimilativen Integrationsprozess, das es zu fördern gilt, weil es die Balance zwischen den unterschiedlichen Gruppeninteressen fördert, die Bedürfnisse der Minderheiten respektiert und den Assimilationsdruck von den Migranten nimmt (Geißler 2004: 295).

¹⁵ Die hierarchische Doppelidentität setzt voraus, dass sich das Individuum an erster Stelle als Staatsangehöriger eines Landes begreift und sich erst an zweiter Stelle einer ethnischen Gruppe zugehörig fühlt (Geißler 2004: 292).

¹⁶ Die Notwendigkeit der Einwanderung betrachtet Geißler vor dem Hintergrund ökonomischer, demografischer und humanitärer Gründe für die Einwanderung.

Tabelle 1: Begriffsdiskussion

Person	Quelle	Wortlaut	Definition	Dimensionen
Robert E. Park	<i>Race and Culture (1950)</i>	Assimilation		
Shmuel N. Eisenstadt	<i>The Absorption of Immigrants (1954)</i>	<i>adaptation</i> (Anpassung) <i>absorption</i> (Aufnahme bzw. Assimilation)	Übernahme von Verhaltensrollen 1. Motivation zur Migration 2. soziale Struktur der Migration 3. gesellschaftliche und kulturelle Integration 4. Institutionelle Integration	
Milton M. Gordon	<i>Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origins (1964)</i>	Assimilation		1. Kulturelle A. (Akkulturation) 2. Strukturelle A. (Integration) 3. <i>marital assimilation</i> 4. Identifikationale A. 5. <i>attitude receptional assimilation</i> 6. <i>behaviour receptional assimilation</i> 7. zivile Assimilation
Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny	<i>Migration. Ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung (1970)</i>	Integration Assimilation / Akkulturation	Teilhabe an der Statusstruktur der Gesellschaft (Beruf, Einkommen, Bildung etc.) Interaktion zwischen der Einwanderungs- und Aufnahmegesellschaft Angleichung an die Kultur des Aufnahmelandes	1. Strukturelle Integration 2. Soziale Integration
Hartmut Esser	<i>Aspekte der Wanderungssoziologie (1980)</i>	Akkulturation Integration Assimilation	Prozess der Angleichung an das Aufnahmesystem Zustand des Gleichgewichts Zustand der Ähnlichkeit	1. Akkulturation 2. Integration 2.1 Personale I. 2.2 Soziale I. 2.3 Systemische I. 3. Assimilation 3.1 Kognitive A. 3.2 Strukturelle A. 3.3 Soziale A. 3.4 Identifikative A.
Ludger Pries	<i>Migration und Integration in Zeiten der Transnationalisierung oder: Warum braucht Deutschland eine „Kulturrevolution“ (2001)</i>	Ambivalenz/ Gemengelage	transnationale Sozialräume als plurilokale und multikulturelle Lebenszusammenhänge	
Rainer Geißler	<i>Einheit in Verschiedenheit. Die interkulturelle Integration von Migranten - ein humaner Mittelweg zwischen Assimilation und Segregation (2004)</i>	interkulturelle Integration	Vereinbarkeit von Chancengleichheit und ethno-kultureller Pluralisierung	

3.4. Zwischenfazit

Wie sich zeigen lässt, wird der Integrationsbegriff in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung unterschiedlich gebraucht. Ein „homogenes Paradigma mit eindeutiger Forschungsperspektive“ (Aumüller 2009: 248) lässt sich nicht erkennen. Die divergierenden Begriffsanwendungen können nur im Zusammenhang mit den einzelnen Autoren verwendet werden (Aumüller 2009: 131). Die unterschiedliche wissenschaftliche Verwendung des Begriffs Assimilation bzw. Integration lässt sich zum einen mit dem historischen Hintergrund der Auseinandersetzung erklären. Zum anderen unterscheiden sich die Begriffsdefinitionen in ihren methodischen Ansätzen, so wie das Parksche interaktionistische Konzept im Unterschied zum handlungstheoretischen Ansatz bei Esser steht. Ferner divergieren die Theorien in der Vorstellung vom Verlauf des Integrationsprozesses. Dieser wird unter anderem entweder als ein zyklischer, linearer oder stufiger und nicht-linearer Prozess betrachtet. Darüber hinaus werden den beiden Referenzsystemen, der Einwanderungs- und der Aufnahmegesellschaft, unterschiedliche Rollen und Aufgaben im Eingliederungsprozess zugeschrieben. Fakt ist, dass die Auseinandersetzung mit dem Begriff Assimilation bzw. Integration eine lange wissenschaftliche Tradition besitzt. Wo es einst um die Modellbildung der Vergesellschaftung ging, konzentrieren sich aktuelle wissenschaftliche Auseinandersetzungen auf die internationale Migration und ihren Einfluss auf die europäischen Länder. Ferner erfolgt eine Konzentration auf den Nationalstaat und seine Möglichkeiten der politischen Steuerung des Migrationsgeschehens (Aumüller 2009: 249).

Im Unterschied zu den klassischen Assimilationstheorien ist heute der Begriff „Assimilation“ in Politik und Wissenschaft tabuisiert. Durch die Erkenntnisse der segmentierten Assimilationstheorie, dass der zunehmende rassistische Ausschluss von Migranten kombiniert mit dem vergeblichen Versuch der Assimilation ein Risiko für die Immigranten darstellt, erfuhr der Begriff Assimilation eine negative Konnotation. An dieser Stelle wurde die unterstützende Rolle der kulturellen Identität und der ethnischen Community betont. Diese Erkenntnis dominiert bis heute, was dazu geführt hat, dass das wissenschaftliche Konzept der Assimilation an Bedeutung verloren hat (Alba/Nee 2004: 21). Aufgrund der politischen Korrektheit wurde der Assimilationsbegriff durch den Begriff Integration ersetzt, verstanden als Eingliederung von Immigranten in die diversen sozialen Systeme der Gesellschaft ohne der Aufgabe der eigenen kulturellen Identität (Aumüller 2009: 131).

4. Zur Situation der Aussiedler

Zum Verständnis der Integration von Russlanddeutschen ist es unabdingbar, sich mit ihrer dreihundertjährigen Geschichte und der Gesetzgebung im Aufnahmeverfahren auseinanderzusetzen. Nur so lassen sich ihre Migration nach Deutschland, ihr Integrationsverhalten und ihre Deutungsmuster von Integration verstehen. Dieser Teil der Arbeit reicht nur soweit in die Tiefe, wie es für das Verständnis der Ergebnisse notwendig ist.

4.1. Geschichtlicher Hintergrund

17. und 18. Jahrhundert: Die ersten Siedlungsbewegungen

Die Geschichte der Aussiedler in Russland reicht bis in das 17. Jahrhundert zurück. Seitdem waren die Deutschen in mehreren Siedlungsbewegungen nach Russland eingewandert. Bereits unter Zar Peter I. (1682-1725) erfolgte der erste große Zustrom an deutschen Einwanderern. Um den Bestrebungen der territorialen Ausdehnung des Herrschaftsgebietes nachzukommen, wurden qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angeworben. Die ersten deutschen Gemeinden bildeten sich in den Großstädten Moskau, St. Petersburg, Odessa und Kiew. Das Manifest von Zarin Katharina II. (1762-1796) im Jahr 1763 wird als Meilenstein in der Aussiedlergeschichte betrachtet. Es diente der Anwerbung von Bauern zur Besiedlung der erworbenen Gebiete und garantierte den Neuankömmlingen zahlreiche Sonderrechte wie freie Religionsausübung, Befreiung vom Wehrdienst und Selbstverwaltung (Brandes 1993: 19-22). Die ersten und wichtigsten Siedlungsgebiete sind in der mittleren Wolga, in der heutigen Oblast Saratow, im Schwarzmeergebiet, der heutigen Ukraine und im Stadtgebiet Petersburg zu verorten.¹⁷ Trotz des gesetzlichen Anwerbstopps im Jahre 1819 trieben in den folgenden hundert Jahren die Napoleonischen Kriege, wirtschaftliche Misere, Steuererhöhungen und religiöse Verfolgung zahlreiche Deutsche in weitere Teile Russlands, von dem heutigen Moldawien bis nach Kasachstan und Mittelasien. Laut der ersten allgemeinen Volkszählung in Russland im Jahre 1897 lebten zur damaligen Zeit 1,8 Millionen Deutsche in Russland (Kappeler 1987: 10). Bis Mitte des 18. Jahrhunderts lebten die Siedler relativ autonom und verwalteten ihre Siedlungen selbst. Das deutsche Leben spiegelte sich in Form von Kleidung, Sprache, Baukunst und Religion wider. Umfangreiche administrative Reformen setzten den Privilegien und der Autonomie der deutschen Siedler im Jahre 1871 ein Ende. Ihre Siedlungen wurden in die entsprechenden Bezirke eingegliedert. Russisch wurde zur Amtssprache erklärt. Rechtlich wurden die deutschen Siedler zu russischen Bürgern mit deutscher Abstammung (Fenner/Hennings 2001: 26).

¹⁷ Siehe Anhang, S. 98, Abb. 1: Karte zur deutschen Auswanderung und Besiedlung.

Erster und Zweiter Weltkrieg: Nationalismus und Deportation

Parallel zur rechtlichen Gleichstellung der deutschen Siedler verbreitete sich eine Fremdenfeindlichkeit ihnen gegenüber. Ende des 19. Jahrhunderts griff der Nationalismus auch auf Russland über. Dies erschwerte die Lebensumstände und die Pflege der kulturellen Wurzeln der Deutschen erheblich. Trotz der Auswanderung nach Amerika oder der Rückwanderung nach Deutschland als Reaktion auf den wachsenden Nationalismus wuchs die russlanddeutsche Bevölkerung bis 1914 auf 2,4 Millionen Menschen an (Kappeler 1987: 16). Mit dem Ersten Weltkrieg verschärfen sich die Sanktionen und die Unterdrückung gegenüber den Russlanddeutschen. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit wurde verboten und die Versammlungsfreiheit aufgehoben. Russlanddeutsche wurden zunehmend Opfer von Einbrüchen und Enteignungen. An der russischen Westgrenze wurden die ersten Deportationen von Deutschen und Juden ins Landesinnere organisiert. Man fürchtete um ihre Kollaboration mit den heranrückenden deutschen Truppen. Bedingt durch die Bürgerkriege zwischen 1918 und 1920, die nachfolgende Hungersnot und die fortdauernde Enteignung sank die Zahl der Russlanddeutschen im Jahre 1926 auf 1,2 Millionen (Kappeler 1987: 16).

Nach der Lockerung der Lebensumstände, als es den Russlanddeutschen wieder möglich wurde, eine eigene Selbstverwaltung und die Pflege des kulturellen Erbes aufzubauen, traf Stalins Politik der Zwangskollektivierung die deutsche Bevölkerung hart. Das religiöse Leben wurde ausgelöscht. Mit der *Liquidierung des Kulakentums als Klasse* im Jahre 1928 wurden zahlreiche deutsche Bauern nach Sibirien oder Kasachstan deportiert (Brake 1998: 77ff.). Die zunehmende Feindschaft mit den Deutschen spiegelte sich im Umgang mit und dem Misstrauen gegenüber den Russlanddeutschen wider. Sie wurden der Sabotage, der Spionage und der Kollaboration mit dem faschistischen Deutschland beschuldigt (Fenner/Hennings 2001: 30). Anfang 1939 wurden alle deutschen Rajons¹⁸ bis auf die Wolgarepublik aufgelöst. Während des Zweiten Weltkrieges wurden zwei Millionen Menschen deportiert, darunter eine Million der deutschen Aussiedler. Sie wurden in Zwangsarbeitslager der sogenannten Arbeitsarmee (*trudarmija*) nach Mittelasien verschleppt (Baaden 1997: 33). Die Deportation und die harten Lebensbedingungen in den Arbeitslagern kosteten viele Menschen das Leben (Brake 1998)¹⁹.

¹⁸ Rajons (russ. *район*) bedeutet im Deutschen Bezirk und bezeichnet eine Verwaltungseinheit in zahlreichen Ländern der ehemaligen SU.

¹⁹Eine anschauliche Schilderung der Lebenserfahrungen Russlanddeutscher in Zeiten der Deportation und Inhaftierung bietet, in Form autobiografischer Erzählungen, die Studie „Lebenserinnerungen rußlanddeutscher Einwanderer. Zeitgeschichte und Narrativik“ von Klaus Brake (1998).

Nachkriegszeit bis Gorbatschow

Das Kriegsende leitete das Ende der Arbeitsarmee ein. Zwar durften die Gefangenen die Lager verlassen, jedoch wurden sie der NKWD-Kommandantur²⁰ des Volkskommissariats unterstellt. Sie waren gezwungen, ihre Arbeitsplätze zu behalten und konnten dadurch nicht in ihre alten Siedlungsgebiete zurückkehren. Als die Kommandantur 1956 aufgehoben wurde, blieb den Gefangenen die Rückkehr in ihre Heimatregion weiterhin untersagt. Laut einer sowjetischen Volkszählung lebten im Jahre 1959 1,6 Millionen deutsche Siedler in der UdSSR. Das Bestreben der Russlanddeutschen zur Wiedervereinigung ihrer Familien forcierte die Entstehung neuer Siedlungsregionen in Westsibirien, in Kasachstan und Kirgisien. Trotz der Rehabilitierung²¹ blieben die Russlanddeutschen eine ungern gesehene Randgruppe in der sowjetischen Gesellschaft. Ihr kulturelles Leben beschränkte sich auf die Familie. Bedingt durch die Auswanderung in die südlichen Republiken der Sowjetunion, wo bessere Lebensumstände zu erwarten waren, sank die Zahl der Deutschen in der Russischen Republik bis 1970 auf 760.000 Menschen (Baaden 1997: 36f.).

Erst in der Ära Gorbatschows (1985-1991) entspannte sich die Lage für die deutschen Siedler in Russland. Die Liberalisierung unter Gorbatschow ermöglichte den Russlanddeutschen, ihr kulturelles Leben in der Öffentlichkeit weiterzuführen. So wurde der muttersprachliche Deutschunterricht gefördert. Das kirchliche Leben war wieder erlaubt. Russlanddeutsche genossen abermals lokale Mitbestimmungsrechte. Zwei neue Rajons wurden im Altaigebiet (Asowo und Halbstadt) gegründet (Baaden 1997: 40, 44f.).

Heute befinden sich die größten Siedlungsgebiete der Russlanddeutschen in der Region entlang der russisch-kasachischen Grenze und in Nordkasachstan. Wenige Deutsche leben noch in der Ukraine, Kirgisien und den anderen mittelasiatischen GUS-Republiken. Hier ist die Ausreisebewegung, forciert durch die Erleichterungen der Ausreisebestimmungen in der Ära Gorbatschow, besonders groß. Im Vergleich zu Russland wandern auch aus Kasachstan mehr Aussiedler nach Deutschland aus (Baaden 1997: 41f., 58).

²⁰ Das NKWD ist die Abkürzung für Narodny Kommissariat Wnutrennich Del und steht für das Volkskommissariat für Inneres.

²¹ 1964 wurde ein Dekret zur teilweisen Rehabilitierung der Sowjetdeutschen verfasst. Es befreite die Russlanddeutschen von den Anschuldigungen der Kollaboration mit dem faschistischen Deutschland und der Sabotage (Baaden 1997: 37f.).

4.2. Entwicklung der Aussiedler-Zuwanderung

Laut der Jahresstatistik des Bundesverwaltungsamtes wurde im Jahre 2011 eine Neuzuwanderung von insgesamt 2.148 Spätaussiedlern registriert. Der größte Teil, 2.092 Menschen, kam aus der ehemaligen UdSSR. Seit Beginn der Aussiedleraufnahme im Jahre 1950 sind etwa 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland zugewandert (BAMF Stand 01.2011).

Bis Ende der 80er Jahre wurde den Aussiedlern keine große Aufmerksamkeit geschenkt, ihre Aufnahme vollzog sich unbemerkt (Bade/Oltmer 1999: 28). Durch die Liberalisierung der Ausreisebedingungen in Osteuropa ab Mitte der 80er Jahre nahm die Einreise in die BRD rapide zu. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1998 3,9 Millionen (Spät-)Aussiedler nach Deutschland. Die größte Zuwanderung erfolgte zwischen 1988 und 1998. Alleine in diesem Zeitraum wanderten etwa 2,5 Millionen (Spät-)Aussiedler nach Deutschland ein. Zwei Drittel der Aussiedler kamen aus der ehemaligen Sowjetunion (Bade/Oltmer 1999: 21). Den Höhepunkt der Aussiedlerzuwanderung bildete das Jahr 1990 mit 397.073 Aussiedlern. Ab Mitte der 90er Jahre sank die Zuwanderung von Spätaussiedlern stetig. Betrug der Zuzug von Spätaussiedlern etwa 210.000 Menschen im Jahr 1995, fiel er im Jahr 2000 auf rund 100.000 (BMI/BAMF 2009: 53f.).²² Im Jahr 2009 wurden 3.292 und 2011 lediglich 2.092 Einwanderer gezählt (BVA 2012). Als Grund für die abnehmenden Einwanderungszahlen seit Mitte der 90er Jahre werden die verschärften Aufnahmebedingungen in Gesetzgebung, Rechtssprechung und Verwaltung angeführt (Dietz 1999a: 155; Thränhardt 1999: 229). Hinzu kommt, dass die meisten Spätaussiedler bereits in Deutschland leben. Harris sagte bereits 1999 voraus, dass durch die rechtlichen Veränderungen die Aussiedlerzuwanderung in nächster Zukunft enden würde (Harris 1999: 259). Laut der Statistik des BMI und des BAMF ist der Zuzug von Spätaussiedlern noch nicht beendet, jedoch nahm er in den letzten Jahren stark ab, sodass die von Harris getroffene Prognose in den nächsten Jahren realisiert werden könnte.

4.3. Aufnahmebedingungen und Gesetzeslage

Die rechtliche und staatsbürgerliche Gleichstellung wird den Vertriebenen im Artikel 116 Grundgesetz (GG) zugesprochen. Die Grundlage zur Anerkennung und Aufnahme von Aussiedlern bildet das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, auch als Bundesvertriebenengesetz (BVFG) bezeichnet. Es wurde am 19. Mai 1953 verabschiedet und seither mehrmals revidiert. Dabei stehen nicht mehr die Statusfrage und die

²² Siehe Anhang, S. 99, Abb. 2: Zuzug von (Spät-) Aussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland 1985-2009.

Kriegsfolgenbewältigung von Aussiedlern im Vordergrund, sondern die Steuerung der Aussiedlermigration.

Nach der enormen Zuwanderung der Russlanddeutschen Ende der 80er Jahre wurde ihre Eingliederung zu einer bürokratischen und gesellschaftlichen Herausforderung. Durch den gesellschaftlichen und finanziellen Druck mussten die Rahmenbedingungen für die Anerkennung und Aufnahme von Aussiedlern angepasst werden. So wurden die Aufnahmevoraussetzungen verschärft, Eingliederungshilfen gekürzt und die sozialen Kosten auf die Kommunen übertragen.²³

Eine förmliche Regelung des Aufnahmeverfahrens wurde erstmals mit dem Aussiedleraufnahmegesetz (AAG) vom 28. Juni 1990 realisiert. Das AAG setzt voraus, dass das Verwaltungsverfahren bereits vor der Einreise nach Deutschland stattfindet, indem die Aufnahme bereits vom Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten aus beantragt wird. Darüber hinaus wurde die Familienzusammenführung für nichtdeutsche Angehörige von Aussiedlern verschärft. Seither gilt die Bindung der Familienzusammenführung an das Ausländergesetz. Damit wurde der Rechtsstatus der betroffenen Immigranten herabgestuft, soziale Leistungen und Eingliederungshilfen wurden gekürzt (Bade/Oltmer 1999: 29).

Der Aufnahmeeuphorie, die sich in den 80er Jahren in einer bedingungslosen und unbefristeten Aussiedlerzuwanderung widerspiegelte, folgten Vorschläge, nach einer Übergangszeit die Aufnahmeerlaubnis für deutsche Übersiedler gesetzlich zu unterbinden. Als Mittelweg wurde am 21. Dezember 1992 das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) verabschiedet. Damit sollte die Aufnahme von Spätaussiedlern weiterhin unter der Voraussetzung offen bleiben, den jährlichen Zustrom zu begrenzen (Bade 1994: 172). Im KfbG wurden die Aufnahmevoraussetzungen für Aussiedler neu geregelt. Es wurde eine Quotenregelung für Spätaussiedler in Übereinstimmung mit dem Asylkompromiss eingeführt. In Zukunft sollten jährlich nur noch circa 220.000 Aussiedler aufgenommen werden.²⁴ Im Jahr 2000 wurde die Aufnahmequote mit dem Haushaltssanierungsgesetz nochmals auf rund 100.000 Personen pro Jahr herabgesetzt (Welt 2000: 19).

Mit dem KfbG wurde der Aussiedlerstatus nach § 1 Absatz 2 der dritten Fassung des BVFG neu geregelt. Seither ist die Rede von Spätaussiedlern. Laut der zehnten Fassung des BVFG (Stand Dezember 2011) ist ein Spätaussiedler „in der Regel ein deutscher Volkszugehöriger, der die Republiken der ehemaligen Sowjetunion nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten im Geltungsbereich des

²³ Siehe Anhang, S. 99, Abb. 3: Gesetzliche Änderungen der Aussiedleraufnahme.

²⁴ Die Herabsetzung des Jahreskontingents auf 220.000 Personen entspricht dem Durchschnitt der Jahre 1991/92.

Gesetzes seinen ständigen Aufenthalt genommen hat“²⁵ (§ 4 BVFG). Personen, die nach dem 31. Dezember 1992 geboren sind, wird der Spätaussiedlerstatus aberkannt.²⁶ Weitere Ausschlussstatbestände sind in § 5 BVFG geregelt.²⁷ Die Ausschlussgründe wurden mit den einzelnen Änderungen des Bundesvertriebenengesetzes immer wieder erweitert.

Die Zugehörigkeit zum deutschen Volk ist in § 6 des BVFG in der Fassung des Gesetzes zur Klarstellung des Spätaussiedlerstatus (Spätaussiedlerstatusgesetzes) vom 30. August 2001 geregelt. Unterschieden wird zwischen Personen, die vor dem 31. Dezember 1923 geboren sind und Spätgeborenen. Für erstere gilt, dass sie sich in ihrer Heimat zum deutschen Volkstum bekannt haben und dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung oder Kultur nachweisen können (§ 6 Absatz 1 BVFG). Bei Spätgeborenen liegt die deutsche Volkszugehörigkeit vor, wenn sie von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammen und sich zum deutschen Volkstum bekannt haben. Die Abstammung und das Bekenntnis müssen durch die familiäre Vermittlung der deutschen Sprache bestätigt werden (§ 6 Absatz 2 BVFG). Ohne nachgewiesene deutsche Sprachkenntnisse ist eine Anerkennung als Spätaussiedler ausgeschlossen. So werden seit 1997 flächendeckend Anhörungen der Spätaussiedlerbewerber im Herkunftsgebiet zum Sprachnachweis durchgeführt (BMI 2011: 141).

Im zweiten Abschnitt des BVFG (§§ 7-16) sind die Verteilung, Rechte, Leistungen und Vergünstigungen für Spätaussiedler geregelt. Laut des Grundsatzes ist Spätaussiedlern „die Eingliederung in das berufliche, kulturelle und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern. Durch die Spätaussiedlung bedingte Nachteile sind zu mildern“ (§ 7 Absatz 1 BVFG). Das Verteilungsverfahren auf den neuen Wohnraum erfolgt nach einer gesetzlich festgelegten Quotenregelung. Bis zum 31. Dezember 2009 wurden Aussiedler nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler (Wohnzuweisungsgesetz) (1989) von den Bundesländern auf einen vorläufigen Wohnort zugewiesen, wenn sie keiner Erwerbstätigkeit nachgingen oder ihren Lebensunterhalt nicht selbständig beschreiten konnten. Nur an dem zugewiesenen Wohnort standen den Betroffenen Sozialhilfe beziehungsweise Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch zu. Mit Rücksicht auf das Recht zur freien Gestaltung des privaten

²⁵ Als weitere Voraussetzungen der Spätaussiedlerstatus werden die Glaubhaftmachung eines Kriegsfolgeschicksals und der deutschen Volkszugehörigkeit genannt (§ 4 Absatz 1 BVFG).

²⁶ Kinder von Spätaussiedlern, die nach dem 31. Dezember 1992 geboren worden sind, erhalten mit der Aufnahme in Deutschland den Status eines Deutschen mit Anspruch auf Einbürgerung.

²⁷ Zu den Ausschlussstatbeständen zählen unter anderem die Unterstützung des Nationalsozialismus oder einer anderen Gewaltherrschaft (§ 5 Absatz 1a BVFG), ein Verstoß gegen die Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit (§ 5 Absatz 1b BVFG) oder die Ausübung einer Funktion zur Aufrechterhaltung des kommunistischen Herrschaftssystems (§ 5 Absatz 2b BVFG).

Lebensraums trat das Wohnzuweisungsgesetz zum 31. Dezember 2009 außer Kraft. Seitdem besteht die Möglichkeit der freien Wohnortswahl ohne sozialrechtlicher Nachteile (BMI 2011: 144f.).

Spätaussiedlern sowie deren Ehegatten und Abkömmlingen steht ein kostenloser Integrationskurs zu. Dieser enthält einen Basis- und Aufbausprachkurs und einen Orientierungskurs zur Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland (§ 9 Absatz 1 BVFG).²⁸ Die Dauer des Sprachkurses wurde im Laufe der Zeit von zwölf auf sechs Monate gekürzt. Ergänzend zum Integrationskurs erhalten Spätaussiedler vom Bund eine einmalige Überbrückungshilfe und einen Ausgleich für Kosten der Aussiedlung (§ 9 Absatz 2 BVFG).²⁹ Zu den weiteren Integrationshilfen zählen unter anderem die Ergänzungsförderung für Jugendliche (§ 9 Absatz 4 BVFG), Kranken- und Mutterschaftsgeld (§ 11 BVFG)³⁰ sowie eine Renten- und Unfallversicherung (§ 13 BVFG).

Der vierte Abschnitt des BVFG beinhaltet die Regelungen zum Aufnahmeverfahren. Die Zuständigkeit für das Aufnahmeverfahren und die Erteilung des Aufnahmebescheides liegt beim Bundesverwaltungsamt (§ 28 BVFG). Der Aufnahmebescheid wird nach Erfüllen aller Aufnahmevoraussetzungen erteilt. Auf Antrag können unter bestimmten Bedingungen Ehegatten und Abkömmlinge zum Zwecke der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Die Einbeziehung muss vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes erfolgen. Auf die einzubeziehende Person darf keiner der Ausschlussgründe gemäß § 5 BVFG zutreffen. Darüber hinaus müssen Ehegatten seit mindestens drei Jahren mit der Bezugsperson verheiratet sein. Mit dem Zuwanderungsgesetz aus dem Jahr 2005 müssen auch Ehegatten und Abkömmlinge die Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen (§ 27 Absatz 1 BVFG). Erfüllen Ehegatten und Abkömmlinge die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht, werden sie nach den ausländerrechtlichen Bestimmungen behandelt. Sie können jedoch die Staatsangehörigkeit im Wege der Einbürgerung beantragen, wenn sie unter anderem ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen können und ihre bisherige Staatsangehörigkeit ablegen (BMI 2011: 147).

Zum Nachweis des Spätaussiedlerstatus wird den Spätaussiedlern und ihren einbezogenen Ehegatten und Kindern eine Bescheinigung gemäß § 15 Absatz 1 und 2 BVFG vom

²⁸ Zusätzlich zum Integrationskurs werden sozialpädagogische Betreuungs- sowie Kinderbetreuungsangebote gewährt. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmer einen Fahrkostenzuschuss bei unzumutbarer Erreichbarkeit des Kurses (§ 9 Absatz 1 BVFG).

²⁹ Spätaussiedlern aus der ehemaligen UdSSR, Estland, Lettland oder Litauen, die vor dem 1. April 1956 geboren sind, wird zum Ausgleich für den erlittenen Gewahrsam auf Antrag eine pauschale Eingliederungshilfe in Höhe von 2 046 Euro genehmigt. Für Personen, die vor dem 1. Januar 1946 geboren sind, beträgt die pauschale Eingliederungshilfe 3 068 Euro (§ 9 Absatz 3 BVFG).

³⁰ Zu den Voraussetzungen für die Gewährung von Kranken- oder Mutterschaftsgeld zählt unter anderem die Erwerbstätigkeit oder die Erfüllung der dienstlichen Wehrpflicht im Aussiedlungsgebiet (§ 11 Absatz 3 BVFG).

Bundesverwaltungsamt ausgestellt. Durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. August 1999 wurde eine Harmonisierung der Einbürgerung von Spätaussiedlern und ihren Angehörigen geschaffen, indem das bis dahin geltende Einbürgerungsverfahren ersetzt wurde. Somit erwerben Spätaussiedler und ihre Familienangehörige mit der Ausstellung der Bescheinigung automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (BMI 2011: 147).

4.4. Migrationsmotive

Die Motive der Migration sind vielschichtig. Um sie besser erfassen zu können, wird in der Migrations- und Integrationsforschung nach Push- und Pull-Faktoren (Druck- und Sogfaktoren) unterschieden.

Ein zentraler Grund, der die Aussiedler zur Auswanderung drängt, ist die ethnische Diskriminierung als Deutsche in den Herkunftsgebieten und der wachsende Nationalismus in den Ländern der ehemaligen UdSSR (Baaden 1997: 59). Durch eine verstärkte Diskriminierung sehen viele Aussiedler ihre ethnische und religiöse Identität bedroht (Weydt 1992: 83). Eine zunehmende Bedeutung als Push-Faktor erfahren darüber hinaus ökonomische und materielle Motive. Ökonomisch-materielle Beweggründe waren zu Beginn der Aussiedlung von geringer Bedeutung, 1989 gaben lediglich 11% die Aussicht auf bessere Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven als Ausreisegrund an (Kossolapow 1992: 9). 1997 bezeichnet Baaden ökonomische Gründe als wichtigste Aussiedlungsmotive Ende des 20. Jahrhunderts, bedingt durch die soziale und wirtschaftliche Krise Anfang der 90er Jahre in der gesamten russischen Föderation. Darüber hinaus wuchs Mitte der 90er Jahre die Angst vor drastischen Einschränkungen der Ausreisebedingungen für Aussiedler nach Deutschland (Baaden 1997: 59; Bade/Oltmer 1999:27; Tröster 2003: 27).

Als Sogfaktor gilt bis heute das Bewusstsein vieler Aussiedler „als Deutsche unter Deutschen“ leben zu wollen (Kossolapow 1992: 9; Bade/Oltmer 1999: 26). Die Wahrung und Verwirklichung ihrer ethnischen und kulturellen Identität sehen sie heute nur noch in Deutschland gegeben (Heller 1992: 31). In ihrer „alten Heimat“ angekommen, erfahren viele Aussiedler jedoch eine Art Desillusionierung. Mit wachsender Aufenthaltsdauer werden die Migranten mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit konfrontiert. Dabei stellen sie fest, dass ihre Vorstellung von Werten, Normen, Moral und ihre Sprachkenntnisse nicht mit der in Deutschland anzutreffenden Situation übereinstimmen. Ihre „Lebensform aus vergangenen Tagen“ (Ingehorst 1997: 205) findet keinen Platz im neuen „modernen“ Alltag. Aber auch die überhöhten Erwartungen und diffusen Vorstellungen von einem florierenden und sorgenfreien Leben in Deutschland werden in der neuen Heimat oft nicht erfüllt (Ingehorst 1997: 205-208).

Ferner üben Verwandtschaftsbeziehungen eine starke Sogwirkung auf die in der ehemaligen UdSSR lebenden Russlanddeutschen aus (Dietz/Hilkes 1992: 66/Baaden 1997: 61). Dieses Motiv wird unter dem Schlagwort Familienzusammenführung gefasst und beschreibt den Prozess des familiären Nachzugs in das neue Aufenthaltsgebiet.

Heute ist eine klare Wende in den Ausreisemotiven zu verzeichnen. Ethnisch-religiöse Gründe spielen gegenwärtig nur eine marginale Rolle. Auch das Motiv der Familienzusammenführung tritt zurück. Vorrangig sind heute fehlende Zukunftsperspektiven in den Herkunftsgebieten, Unzufriedenheit mit dem politischen System und Angst vor den zunehmenden Nationalitätenkonflikten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Vorstellung von einem wirtschaftlich florierenden und liberalen Deutschland wirkt als zentraler Sogfaktor der Auswanderung. So lässt sich gegenwärtig von einem Geflecht aus sozialen, politischen und wirtschaftlichen Migrationsmotiven sprechen (Tröster 2003: 27).

4.5. Aussiedlersituation und -integration

Mammey stellt bereits in den 90er Jahren fest, dass Aussiedler aus der früheren Sowjetunion sich subjektiv als gut integriert empfinden, obwohl objektiv ihre soziale Lage, gemessen an materiellen Lebensbedingungen, sozialer Zugehörigkeit, sozialen Kontakten und Sprachkenntnissen, als schlecht zu beurteilen ist. Dennoch spreche das subjektive Wohlbefinden der Aussiedler für einen weitgehend glatten Integrationsprozess (Mammey 1999: 125f.). Auch Thränhardt spricht von einer weitgehend schnellen Integration von Aussiedlern. Die direkte Gewährung der Staatsangehörigkeit nach der Aufnahme in Deutschland eröffnet den Aussiedlern volle Zugangsrechte in alle Bereiche der Gesellschaft und des Staates. Darüber hinaus erhalten Aussiedler eine sofortige Arbeitserlaubnis und beziehen umfangreiche Eingliederungsleistungen. Die Privilegien durch die rechts- und wohlfahrtsstaatliche Inklusion machen die Aussiedler zu Mitgliedern der Gesellschaft und begünstigen eine schnelle Integration (Thränhardt 1999: 243).

In der Aufnahmegesellschaft galten Aussiedler bis 1990 als besonders integrationsfähig, hoch motiviert und fleißig. Sie waren als „eine Art Musterbild des Deutschen“, als eine Bereicherung für das Land willkommen (Thränhardt 1999: 232). Nach der zunehmenden Einwanderung Ende der 80er Jahre und der einhergehenden wachsenden Arbeitslosigkeit wurden Aussiedler zu einer Belastung für die Kommunen. Die Kommunen agierten als Träger der Sozialhilfe, die nun für die zahlreichen Aussiedler verantwortlich waren (Thränhardt 1999: 233). Auch in der Gesellschaft machte sich Missmut über die Aussiedler breit. Zum sozialen Neid der autochthonen Gesellschaft auf die finanzielle Förderung von Aussiedlern

durch den Staat gesellten sich Sorgen um die Verteilungssicherheit, Konkurrenzängste und Fremdenfeindlichkeit (Bade 1994: 171). Aussiedler fielen zunehmend durch Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Kriminalität und Gewalt in der Medienberichterstattung auf. Besonders jugendliche Aussiedler traten zunehmend negativ hervor. Ihre mangelnden sprachlichen und schulischen Kenntnisse verwehrten ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Aufnahmegesellschaft. Als Reaktion war ein Rückzug in die ethnische Community zu beobachten (Dietz 1999a: 165-172).

Sprachprobleme stellen die zentrale Barriere im Eingliederungsprozess der Aussiedler dar. Viele Aussiedler beherrschen die deutsche Sprache schlecht oder gar nicht. Dies ist unter anderem auf das Verbot der sowjetischen Regierung, die deutsche Sprache im öffentlichen Leben zu benutzen, zurückzuführen. Somit wurde die russische Sprache zur Alltagssprache. Das Hochdeutsch ist für viele eine neu zu erlernende Fremdsprache (Bade 1994: 155). Aus den Sprachproblemen entstehen Kommunikationsbarrieren im Alltag. Zwar konnte eine hohe Kontaktbereitschaft der Aussiedler zu der Aufnahmegesellschaft festgestellt werden. Aufgrund der Sprachschwierigkeiten gelang es den Russlanddeutschen jedoch nur langsam, Kontakte zur autochthonen Gesellschaft herzustellen (Dietz 1999a: 174).

Neben den Sprachproblemen erschweren die unterschiedlichen Verhaltensmuster, Werteunterschiede³¹ und Vorurteile in der Aufnahmegesellschaft die Kontaktaufnahme. Es bestehen enorme Informationslücken über die Lebenszusammenhänge und Ausreisemotive der Aussiedler. Informationsdefizite führen in der Aufnahmegesellschaft zu Vorurteilen gegenüber den Neuankömmlingen und erschweren den Integrationsprozess (Dietz/Hilkes 1992: 49). Ende der 90er Jahre ist eine zunehmende Spannung zwischen den autochthonen Deutschen und Aussiedlern zu verzeichnen (Dietz 1999a: 169). Der **wachsende Unmut** in der Aufnahmegesellschaft spiegelte sich in der Zuschreibung negativer Merkmale, im ablehnenden Verhalten (Heller 1992: 40), sinkender Akzeptanz und geringer Aufnahmebereitschaft wider (Thränhardt 1999: 229f.).

Die Ablehnung durch die Aufnahmegesellschaft wirkt als das langwierigste Integrationsproblem der Aussiedler (Tröster 2003: 61). Auf die Ablehnung reagieren Aussiedler mit der Suche nach Sicherheit und Stabilität in der eigenen Gruppe (Dietz 1999a: 173). Die Abschottung drückt sich noch heute in der Siedlungskonzentration aus. Unter dem Stichwort „Kleinkasachstan“ oder „Kleinmoskau“ (Bade/Oltmer 1999: 36) sind solche

³¹ Heller weist der autochthonen deutschen Bevölkerung ein rational-instrumentelles Verhalten zu und den Aussiedlern ein emotional bestimmtes Verhalten (Heller 1992: 39). Zentrale Werte in der Aussiedlerkultur nehmen Solidarität, menschliche Wärme und familiäre Nähe ein. Im bundesrepublikanischen Alltag prallen sie auf den in der westlichen Moderne gelebten Individualismus, Materialismus und eine ungewohnte Anonymität (Baaden 1997: 23).

Stadtgebiete gemeint, in denen sich vorwiegend Einwanderergruppen aus demselben Herkunftsland zusammenschließen. Das Phänomen der **Community-Bildung** ist in der Aufnahmegesellschaft negativ besetzt. Communities gelten als Zeichen bewusster Abschottung und mangelnder Integrationsbereitschaft. Ethnische Kolonien sind jedoch in den historischen Einwanderungsprozessen allseits zu beobachten und haben eine gravierende Bedeutung für die Einwanderer. Sie dienen als „Auffangstationen“ und bieten den Neuankömmlingen den notwendigen sozialen Raum, der unterstützend, aktivierend und Zuflucht bietend im Eingliederungsprozess wirkt (Tröster 2003: 35). Bereits 1964 stellt Gordon fest, dass die Community besonders am Anfang des Eingliederungsprozesses dem Neuankömmling Sicherheit und Orientierung bieten kann (Gordon 1964: 242).

Ein weiteres ernstes Problem, das die Eingliederung der Russlanddeutschen erschwert, ist die **Erwerbslosigkeit**. Zentrales Hindernis bei der beruflichen Integration stellen die Sprachprobleme und die niedrigen schulischen und beruflichen Qualifikationen vieler Aussiedler dar. Probleme bei der Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Abschlüssen erschweren ferner die Möglichkeiten, auf mittlerem oder höherem Qualifikationsniveau eine Arbeit zu finden. Besonders betroffen hiervon sind Ärzte und Pädagogen (Heller 1992: 44f.; Bade/Oltmer 1999: 35). Die Beschäftigung von Aussiedlern findet tendenziell in wenig qualifizierten Arbeitsbranchen statt (Dietz 1999a: 169). Rund 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Spätaussiedler sind als ungelernte Nicht-Facharbeiter beschäftigt. Unter 20 Prozent arbeiten als Facharbeiter oder Meister und lediglich zwölf Prozent sind Angestellte. Die Beschäftigung erfolgt in gewerblichen Berufen wie Schlosser oder Maurer, in einfachen Dienstleistungsberufen wie Lager- und Transportarbeiter sowie im Gesundheitswesen und der Pflege. Zu den anspruchsvolleren Berufen zählen in diesem Zusammenhang bspw. Ärzte, Techniker und Ingenieure. Ein Aufstieg in die genannten Positionen gelingt Spätaussiedlern jedoch deutlich seltener als Deutschen, die keine Aussiedler sind.³² Im Vergleich zu autochthonen deutschen Arbeitnehmern und zu anderen Migrantengruppen sind Aussiedler deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Etwa ein Drittel der Spätaussiedler ist arbeitslos. Dabei ist die Arbeitslosenquote bei Spätaussiedlern mit der mittleren Hochschulreife oder einem universitären Abschluss höher als bei Menschen ohne oder mit einer Berufsausbildung (Stand 2004) (IAB 2007: 2-4).³³ Der berufliche Abstieg wird weniger als eine finanzielle Belastung wahrgenommen, denn durch die wohlfahrtsstaatliche Unterstützung sind viele Aussiedler in Deutschland besser gestellt als in ihren Herkunftsgebieten. Allerdings wird die berufliche

³² Zur beruflichen Stellung siehe Anhang, S. 100, Abb. 4.

³³ Zum Erwerbsstatus nach Bildungsabschluss siehe Anhang, S. 100, Abb. 5.

Dequalifizierung und Statusminderung häufig als ein Misserfolg sowohl aus der Sicht der Einwanderer als auch der Aufnahmegesellschaft betrachtet. Dies führt zusätzlich zur psychischen Belastung der Migranten (Kossolapow 1992: 24).

Anerkennung ist ein wesentliches Element, das vielen Aussiedlern im Integrationsprozess fehlt. Russlanddeutsche werden in ihrer neuen Heimat nicht als Gleichberechtigte anerkannt. In Russland waren sie „die Deutschen“ und in Deutschland werden sie aufgrund ihres Akzents, ihrer mangelnden Sprachkenntnisse und ihrer häufig fremd wirkenden Lebensformen als „Russen“ deklariert (Bade 1994: 161). Die **fehlende Anerkennung** schlägt sich in Frustration und Demotivation nieder. Als Reaktion antworten einzelne Betroffene mit Reethnitisierungstendenzen. Diese sind in Form der Community-Bildung, einer doppelten Staatsangehörigkeit sowie der Überpräsentation der russischen Sprache wahrzunehmen (Bade/Oltmer 1999: 31; Baaden 1997: 8).

Als eine weitere psychische Belastung wirkt der **Integrationsdruck** seitens der Aufnahmegesellschaft. Aufgrund der kulturellen Nähe zu Deutschland ist der Integrationsdruck auf Aussiedler besonders hoch. Die hohen Erwartungen führen bei den Neuankömmlingen zu Unsicherheit und Anpassungszwang (Reitemeier 2006: 223). Sowohl die fehlende Anerkennung als auch der Integrationsdruck sind bereits bei Eisenstadt wichtige Determinanten, die die Rolle der Aufnahmegesellschaft im Eingliederungsprozess hervorheben und die Eingliederung der Immigranten erschweren (Eisenstadt 1954: 8).

4.6. Zwischenfazit

Trotz der rechtlichen Vorteile, wie der automatischen Einbürgerung und diversen Integrationshilfen, haben Aussiedler ähnlich allen anderen Einwanderungsgruppen auf sozialer und kultureller Ebene Probleme und Krisen im Einwanderungsprozess zu bewältigen. Die Integrationsprobleme der Russlanddeutschen wurden von Anfang an übersehen (vgl. Ausführungen in Kapitel 4). Aufgrund der ethno-kulturellen Verwandtschaft mit Deutschland und ihren deutschen Wurzeln wurde angenommen, Russlanddeutsche besäßen die optimalen Integrationsvoraussetzungen und müssten sich problemlos und schnell integrieren, schließlich seien sie Deutsche. Diese Probleme wurden durch eine fehlende Integrationsbereitschaft in der Aufnahmegesellschaft verschärft und haben damit den Eingliederungsprozess der Aussiedler zusätzlich erschwert. Die verschärften Eingliederungsbedingungen und die Kürzungen der Integrationsmaßnahmen beeinträchtigten die Lage der Russlanddeutschen und tragen wesentlich zu den gesellschaftlichen und sozialen Konflikten im Aufnahmeland bei (Bade/Oltmer 1999: 32).

5. Aussiedler- und Integrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Einwanderungsfragen sind die „umstrittenste[n] Konfliktbereiche der Politik“ (Bade 1994: 209). Sie berühren die Souveränität des Staates und seine Kontrolle über die Zusammensetzung seiner Bevölkerung, die öffentliche Ordnung und Rechtsstaatlichkeit (Sassen 2000). Ferner kreisen die die Einwanderung betreffenden Debatten um den Wandel des Wohlfahrtsstaates (Butterwegge/Hentges 2006), Überfremdung, Bildungsferne und sozialen Abstieg (Buschkowsky 2012³⁴).

Thränhardt bezeichnete die Aussiedler einst als „größte staatlich organisierte Einwanderergruppe“ (Thränhardt 1999: 229). Der Erfolg der konsequenten Eingliederungs- und Integrationspolitik spiegele sich in der hohen Integrationsleistung von Aussiedlern wider. Das Integrationspotenzial von Aussiedlern sei wesentlich positiver einzuschätzen als bei anderen Einwanderungsgruppen (Thränhardt 1999: 243). Die Privilegien, die der Staat den Aussiedlern einräume, hätten zu einer völligen Integration der Aussiedler geführt. Trotz großer Integrationserfolge verweist Thränhardt auf gegenläufige Entwicklungen:

„Die hohen Erwerbslosigkeitsraten der 1990er Jahre und die Kürzungen der staatlichen Leistungen für die Aussiedler lassen befürchten, dass die Ambivalenz in Zukunft auch sie betreffen könnte. Für das Land als Ganzes, seine soziale Homogenität, Lebensqualität und ökonomische Leistungskraft kann dies gravierende Folgen haben“ (Thränhardt 1999: 246).

Wie sich zeigen wird, sind die Eingliederungsmaßnahmen für Aussiedler in der Tat vielschichtig und umfassend. In der Praxis bestehen jedoch Mängel, die sich negativ auf die Eingliederung von Aussiedlern auswirken. Als wesentlicher Grund für die zunehmenden Eingliederungsprobleme von Spätaussiedlern sind die Kürzungen der Eingliederungshilfen und eine restriktivere Einwanderungspolitik in Bezug auf die Aussiedler zu nennen.

5.1. Aussiedlerpolitik

Die Aussiedlerpolitik der Bundesrepublik Deutschland lässt sich in vier Phasen gliedern. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die westlichen Besatzungszonen zum Zufluchtsort von über acht Millionen Heimatvertriebenen. Integrationsmaßnahmen spielten zu jener Zeit keine Rolle. Erst nach Ende der Besatzungszeit konnte mit der politisch-administrativen Integration der Vertriebenen begonnen werden. Mit dem Inkrafttreten des Bundesvertriebenengesetzes 1953 wurden neben rechtlichen Voraussetzungen zur Anerkennung der Aussiedler erste Integrationsmaßnahmen eingeführt (Weiß 1997: 17). Das Aussiedlungsverfahren erfolgte

³⁴ Das zitierte Werk dient nicht als Beleg für eine wissenschaftliche Erkenntnis, sondern lediglich als Beleg für die Debatte um Migration in Deutschland.

unterdessen weitgehend unregelt. Ein geregeltes Verfahren gab es lediglich in Form des Übernahmeverfahrens, das durch eine Antragstellung beim Ausgleichs- bzw. Flüchtlingsamt oder bei einer deutschen Auslandsvertretung die legale Einreise ermöglichte. Das Übernahmeverfahren entsprach einem ausländerrechtlichen Verfahren. Trotz seiner Existenz kamen viele Menschen als Flüchtlinge nach Deutschland oder nutzten ein Touristenvisum. Auch ohne Anerkennung als Aussiedler konnten sie als politische Flüchtlinge in Deutschland bleiben (Hensen 2009: 49).

Die Aufnahme von über zwei Millionen Aussiedlern bis in die 90er Jahre bildet die zweite Phase der Aussiedlerpolitik. Aufgrund des restriktiven Umgangs mit den deutschen Minderheiten in der Sowjetunion Anfang der 50er Jahre erleichterte die Bundesrepublik die Einreisebedingungen für Aussiedler und erweiterte ihre Integrationsleistungen. Die Solidarität der Bundesregierung mit den Aussiedlern lässt sich gleichermaßen sowohl als humanitäre Leistung und auch als ein politisches Kalkül erklären. Auf der einen Seite sah man sich dazu verpflichtet, die verbliebenen Deutschen wieder in ihrer ursprünglichen Heimat aufzunehmen und sie für das erlittene Schicksal zu entschädigen. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wollte man sich auf der anderen Seite als westlich demokratische Nation gegenüber der menschenverachtenden Politik des Ostblocks brüsten. So wurde 1976 ein Programm zur Eingliederung von Aussiedlern und Übersiedlern verabschiedet. Es enthielt Regelungen zur Wohnraumbeschaffung und Anerkennung von im Herkunftsgebiet erbrachten schulischen und beruflichen Leistungen. Ferner beinhaltete das Programm Maßnahmen zur Sprachförderung und zur gesellschaftlichen Eingliederung junger Aussiedler (Weiß 1997: 18).

Die dritte Phase der Aussiedlerpolitik wurde durch die starken Zuzugszahlen der Aussiedler Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre eingeleitet. Um die exorbitante Einreise von Aussiedlern zu bewältigen, wurden einerseits Erstversorgungs- und Aufnahmeeinrichtungen aufgebaut. Ferner fand eine Zentralisierung des Übernahme- sowie des Registrier- und Verteilungsverfahrens beim Bundesverwaltungsamt statt (Hensen 2009: 51). Andererseits wurde auf die mit der zunehmenden Aussiedlerimmigration einhergehenden verwaltungstechnischen, finanziellen und gesellschaftlichen Herausforderungen mit Beschränkungen im Aufnahmeverfahren und mit Kürzungen im Leistungsbereich geantwortet. So trat am 1. Januar 1990 das Eingliederungsanpassungsgesetz (EinglAnpG) in Kraft. Im Wesentlichen beinhaltet es Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) mit der Einführung des Eingliederungsgeldes anstelle des bis dahin geltenden Arbeitslosengeldes und den damit einhergehenden Mittelkürzungen für Eingliederungshilfen (Weiß 1997: 19f.). Als erstes gesetzliches Verfahren der Aussiedleraufnahme wurde am 1. Juli 1990 das

Aussiedleraufnahmegesetz (AAA) eingeführt. Hiermit war eine Einreise nach Deutschland ohne eines vorab im Herkunftsland gestellten Aufnahmeantrags nicht möglich. Mit dem Kriegsfolgebereinigungsgesetz (KfbG) kam es 1993 zu weiteren Kürzungen der Leistungsansprüche von Spätaussiedlern. Die Förderungsdauer der Eingliederungshilfe wurde gesenkt, die Sprachförderung wurde von einst zwölf Monaten auf maximal sechs Monate gekürzt. Zu weiteren Kürzungen der Integrationsmaßnahmen und Leistungsansprüche führten das erste Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm (SKWPG) (1994) und das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung (1996), das erhebliche Kürzungen der Fremdreten zur Konsequenz hatte (Weiß 1997: 20-22). Weitere Beschränkungen fanden in der Berufsförderung (Dietz 1999a: 165), der Bundeszuwendungen an Wohlfahrtsverbände (Kaliske 2001: 158) und der Entschädigungs- und Umzugsleistung statt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die administrativen Steuerungsmaßnahmen und Kürzungen in der Integrationsarbeit dazu dienen sollten, die Einwanderung nach Deutschland zu steuern und vor allem einzugrenzen (Thränhardt 1999: 229).

Seit Ende der 90er Jahre rückt das Thema Integration zunehmend in den Vordergrund. Bis 1996 bildeten sich Ballungsgebiete, in denen überwiegend Spätaussiedler und andere Migrantengruppen angesiedelt waren. Diese Ballungsgebiete brachten zunehmend die Integrationsprobleme der betroffenen Gesellschaftsgruppen zum Vorschein. Als erste Reaktion wurde im Februar 1996 mit dem zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnorts für Spätaussiedler geantwortet, welches eine abweichende Wohnsitznahmeentscheidung mit dem Ausschluss sozialer Leistungen sanktionierte. Indes wurde die Integrationsförderung vorangetrieben. Neben Sprachkursen und den klassischen Eingliederungshilfen wurden zahlreiche gemeinnützige Integrationsprojekte gefördert. So wurden im Jahre 2000 1.200 Projekte mit einem Haushaltvolumen von 44 Millionen DM im Auftrag des Bundesinnenministeriums finanziert (Hensen 2009: 55f.). Als Reaktion auf die zunehmenden Sprachprobleme der Spätaussiedler wurde der Sprache als Integrationsvoraussetzung eine immer größere Rolle beigemessen. So wurde bereits 1996 der so genannte Sprachtest zur Prüfung der Sprachvoraussetzung der Aussiedler eingeführt. Mit dem Zuwanderungsgesetz aus dem Jahre 2005 galt der erforderliche Nachweis der Sprachkenntnisse auch für die in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlers einzubeziehenden Personen. Bis 2009 wurden mehr als 320.000 Sprachtests durchgeführt. Nur etwa die Hälfte der Teilnehmer konnte den Besitz der erforderlichen Sprachkenntnisse nachweisen (Hensen 2009: 56f.). Personen, die den Sprachtest nicht bestehen, werden nach dem Aufenthaltsrecht behandelt.

5.2. Integrationsmaßnahmen

Zunächst soll ein Überblick über das Integrationsangebot für Spätaussiedler gegeben werden. Nicht alle Maßnahmen sind speziell auf Aussiedler ausgerichtet. Aussiedler fallen oft unter die Kategorie *Menschen mit Migrationshintergrund* oder sie tauchen begrifflich erst gar nicht auf, weil Aussiedler in den meisten Fällen statistisch als deutsche Bürger erfasst werden.³⁵ Aufgrund dieser definitorischen Schwierigkeiten werden in den folgenden beiden Unterkapiteln auch Maßnahmen bedacht, die unter die allgemeine Integrationsarbeit fallen, ohne dass sie ausschließlich den Aussiedlern zur Verfügung stehen.

Zu den grundsätzlichen Eingliederungsmaßnahmen zählen Sprachkurse, diverse finanzielle Leistungen, Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, Schul- und Ausbildungsförderung. Dabei handelt es sich um drei Ebenen der Integrationsförderung. Parallel zu den Bundes- und Länderprogrammen leisten zahlreiche zivilgesellschaftliche Einrichtungen, Verbände und Vereine eine nennenswerte Integrationsarbeit. Die einzelnen Programme und Projekte unterscheiden sich in ihrer Konzeption, Zielsetzung und Ausrichtung. Einige Projekte beziehen sich auf bestimmte Zielgruppen (z.B. auf Asylbewerber, Aussiedler, Jugendliche oder Senioren). Andere sind themenspezifisch orientiert und konzentrieren sich auf Bereiche wie Sprache, Bildung oder Arbeitsmarktintegration. Unterschiede sind auch in der Betreuungsform zu vermerken. Sie reichen von der individuellen Einzelbetreuung über Vermittlung bis zur Gruppenarbeit.

5.2.1. Leistungen auf staatlicher Ebene

Laut des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) wird „[...] die Integration von rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländern in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland [...] gefördert und gefordert“ (§ 43 Absatz 1 AufenthG). Nach dem Grundsatz des *Förderns* und *Forderns* verpflichtet die Bundesregierung die Zuwanderer, die deutsche Sprache zu lernen und die geltenden Grundwerte zu kennen und zu akzeptieren. Auf diesem Wege sollen Zuwanderer vom Staat gefördert werden. Von der deutschen Gesellschaft wird erwartet, dass sie den Zuwanderern einen gleichen Zugang zu allen relevanten Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens ermöglicht (BMI 2011: 54). Allen Einwanderungsgruppen steht ein staatliches Grundangebot zur Integration zu.

³⁵ An dieser Stelle soll wiederholt werden, dass die Autorin Aussiedler als Menschen mit Migrationshintergrund versteht, die wie andere Migrantengruppen auch spezifische Besonderheiten und Schwierigkeiten im Integrationsprozess aufweisen und damit auf Integrationshilfen angewiesen sind.

Die wichtigste Eingliederungsmaßnahme auf Bundesebene stellt der Integrationskurs dar. Dieser wird durch ein weites Beratungsangebot ergänzt. Rechtsgrundlage des Integrationsprogramms ist § 45 des Aufenthaltsgesetzes.

Der Integrationskurs ist in einen Sprachkurs³⁶ von 600 Unterrichtsstunden und einen Orientierungskurs³⁷ von 60 Stunden gegliedert. Die Teilnahme ist kostenlos und wird von der Möglichkeit zur Kinderbetreuung und einer Fahrkostenerstattung getragen (BAMF 2012). Zur Durchführung der Integrationskurse beauftragt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) diverse private und öffentliche Träger, darunter das Diakonische Werk, den Landesverband der Inneren Mission, den Caritasverband, aber auch private Sprachschulen und andere Lehranstalten sowie zahlreiche Vereine. Wichtige öffentliche Träger der Integrationskurse stellen darüber hinaus die vielen bundesweiten Migrationsberatungsstellen und Jugendmigrationsdienste dar.

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz aus dem Jahr 2005 wurde die so genannte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) eingeführt. Für die Durchführung der MBE ist das BAMF verantwortlich. Bei der MBE handelt es sich um ein zeitlich befristetes, bedarfsorientiertes und individuelles Grundberatungsangebot. Ziel der MBE ist die Aktivierung, Steuerung und Begleitung des Integrationsprozesses erwachsener Zuwanderer, Spätaussiedler und Ausländer über 27 Jahre mit einem dauerhaften Aufenthalt in Deutschland. Durch die MBE sollen Zuwanderer durch eine sprachliche, berufliche und soziale Unterstützung zur Selbstständigkeit im alltäglichen Leben befähigt werden. Zu den zentralen Aufgaben der MBE zählt die Durchführung einer bedarfsorientierten Einzelfallberatung und sozialpädagogische Betreuung der Zuwanderer sowie die Förderung der interkulturellen Öffnung der Regeldienste und Verwaltungsbehörden (BMI 2010: 261f.).

Die Migrationsberatung Jugendlicher und junger Erwachsener übernehmen die Jugendmigrationsdienste (JMD). Sie unterstützen Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren bei der sozialen und beruflichen Integration. Die Aufgaben erstrecken sich von der individuellen Einzelfallbegleitung über Beratung bis zu begleitenden Gruppenangeboten. Die Beratung findet zu Fragen der Erziehung, Kindheit und Jugend, zum Schul- und Ausbildungssystem und zur Berufsplanung statt (JMD 2012).

³⁶ Der Sprachkurs ist je zur Hälfte in einen Basissprachkurs und einen Aufbausprachkurs unterteilt. Im Sprachkurs sollen die Teilnehmer den Wortschatz zur Verständigung im alltäglichen Leben lernen. Darunter fallen der Kontakt zu Behörden, Gespräche mit Nachbarn und Arbeitskollegen, das Verfassen von Briefen und das Ausfüllen von Formularen (BAMF 2012).

³⁷ Im Orientierungskurs erhalten die Teilnehmer Informationen über das Leben in Deutschland, die Rechtsordnung, die Kultur und die jüngere Geschichte des Landes (BAMF 2012).

Die Zuständigkeiten für die Integrationsförderung innerhalb der Bundesregierung liegen in erster Linie beim **Bundesministerium des Innern (BMI)**. Zum Aufgabenbereich des BMI zählen die (BMI 2011: 66):

- Koordinierung der Integrationsmaßnahmen des Bundes
- Integrationskurse
- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
- Förderung von Maßnahmen zur sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration
- Europäische Zusammenarbeit

Das BMI ist die leitende Koordinationsstelle und Auftraggeber in Bezug auf integrationspolitische Themen. Im nachgeordneten Geschäftsbereich des BMI spielt das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)** eine zentrale Rolle in der Integrationspolitik. Mit der Einführung des Zuwanderungsgesetzes im Jahre 2005 übernimmt das BAMF neben der Durchführung von Asylverfahren zentrale Aufgaben in der Integrationsförderung. Im Bereich der Integrationsarbeit ist das BAMF für die Entwicklung und Durchführung der Integrationskurse und der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer zuständig. Zu den weiteren Tätigkeitsbereichen zählen (BAMF 2012):

- Förderung von Projekten und Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration
- berufsbezogene Sprachförderung durch den Europäischen Sozialfonds
- Entwicklung von Empfehlungen zur Verbesserung der Integrationsförderung im Rahmen des bundesweiten Integrationsprogramms
- Erstellung von Informationsmaterial über Integrationsangebote

Eine wesentliche Rolle in der Integrationspolitik wird ferner der **Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration** beigemessen. Die gesetzliche Grundlage des Amtes der Integrationsbeauftragten ist § 92 des Aufenthaltsgesetzes. Die Kernaufgabe der Integrationsbeauftragten ist die Unterstützung der Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik sowie die Förderung des Zusammenlebens von Ausländern und Deutschen. Die Amtsträgerin wird darüber hinaus beauftragt, gegenseitiges Verständnis zu fördern, Fremdenfeindlichkeit sowie Ungleichbehandlungen von Ausländern entgegenzuwirken und ihre Belange angemessen zu berücksichtigen. Es obliegt der Integrationsbeauftragten die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren und dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre Bericht über die Lage der Ausländer in Deutschland zu erstatten. Das Aufenthaltsgesetz verpflichtet die Integrationsbeauftragte zu einer engen Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden sowie den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (§§ 93 und 94 AufenthG).

Zentraler Ansprechpartner in Bezug auf Aussiedlerfragen ist auf Bundesebene der **Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**. Das Amt wurde erstmals 1988 durch den CDU-Politiker Dr. Horst Waffenschmidt bekleidet. Seit dem 1. September 2006 übernimmt Dr. Christoph Bergner (CDU) das Amt des Aussiedlerbeauftragten. Zu seinen Aufgaben zählt die Koordination der aussiedlerbezogenen Maßnahmen, insbesondere:

- des Aufnahmeverfahrens gem. § 26 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) einschließlich des Bescheinigungsverfahrens i.S. v. § 15 BFVG,
- der Integrationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Gemeinden sowie der im Eingliederungsbereich tätigen Kirchen, Wohlfahrtsverbände und gesellschaftlichen Gruppen,
- Betreuung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten und Übernahme des Co-Vorsitzes bei den bestehenden Regierungskommissionen mit den Titularstaaten für die Angelegenheiten der jeweiligen Minderheit,
- Informationsarbeit im Inland und bei den deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten.

Für die nationalen Minderheiten ist er Vertreter der Bundesregierung in den bestehenden Kontaktgremien. Darüber hinaus leistet er Informationsarbeit hinsichtlich der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland (BMI 2011: 69f.).

5.2.2. Leistungen auf Länderebene am Beispiel der Freien und Hansestadt Hamburg

Laut dem Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein lebten Ende Januar 2012 rund 513.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg. Das sind knapp 30 Prozent aller Einwohner des Landes. Nach der Türkei bilden Russland und andere Staaten der ehemaligen SU mit 14 Prozent die wichtigsten Bezugsländer der hamburgischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Statistikamt Nord 2012: 1, 6). Demnach leben ca. 87.000 Aussiedler in Hamburg (Stand Ende 2010) (Statistikamt Nord 2011: 1).

Durch seine geografische Lage und ökonomische Attraktivität stellt die Freie und Hansestadt Hamburg einen großen Anziehungspunkt für viele Migranten dar. Um der zunehmenden Einwanderung gerecht zu werden, hat der Hamburger Senat am 19. Dezember 2006 das *Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern* beschlossen. Im Handlungskonzept werden die Leitbilder und Ziele der hamburgischen Integrationspolitik definiert und entsprechende Handlungsansätze sowie Maßnahmen genannt. Das Konzept umfasst ein großes Spektrum von Integrationsmaßnahmen und greift alle die Integration betreffenden Handlungsfelder auf, worunter die Bereiche *Sprache, Bildung und Ausbildung, Berufliche Integration, Soziale Integration* und *Zusammenleben in der Stadt* fallen.

Die Zuständigkeiten im Bereich der Integration liegen in Hamburg bei den einzelnen Bezirksämtern, diversen Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und dem Integrationsbeirat.³⁸

Im Bereich *Sprache, Bildung und Ausbildung* bietet die **Behörde für Schule und Berufsbildung** Beratungen in Fragen der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, Schullaufbahnberatung für Schüler mit Migrationshintergrund und die Zuweisung in Sondermaßnahmen des allgemeinen Bildungswesens (z.B. spezielle Vorbereitungsklassen). Sprachförderungsangebote werden von den verschiedenen **Landesinstituten** gegeben. Beratungsmöglichkeiten in Fragen der Ausbildung bietet die **Bundesagentur für Arbeit** an. Sie ist ferner für den Bereich der *beruflichen Integration* mittels der Arbeitsvermittlung und -beratung zuständig. Im Bereich der Verbesserung der beruflichen Qualifikation und der Chancen auf dem Arbeitsmarkt ist das **Amtsgericht Hamburg** tätig, das für die Durchführung von Genehmigungsverfahren für ausländische Rechtsstände verantwortlich ist. Die **Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)** ist die zentrale Anlaufstelle für Zuwanderer in Hamburg und deckt viele Felder der Integrationsarbeit ab. Sie bietet zahlreiche Informationen für Zuwanderer und Multiplikatoren in der Integrationsarbeit an. Ferner ist die BASFI an der Umsetzung des *Konzepts zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund* beteiligt, das am 20. April 2010 vom Senat beschlossen wurde. Das Konzept basiert auf fünf Aktionsfeldern: 1. Verbesserung der Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbener Qualifikationen, 2. Verbesserung der Sprachförderung, 3. Arbeitsmarktförderung, 4. Förderung von beruflicher Selbstständigkeit und Existenzgründungen und 5. Umsetzung des Europäischen Sozialfonds (ESF)³⁹ (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2010: 18-36). Hilfestellung bei der *beruflichen Integration* leisten ferner die **Handelskammer Hamburg** und die **Handwerkskammer Hamburg**. In der Befugnis der Handelskammer liegt die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen von Arbeitnehmern aus der EU und Spätaussiedlern. Die Handwerkskammer bietet ein breites Angebot in der Förderung der beruflichen Integration. In ihren Aufgabenbereich fällt unter anderem die Erfassung der handwerklichen Fähigkeiten und Kompetenzen, Beratung sowie fachliche und sprachliche Qualifizierung.

³⁸ Der Überblick über die einzelnen Einrichtungen in der Integrationsarbeit der Stadt Hamburg beruht auf dem Adressbuch über die Integrationsangebote für Zuwanderer, das von der BASFI herausgegeben wird und unter folgender URL einzusehen ist: <http://www.hamburg.de/contentblob/128658/data/adressbuch.pdf> (24.10.2012)

³⁹ Derzeit werden rund 20 Projekte zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg aus ESF-Mitteln finanziert. Bei den Projekten handelt es sich um die Beratung und Arbeitsmarktintegration von Migranten. Ein Überblick über die ESF-Projekte sind unter folgender URL zu finden: <http://www.esf-hamburg.de/gefoerderte-projekte/2028450/alle-esf-projekte.html> (08.10.2012).

Um die *soziale Integration* von Zuwanderern bedarfsgerecht zu garantieren, ist das Angebot in Hamburg auf die spezifischen Zielgruppen und Gebiete ausgerichtet. Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit stellen das **Amt für Familie** der BASFI und das **Jugendinformationszentrum** Informationen zu allen Themen in verschiedenen Sprachen bereit, die Kinder und junge Menschen betreffen. Die BASFI verfügt ferner über ein breites Angebot und Hilfestellungen für Familien. Im Gesundheitssektor leistet die **Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz** Unterstützung gesundheitsfördernder Maßnahmen für Migranten. Darüber hinaus veröffentlicht es fremdsprachige Gesundheitsinformationen und berät die Regeldienste zur interkulturellen Öffnung. Für Migranten aus Nicht-EU-Staaten, die ohne gültige Aufnahmeerlaubnis in Hamburg leben, hat das **Diakonische Werk Hamburg** eine *Hausärztliche Sprechstunde für Menschen ohne Papiere* eingerichtet. Die Sprechstunde kann von den Betroffenen anonym und kostenlos in Anspruch genommen werden. Für Fragen der Grund- und Wohnungssicherung sind die **Grundsicherungs- und Sozialämter** zuständig. Unter der Rubrik *Zusammenleben in der Stadt* werden die staatlichen Einrichtungen genannt, die für die Themen *Wohnen und Stadtteilentwicklung, bürgergesellschaftliches Engagement, Sport* und *Kultur* verantwortlich sind. In den Bereichen der Wohnungssicherung, Wohnungsvermittlung und öffentlich-rechtliche Unterbringung sind die **Grundsicherungs- und Sozialabteilung** Hamburg-Mitte sowie die einzelnen Fachstellen für Wohnungsnotfälle tätig. Im **Amt für Arbeit und Integration** der BASFI unterstützt das *Referat Bürgergesellschaftliches Engagement* die ehrenamtliche Arbeit durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgergesellschaftliche Engagement, Koordination und konzeptionelle Weiterentwicklung sowie Klärung von Grundsatzangelegenheiten und rechtlicher Fragen zum Thema Engagementförderung. Die **Kulturbehörde Hamburg** fördert interkulturelle Projekte von Künstlern verschiedener kultureller Herkunft.

Zentrales Element der Integrationsarbeit bilden die so genannten **Einbürgerungslotsen**. Sie agieren im Rahmen der Einbürgerungskampagne *Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause*, die im November 2010 durch die BASFI ins Leben gerufen wurde.⁴⁰ Als Ehrenamtliche unterstützen die Einbürgerungslotsen die Migranten im Einbürgerungsprozess durch Information, Beratung sowie Unterstützung bei der Antragstellung und bei Formalitäten. Ferner bieten die Eingliederungslotsen ihre Begleitung bei Behördengängen an (hamburg.de 2012a).⁴¹

⁴⁰ Ziel der Einbürgerungskampagne ist für die deutsche Staatsangehörigkeit und Einbürgerung von Migranten in Hamburg zu werben und diese auf dem Weg der Einbürgerung durch verbesserte Informationen und Hilfestellung der Einbürgerungslotsen zu unterstützen.

⁴¹ Bei den Lotsen handelt es sich um ein im Einbürgerungs- und Aufenthaltsrecht geschultes Personal, das in den migrantischen Gemeinschaften vernetzt ist und die jeweiligen Kulturen und Sprachen ihrer Klienten kennt.

Neben den aufgeführten Behörden, Ämtern und Initiativen wurde in Hamburg der **Integrationsbeirat** konstituiert. Der Integrationsbeirat agiert seit 2002 unter dem Vorsitz des Senators der BASFI und setzt sich aus derzeit 52 Mitgliedern zusammen. Im Integrationsbeirat sitzen gewählte Vertreter mit Migrationshintergrund und berufene Vertreter aus verschiedenen Institutionen. Die Aufgabe des Integrationsbeirates ist in erster Linie, die BASFI und den Hamburger Senat zu integrationspolitischen Fragen zu beraten. Darüber hinaus ist der Integrationsbeirat an der Umsetzung und Fortsetzung des bereits aufgeführten Konzepts zur Integration von Zuwanderern beteiligt. Der Integrationsbeirat nimmt Stellung zu aktuellen integrationsbezogenen Themen und macht Vorschläge für die Besetzung von Gremien der Hamburger Verwaltung mit Personen mit Migrationshintergrund (hamburg.de 2012b).

Obwohl die Freie und Hansestadt Hamburg über ein breites und vielseitiges Angebot an Integrationsmaßnahmen verfügt und das Integrationsangebot fortwährend ausbaut, gibt es Optimierungsbedarf. Viele der Maßnahmen sind nicht speziell auf Migranten ausgerichtet, sondern fallen unter die allgemeinen Hilfsleistungen, die seitens des Staates finanziert und angeboten werden. Die Zuwanderung nach Hamburg ist vielschichtig. Es bedarf an Maßnahmen, die auf die einzelnen Gruppen ausgerichtet sind. Abhilfe leisten hier die zahlreichen bürgergesellschaftlichen Initiativen. Sie bieten spezifische Angebote an, die sich speziell auf die verschiedenen Migrantengruppen und ihre Bedürfnisse beziehen. So gibt es auch für Aussiedler ein breites Angebot an Integrationsmaßnahmen und -hilfen. Dieses wird im nächsten Kapitel dargestellt.

5.2.3. Zivilgesellschaftliches Engagement

Im Bereich der Migration und Integration engagieren sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Einrichtungen, darunter Vereine, Migrantenorganisationen und Unternehmen. Seit jeher schließen sich Zuwanderer zu Selbsthilfeorganisationen zusammen, um ihr Anliegen in die breite Öffentlichkeit wirksam zu transportieren und sich für die Integration einzusetzen. Diese so genannten Migranten(selbst)organisationen (MSO) agieren unter anderem als Arbeits-, Freizeit- und Wirtschaftsvereine, als Familien- und Elternvereine sowie als soziale und humanitäre Vereine. Darüber hinaus bildet die Bereitstellung religiöser und kultureller Angebote einen Schwerpunkt der Sozialarbeit von MSOs (Hunger 2004: 8-12). In den letzten Jahren sind in allen Bundesländern MSOs auch von Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion entstanden. Durch ihre mentale Nähe wie Sprache, Kultur und Religion

sowie ihre zielgruppenorientierten Angebote bilden die MSOs oft einen wichtigen sozialen Faktor für die Betroffenen und sind bevorzugte Anlaufstellen im Integrationsprozess (LMDR e.V. 2012).

Im Zentrum der Kultur- und Integrationsarbeit für Aussiedler steht der **Hamburger Verein der Deutschen aus Russland (HVDaR) e.V.** Der HVDaR wurde 2000 gegründet mit dem Ziel, Aussiedlern aus den GUS-Staaten in Hamburg eine Stimme zu geben und ihre Integration in Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen zu fördern. Zur zentralen Integrationshilfe zählen kostenlose Beratungen in Deutsch und Russisch sowie die Organisation von Seminaren und Gesprächskreisen zu beruflichen und gesellschaftlichen Themen. Ein weiteres zentrales Anliegen des Vereins ist, die Öffentlichkeit über das Thema *deutsche Aussiedler* aufzuklären und Begegnungen zwischen beiden Gruppen durch Diskussionsrunden und kulturelle Veranstaltungen zu ermöglichen. Der Verein ist in der Integrationszusammenarbeit stark vernetzt und kooperiert mit zahlreichen Akteuren, darunter Kirchen, NGOs, Diakonie, Caritas etc. Durch seinen Vorsitzenden ist der HVDaR im Integrationsbeirat vertreten.

Eine weitere zentrale Anlaufstelle für Aussiedler bildet der **Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. (LvD)**. Der LvD ist eine Kultur-, Begegnungs- und Veranstaltungsstätte für alle ost- und mitteldeutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Heimkehrer, Deutsche aus Russland und Siedlungsdeutsche. Er ist gleichzeitig Sitz der Landesgeschäftsstellen der einzelnen Landsmannschaften der deutschsprachigen Heimatvertriebenen⁴². Der LvD Hamburg ist in erster Linie Beratungsstelle für Zuwanderer aus Russland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Das Angebot erstreckt sich von der Migrationsberatung über die Klärung von Statusfragen bis zur Vermittlung in Sprachkurse.

Die Anliegen der Russlanddeutschen werden darüber hinaus in allen Bundesländern durch die **Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.** vertreten. Die Landsmannschaft versteht sich als Interessenvertretung, Hilfsorganisation und Kulturverein aller Russlanddeutschen. Sie leistet Aufklärungsarbeit über Aussiedler und fördert den Austausch zwischen der autochthonen Gesellschaft und den Russlanddeutschen. Ferner initiiert die Landsmannschaft fortlaufend Integrationsprojekte, so zur aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, zur Prävention von Gewalt-, Kriminalität und Suchtverhalten bei

⁴² Heute existieren insgesamt 20 Landsmannschaften. Sie alle sind im Dachverband Bund der Vertriebenen (BdV) organisiert. Die Landsmannschaften agieren als Vertretung ihrer Heimatgebiete und deren deutschen Bevölkerung. Parallel zu den Landsmannschaften vertreten die 16 Landesverbände alle in einem Bundesland organisierten Vertriebenen (BdV 2012).

jugendlichen Zuwanderern oder zur Professionalisierung der MSOs. Darüber hinaus ist die Landsmannschaft in Form individueller und bedarfsorientierter Einzelfallbegleitung in der Migrationsberatung tätig.

Neben den drei aufgeführten Hauptakteuren engagieren sich zahlreiche andere zivilgesellschaftliche Akteure für die Integration von Aussiedlern. Die untenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Aktivitäten dieser Organisationen in den einzelnen Feldern der Integrationsförderung.

Tabelle 2: Integrationsmaßnahmen in Hamburg

Sprache - Bildung - Ausbildung	Berufliche Integration	Soziale Integration	Zusammenleben in der Stadt
<p>Beratung schulische Bildungsgänge, Ausbildungen- und Lehrstellenberatung, Studienberatung</p>	Arbeits- und Berufsorientierung, Existenzgründer-/Sozial-/ Schulden- und Insolvenzberatung	<p>Kinder- und Jugendliche Bildung, Kinderbetreuung, Nachhilfe, Fahrten und Ausflüge, Ferienprogramme, Freizeitangebote, Jugendzentren, Beratung (Schule und Beruf, Rechtsberatung), Suchtprävention, Therapie, Kinderschutz</p>	<p>Wohn- und Stadtteilentwicklung Wohnungssicherung und -vermittlung, öffentlich-rechtliche Unterbringung, Stadtteilarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Familien- und Frauenarbeit, interkulturelle Stadtteilprojekte</p>
<p>Anerkennungsverfahren Anerkennung ausländischer Prüfungszeugnisse und Schulabschlüsse, Organisation und Durchführung von Zertifikatsprüfungen</p>	Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und -qualifikationen	<p>Familien Erziehungsberatung, Familien- und Sozialberatung, Paarberatung, Scheidungsberatung, Schwangerschaftsberatung, Gesundheitsberatung, Eltern-Kind-Gruppen, offene Cafégruppen, Alleinerziehungsgruppen, aktive Freizeitgestaltung</p>	<p>Bürgergesellschaftliches Engagement Vermittlung in freiwillige Tätigkeiten, Förderung von Initiativen und Ideen zur Freiwilligenarbeit, Beratung in der Engagementförderung, Stärkung der Freiwilligendienste</p>
<p>Sprachförderung Vorschulische Sprach- und Bildungsförderung, Integrations- und Alphabetisierungskurse, Deutschintensivkurse</p>	fachsprachliche Sprachkurse/berufsbezogene Deutschkurse	<p>Mädchen und Frauen Beratung und psychotherapeutische Unterstützung für Opfer häuslicher Gewalt oder sexuellem Missbrauch, Krisenintervention und Stabilisierung, Rechtsberatung, Selbsthilfegruppen, Frauenhäuser, Deutschkurse und Bildungsmaßnahmen für Frauen</p>	<p>Sport Fußballprojekte zum kulturellen Austausch, gegen Rassismus und Diskriminierung, Förderung einer sportlichen Sozialarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen des Bundesprogramms „Integration durch Sport“</p>
<p>Qualifikation Bewerbungstraining und PC-Training, Lernberatung und Einstufungstests, Berufsvorbereitung und Qualifizierung, Ausbildung in verschiedenen Berufen</p>	Kompetenzerfassung, Fort-/Weiterbildung und Qualifizierung in verschiedenen Berufen, EDV- und Einzelcoaching, kaufmännische Trainings	<p>Gesundheit fremdsprachige Gesundheitsinformationen, Interkulturellen Öffnung der Regeldienste, gesundheitsfördernde Maßnahmen, Präventionskurse, hausärztliche Sprechstunde für Menschen ohne Papiere, Suchtberatung und -behandlung, soziale, ärztliche und psychologische Beratung und Begleitung von Menschen mit HIV/Aids, Streetwork, Schwangerschafts-/ Geburts- und Sozialberatung, rechtliche Betreuung von Menschen mit Behinderung</p>	<p>Kultur Orientierungshilfen in der neuen kulturellen Umgebung, interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten z.B. durch multikulturelle Ausflüge, internationale Kochkurse, Gesprächskreise und durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Kulturangebote und Veranstaltungen in Tanz, Theater, Musik und Kunst</p>
<p>Vermittlung Ausbildungsplatzvermittlung</p>	Arbeitsplatzvermittlung	<p>Service rechtliche Betreuungen, Amtsbetreuungen, Unterstützung und Begleitung bei Behördenangelegenheiten, Beratung und Fortbildung ehrenamtlicher Betreuer, soziales Kompetenztraining</p>	

Interkulturelle Öffnung / Bildung

Ausbildung von
Lehrpersonal in
interkultureller Bil-
dung, Schulbeglei-
tung/-entwicklung
mit interkulturellem
Profil, Vermittlung,
Ausbildung von
Pädagogen mit
Migrationshinter-
grund

Kommunikati-
onstrainings
„Interkulturelle
Kompetenz für
die Arbeitswelt“,
Beratung von
Multiplikatoren

**Selbstständig-
keit**

Unterstützung
bei der Existenz-
gründung: Exis-
tenzgründungs-
beratung, Busi-
nessplan-Erstel-
lung, Erledigung
von Formalitä-
ten, Aufbau von
Unternehmer-
Netzwerken

5.3. Zwischenfazit

Es bleibt festzuhalten, dass der gesetzliche Rahmen für die Aussiedlerimmigration seit Anfang der 1990er Jahre verschärft und die Einreise von Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland erschwert wurde. Die Integrationsbemühungen auf der staatlichen Ebene sind unzureichend. Aus administrativer Sicht gilt die Integration mit Ablauf der Förderung als vollzogen. Im Zentrum der Integrationsförderung steht hier die sprachliche und berufliche Integration der Aussiedler. Kulturelle und psychische Aspekte des Identitätswandels im Eingliederungsprozess spielen aus der behördlichen Perspektive eine untergeordnete Rolle (Baaden 1997: 17). Dementsprechend konzentriert sich die administrative Integrationsförderung auf die strukturelle Integration der Aussiedler und ihre existentielle Grundsicherung. Die gesellschaftliche und kulturelle Integration wird dabei vernachlässigt. Integration ist jedoch ein langwieriger und ganzheitlicher Prozess, der auf allen Ebenen verläuft und alle Lebensbereiche der Migranten durchkreuzt. Diese Bestandaufnahme macht deutlich, wie wichtig die Aussiedlersozialarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene ist. Die zivilgesellschaftliche Eingliederungsarbeit ist inhalts- und problemorientiert. Denn hier werden neben den materiellen Belangen auch kulturelle und psychosoziale Faktoren berücksichtigt und entsprechende Integrationsprogramme entwickelt. Diese Arbeit zu fördern, sei es durch finanzielle Hilfen oder Öffentlichkeitsarbeit, muss Aufgabe des Staates sein.

6. Empirische Untersuchung

Zur Beantwortung einer sozialwissenschaftlichen Fragestellung gilt es, die konkrete gesellschaftliche Wirklichkeit so exakt wie möglich zu begreifen. Dafür bedarf es an Informationen über den zu erforschenden Gegenstand (Von Alemann/Forn dran 2005: 151). Dabei sind Befragungsmethoden zentral für die Erhebung sozialstatistischer Daten. Sie sind die gängigsten und elaboriertesten Methoden der empirischen Sozialforschung (Von Alemann/Forn dran 2005: 169).

In diesem Kapitel soll es darum gehen, die angewandte Methode in seiner Gesamtheit zu erfassen, die unterschiedlichen Interviewformen zu nennen, Vorteile der Methode für die vorliegende Studie anzuführen und den Erhebungs- und Auswertungsprozess zu beschreiben.

6.1. Das Interview als Methode der empirischen Sozialforschung

Seit jeher gilt das qualitative Interview als der *Königsweg* der Sozialforschung (Lamnek 2010: 301). Je nach Art der Artikulation und Gesprächssituation unterscheidet man unterschiedliche Typen von Befragung: 1. das persönliche Interview, 2. das telefonische Interview, 3. die schriftliche Befragung. Man differenziert ferner nach dem Grad der Strukturierung oder Standardisierung der Befragungstechniken. Bei vollständig strukturierten Interviews sind die Antwortmöglichkeiten für alle Fragen in einer festgelegten Reihenfolge vorgegeben, so bei der schriftlichen Befragung mittels standardisiertem Fragebogen. Offene Befragungsformen wie das narrative Interview erfordern weniger oder keine Vorgaben. Oft wird lediglich das Thema der Befragung als Impuls zum Gespräch genannt. In der sozialwissenschaftlichen Forschung überwiegen halbstrukturierte Interviewformen. Hier werden geschlossene Fragen mit offenen kombiniert. Stark strukturierte Interviews werden den quantitativen Methoden der Befragung zugeordnet. Im Gegensatz dazu sind weniger strukturierte Interviews Befragungsformen der qualitativen Sozialforschung (Diekmann 2007: 437f.).

Das Interview als Forschungsinstrument stellt eine planmäßige Erhebung einer wissenschaftlichen Forschungsfrage dar. Ziel ist es, eine Wirklichkeitsdefinition durch die Befragten zu gewinnen. Mittels des qualitativen Interviews bekommt die Forscherin einen Einblick in das alltägliche Handeln und Denken der Befragten, in ihr subjektives Erleben und Wahrnehmen der Wirklichkeit (Lamnek 2010: 317). Damit eignen sich qualitative Interviews besonders zur Erforschung von Meinungen, Werten, Erlebnissen und Wissen. Sie befähigen die Forscherin, die Informationen aus Sicht der Befragten zu erheben und deren Bedeutungszuschreibungen interpretativ wiederzugeben (Reinders 2005: 97).

6.2. Das problemzentrierte Interview

Wie bereits erläutert wurde, sind verschiedene Formen der Interviewtechnik nach der Art der Kommunikation und Interviewsituation zu unterscheiden. In dieser Studie wird die Methode des problemzentrierten Interviews (PZI) gewählt. Diese Form des halbstrukturierten Interviews wurde durch den Sozialforscher Andreas Witzel geprägt (Witzel 1982). Witzel beschreibt das PZI als „ein theoriegenerierendes Verfahren, das den vermeintlichen Gegensatz zwischen Theoriegeleitetheit und Offenheit dadurch aufzuheben versucht, dass der Anwender seinen Erkenntnisgewinn als induktiv-deduktives Wechselspiel organisiert“ (Witzel 2000: 1). Im Unterschied zur allgemeinen Norm der Induktion in der qualitativen Sozialforschung, die jegliches theoretische Vorverständnis der Forscherin in der Erhebungsphase ablehnt, setzt das problemzentrierte Interview ein gewisses Vorwissen voraus. An das quantitative Paradigma der Deduktion anlehnd bereitet sich die Forscherin durch Literaturstudium und eigene Recherche im Untersuchungsfeld auf die Studie vor (Lamnek 2010: 333). Ziel des Verfahrens ist, individuelle Handlungen sowie subjektive Sinneseindrücke und Verarbeitungsweisen sozialer Wirklichkeit möglichst objektiv zu erfassen und „das subjektive Erleben gesellschaftlicher Probleme in theoretische Aussagen über den Umgang mit der Lebenssituation zu überführen“ (Reinders 2005: 117).

Witzel schreibt dem PZI drei wesentliche Merkmale zu: 1. Problemzentrierung: Das PZI orientiert sich an einer gesellschaftlich relevanten Problemstellung. Die Forscherin eignet sich im Vorfeld der Studie ein Vorwissen an und generiert daraus die Fragestellungen. 2. Gegenstandsorientierung: Betont wird hierbei die Flexibilität der Methode gegenüber den diversen Ansprüchen des untersuchten Gegenstandes und Kompetenzen der Interviewperson (IP). So kann die Gruppendiskussion mit der biographischen Methode oder mit einem strukturierten Interview mittels standardisiertem Fragebogen kombiniert werden.

3. Prozessorientierung: Gemäß dem symbolischen Interaktionismus⁴³ wird der Forschungsprozess flexibel und offen gestaltet. Die Anpassungsfähigkeit der Forscherin wird darüber hinaus in der Befragungssituation vorausgesetzt, um eine freie Interviewführung zu gewähren (Witzel 1982: 70ff.).

Zu den wesentlichen Instrumenten des PZI zählt Witzel unter anderem den Kurzfragebogen. Mittels eines standardisierten Fragebogens sollen am Anfang des Gesprächs die soziodemographischen Daten (wie Alter, Beruf etc.) der IP ermittelt werden. Der

⁴³ Der symbolische Interaktionismus steht für die Theorie- und Methodenauffassung der Chicago School der amerikanischen Soziologie. „Er kennzeichnet, dass diese Richtung soziologischer und sozialpsychologischer Forschung ihr Augenmerk auf Prozesse der Interaktion - der unmittelbar wechselseitig orientierten sozialen Handlung - richtet und dass dabei ein bestimmter Begriff von Interaktion zugrunde gelegt wird, welcher den symbolvermittelten Charakter sozialen Handelns akzentuiert“ (Joas 1988: 419 in Flick 2007: 82).

Kurzfragebogen kann darüber hinaus den Gesprächseinstieg erleichtern. Ferner vermeidet die Forscherin im nachfolgenden Interview das unerwünschte Frage-Antwort-Schema. Zur authentischen und exakten Aufnahme des Kommunikationsprozesses dient die Tonträgeraufzeichnung. Witzel schlägt vor, die Aufnahme anschließend vollständig zu transkribieren (Witzel 2000: 3). Als ein drittes Instrument führt Witzel den Leitfaden an. Der Leitfaden beinhaltet die Forschungsthemen. Er unterstützt die Forscherin in der Interviewsituation und gibt ihr eine Orientierungshilfe. Darüber hinaus garantiert es später die Vergleichbarkeit der Interviews. Das Postskriptum dient als Instrument zur Ergänzung der Gesprächsinhalte. Es wird direkt im Anschluss an das Interview aufgenommen und beinhaltet situative und nonverbale Aspekte sowie Schwerpunktsetzungen der IP. Von besonderer Bedeutung sind hierbei der Interviewort, die Interviewdauer und die Atmosphäre. Diese Hintergrundinformationen ermöglichen später eine vertiefte Interpretation und Auswertung des Interviews (Lamnek 2010: 329ff.; 386ff.).

6.3. Das Leitfaden-Interview

Das problemzentrierte Interview ist den Leitfaden-Interviews zuzuordnen. Dabei dient der Leitfaden als eines der zentralen Instrumente des PZI der thematischen Orientierung und Strukturierung des Interviews. Der Leitfaden wird nach der Literaturrecherche und entlang des eigenen Forschungsinteresses entwickelt.

Das leitfadenorientierte Interview richtet sich nach den zentralen Gütekriterien qualitativer Forschung: Es gewährt Offenheit, erstens in Bezug auf die Gestaltung und zweitens in Bezug auf die Handhabung des Leitfadens. Es entspricht dem Prinzip der Prozesshaftigkeit, indem es auch Fragen in Bezug auf die Vergangenheit erlaubt und somit die Entwicklung von der Vergangenheit bis zur Gegenwart verfolgt. Darüber hinaus genügt das Leitfaden-Interview dem Prinzip der Kommunikation. Es ermöglicht die Verständlichkeit im Gespräch, garantiert die Nähe zu alltäglichen Sprachregeln und erlaubt die Aushandlung über Inhalte in der Interviewsituation (Reinders 2005: 152ff.).

Ein wesentlicher Vorteil der leitfadenorientierten Interviewführung ist die Flexibilität des Instruments. Der Leitfaden ist kein starres Konstrukt. Er kann im Laufe des Prozesses durch die im Interview gewonnenen Erkenntnisse verändert, ergänzt und präzisiert werden (Reinders 2005: 117f.). Darüber hinaus unterstützt der Leitfaden die IP bei der Beantwortung der Fragen, da er den Gedankenfluss des Probanden aktiviert, ihn strukturiert und auf bestimmte Aspekte lenkt (Reinders 2005: 123). Ferner ermöglicht der Leitfaden eine Vergleichbarkeit der erhobenen Daten bei der Auswertung (Meuser/Nagel 2009: 56).

Das deduktive Vorgehen, das Aneignen von Vorwissen über das Forschungsthema am Anfang des Forschungsprozess, dient der Vorstrukturierung des Leitfadens. Meuser und Nagel empfehlen eine Sequenzierung des Leitfadens nach thematischen Einheiten (Meuser/Nagel 2009: 56). Das induktive Vorgehen erlaubt es andererseits, den Leitfaden im Laufe des Forschungsprozesses durch die Expertise und praktische Anwendung entsprechend zu verändern und anzupassen.

Aus den in Kapitel 3 dargestellten Theorien und Modellen der Integration lassen sich folgende Themen ableiten, die in den Leitfaden der vorliegenden Studie zu integrieren sind: persönliche Erfahrungen bei und nach der Einwanderung, Integrationsverständnis, persönlicher Integrationsprozess, Integrationsprobleme und Umgebungsfaktoren.⁴⁴

Zum Einstieg in das Interview wurden die Probanden nach den Gründen ihrer Emigration, ihren Erwartungen und ersten Eindrücken bei der Einwanderung gefragt. Um die Rolle der Aufnahmegesellschaft und der eigenen Community bei der Ankunft zu messen, wurden die IP gefragt, welcher Personenkreis ihnen bei der Ankunft Hilfestellung geboten hat.

Da der Begriff Integration einen zentralen Stellenwert in dieser Studie einnimmt, wurden die Probanden nach ihrem Integrationsverständnis gefragt. Ferner sollten die IP die Rollen der drei Ebenen: Einwanderungs-, Aufnahmegesellschaft und Politik benennen.

Im dritten Punkt ging es um die persönlichen Erfahrungen der IP im Integrationsprozess. Vom zentralen Interesse war hierbei die Lebenssituation (soziales und ethnisches Zugehörigkeitsgefühl, soziale Kontakte und Engagement⁴⁵) und das Integrationsgefühl der Probanden. So wurde nach der Zufriedenheit in der „neuen Heimat“ und dem persönlichen ethnischen und nationalen Selbstverständnis gefragt (vgl. Mammey 1999: 118f.).

Im nächsten Schritt ging es um die persönlichen Integrationsprobleme der IP. Der Auseinandersetzung mit den Integrationsbarrieren folgte eine Beurteilung der Integrationspolitik sowie der Integrationsmaßnahmen in Deutschland. So berichteten die Probanden von ihren Erfahrungen im Integrationskurs und bei den zuständigen Einrichtungen. Zum Abschluss des Interviews wurden Fragen zu den persönlichen Zukunftsperspektiven und Wünschen der Probanden gestellt.

⁴⁴ Der vollständige Leitfaden ist im Anhang, S. 101 einzusehen.

⁴⁵ Mammey bildet mehrere Indikatoren objektiver und subjektiver Lebensbedingungen. Neben den materiellen Lebensbedingungen (Wohnraum, Einkommen) zählt er zu den objektiven Lebensbedingungen die soziale Zugehörigkeit. Außer der Kirchengebundenheit und Staatsangehörigkeit spielt hierbei auch die Vereinsmitgliedschaft eine wichtige Rolle. Einen weiteren Indikator bilden die sozialen Kontakte. Hierbei wird unter anderem nach der Art der sozialen Kontakte und der Häufigkeit der privaten Kontakte zur Aufnahmegesellschaft gefragt.

6.4. Das Experten-Interview

Als Vergleichsgruppe zu den Aussiedlern wurden in der vorliegenden Studie fünf Experten interviewt. Als Gesprächspartner dienten die Vorsitzenden der vier wichtigsten Migrantenselbstorganisationen in Hamburg, die sich mit dem Anliegen der Russlanddeutschen beschäftigen. Darüber hinaus wurde ein Mitglied aus dem Hamburgischen Integrationsbeirat als kommunalpolitischer Sprecher und Vertreter von Russlanddeutschen interviewt.

In bestimmten Teilbereichen der Forschung wird dem Experten-Interview lediglich eine randständige Funktion beigemessen. Es fungiert dort als Erhebungsmethode zur Erkundung des Forschungsfeldes und der Gewinnung von Hintergrundinformationen (Meuser/Nagel 1994: 191). Heute gewinnt die Erforschung von Experten-Wissen zunehmend an Professionalisierung und Qualität (Meuser/Nagel 2009: 35). So wird dem Experten-Interview überdies eine theoriegenerierende Funktion beigemessen (Meuser/Nagel 1994: 181).

Gewandelt hat sich auch der Experten-Begriff. Die Definition wird nicht mehr an eine formale Qualifikation oder eine offizielle Person gebunden. Entscheidend ist nicht mehr die Berufsrolle, sondern die Funktion, die eine Person innerhalb eines Sozialsystems ausübt. Durch die praktische Erfahrung erlangt die Person spezielles und professionelles Sonderwissen. Demzufolge ist Experten-Wissen ein *Insiderwissen*. Wer als Experte angesprochen werden kann, hängt vom spezifischen Erkenntnisinteresse ab. Entscheidend ist, dass diese Person Entscheidungen und Problemlösungen beeinflusst, auch jenseits von Routinen der Entscheidungsfindung (Meuser/Nagel 1994: 180). Durch die Modernisierung in der Wissensproduktion, die Entwicklung neuer Deutungsinstanzen und Kommunikationsstrukturen etablieren sich neue Experten, die eine gewisse Rolle im politischen, sozialen und kulturellen System einnehmen, darunter soziale Bewegungen, NGOs und zivilgesellschaftliche Netzwerke (Meuser/Nagel 2009: 40). Diese Akteure erlangen ihr Sonderwissen durch die Tätigkeit, die sie ausüben, durch den bevorzugten Zugang zu Informationen, der ihnen ihre Tätigkeit ermöglicht.

Experten sind für die Politikwissenschaftlerin in dreifacher Weise relevant. Sie sind zunächst Interviewpersonen, die zweitens eine Institution oder Organisation repräsentieren und drittens als kollektive, strategische Akteure in der politischen und sozialen Sphäre auftreten (Abels/Behrens 2009: 161).

Zur Erhebung von Experten-Interviews empfehlen Meuser und Nagel ein offenes Leitfadenterview, wie es in Kapitel 6.3. beschrieben wurde. Denn hier steht nicht die Biographie des jeweiligen Experten im Vordergrund, sondern das Sonderwissen, das den

Bezug auf besondere Probleme nimmt (Meuser/Nagel 2009: 51ff.). Der hier angewandte Leitfaden für die Experten-Interviews ist von dem Leitfaden für die Aussiedler in einzelnen Punkten zu unterscheiden.⁴⁶ So wurden die Experten eingangs nach ihrer Funktion und der jeweiligen Institution befragt. Darüber hinaus ging es hierbei nicht um die Beschreibung des subjektiven Erlebens im Eingliederungsprozess, sondern um die objektive Darstellung der Integration von Aussiedlern aus der Beobachterperspektive. So wurden die Experten gefragt, wie sie die Lebenssituation und den Integrationsstand von Russlanddeutschen einschätzen und mit welchen Problemen sich die Betroffenen an die jeweilige Organisation wenden. Die Themenblöcke Integrationsverständnis und Integrationspolitik blieben in beiden Interviewgruppen identisch.

6.5. Die Stichprobe

Die Frage, auf welche Weise Stichproben erhoben werden können, ist eine der zentralen Fragen der empirischen Sozialforschung. Stichproben sind „verkleinerte Abbildungen der Bevölkerung“ (Diekmann 2007: 430). Sie sollen die Grundgesamtheit repräsentieren. Man unterscheidet nach drei Hauptgruppen von Stichprobenverfahren: 1. Wahrscheinlichkeitsauswahl z. B. mittels einer Zufallsstichprobe, 2. bewusste Auswahl z. B. anhand des Quotenverfahrens und 3. willkürliche Auswahl. Bei den ersten beiden Formen wird der Vorgang der Stichprobenziehung kontrolliert. Sie unterliegen vorgegebenen Regeln. Bei der willkürlichen Auswahl erfolgt die Auswahl nicht nach stichprobentechnischen Kriterien. Hier zählt die Freiwilligkeit der Probanden (Diekmann 2007: 378f.).

Reinders unterscheidet allgemeiner zwischen der deduktiven Stichprobenziehung (Inspektion) und der induktiven Stichprobenziehung (Exploration). Bei der Exploration, die der willkürlichen Stichprobenziehung entspricht, ist der Forscherin zu Beginn der Studie nicht bekannt, welche Personen sich als Informationsquelle eignen. Die Wahl der Personen und ihre Befragung geschehen eher wahllos. Aus den ersten Interviews werden weitere IP abgeleitet. Problematisch ist dabei die Selektivität bei der Auswahl weiterer Fälle. Bei der Inspektion, die der Stichprobenziehung in dieser Studie entspricht, verfügt die Forscherin bereits über Kenntnisse, welche Personen sich als IP eignen. Die Auswahl der Befragten basiert auf dem Vorwissen der Forscherin. Sie schließt von der Theorie auf den Einzelfall, vom Allgemeinen auf das Besondere. Mit ihrem theoretischen Vorwissen legt die Forscherin Kriterien für die Stichprobenauswahl fest. Ein Vorteil dieser Form liegt in der gezielten Auswahl der IP und der damit einhergehenden Angleichung der Probanden an den eigenen Stichprobenplan.

⁴⁶ Der vollständige Leitfaden für die Experten-Interviews ist im Anhang, S. 102 einzusehen.

„Unnötige“ Interviews werden dadurch umgangen. Problematisch gestaltet sich der Kriterienkatalog für die Stichprobenziehung. Entweder werden relevante Kriterien ausgelassen oder aber der Kriterienkatalog ist zu differenziert und erschwert die Umsetzung der Studie. Reinders empfiehlt, nicht mehr als drei Kriterien zu wählen (Reinders 2005: 136ff.). Zentrales Kriterium in der vorliegenden Studie war der Aussiedlerstatus der IP, welches zwei weitere wichtige Kriterien in sich birgt: Erstens muss die Person aus den Republiken der ehemaligen SU stammen und zweitens muss sie diese nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen haben.

Es gibt verschiedene Arten von Stichprobenverfahren. In dieser Studie wurde die bewusste Auswahl der Probanden mittels Gatekeeper gewählt. Gatekeeper sind „Personen, die in dem sozialen Feld tätig sind, die den Forschenden interessieren und durch Tätigkeit über jenes Expertenwissen verfügen, welches der Forschende nicht besitzt“ (Reinders 2005: 139). Durch die Aussagen der Gatekeeper lassen sich vermutlich typische Fälle der Grundgesamtheit erkennen. Darüber hinaus wird Gatekeepern die Funktion zugewiesen, an konkrete IP zu verweisen, die der Gatekeeper aufgrund seiner Erfahrungen als geeignete IP einschätzt. Gatekeeper öffnen damit der Forscherin die Tür zum sozialen Feld (Reinders 2005: 140). Der Nachteil dieses Stichprobenverfahrens ist die Selektion des Gatekeepers. Dieser könnte die IP nach eigenen Präferenzen wählen. Durch eine konkrete Vorabsprache über den Kriterienkatalog mit dem Gatekeeper wurde versucht, das Problem der willkürlichen Stichprobenwahl zu umgehen.

6.6. Datenerhebung und Datenerfassung

Um die Interviewsituation für die IP so *lebensnah* wie möglich zu gestalten und der Alltagssituation der Befragten gerecht zu werden, wurden die Interviews in der gewohnten Umgebung der Befragten durchgeführt (Lamnek 2010: 354).⁴⁷ Nach einer kurzen Vorstellung der eigenen Person wurden die IP über das Anliegen der Forscherin aufgeklärt und über den Verlauf des Interviews informiert, wobei die Freiwilligkeit der Teilnahme betont wurde. Vor Beginn des Interviews haben die IP einen Kurzfragebogen zu ihren Sozialdaten ausgefüllt.⁴⁸ Zur präzisen Aufzeichnung des Interviews diente ein Tonbandgerät. Die IP wurden bereits bei der Kontaktaufnahme über die Tonbandaufnahme informiert und direkt vor dem Interview nochmals über die Aufnahme und den Datenschutz aufgeklärt. Außerdem wurden die IP

⁴⁷ Das Alltagskonzept ist zentraler Bestandteil qualitativer Sozialforschung. Es geht darum, die Alltagssituation der IP weitgehend aufzugreifen, um die Bedeutungszuschreibungen und Sinngebungen der IP so realitätsnah wie möglich erfassen zu können (Lamnek 2010: 361). So dienten als Befragungsort Versammlungsräume der Vereine im Falle der Expertenbefragung, die Arbeitsplätze oder gar Wohnräume der IP.

⁴⁸ Siehe Anhang, S. 103, Abb. 6: Soziodemografische Daten der befragten Aussiedler.

gebeten, ihr Einverständnis zur Teilnahme an der Studie schriftlich zu bestätigen. Die Interviewerin garantierte ihnen im Gegenzug die Anonymisierung ihrer Person und den gewissenhaften Umgang mit den erhobenen Daten. Unmittelbar nach dem Interview bat die Forscherin um ein kurzes Feedback. Von Interesse waren hierbei die Einstellung der Befragten zur Studie, zur Erhebungsform und der Rolle der Forscherin. Alle Befragten haben sich dabei positiv zur Studie und der Erhebungsform geäußert. Die IP lassen ein gewisses Bedürfnis nach Wahrnehmung, Aufklärung und Unterstützung in der Aufnahmegesellschaft erkennen. Die vorliegende Studie sei ein effektives Instrument, das Anliegen der Russlanddeutschen in die Öffentlichkeit zu transportieren und diese über das Thema Aussiedler zu informieren. Damit fördere die Studie den Austausch zwischen der Einwanderungs- und Aufnahmegesellschaft.

Lamnek empfiehlt im Anschluss an das Interview die jeweiligen Kontext bedingenden, inhaltlichen und nonverbalen Daten aufzunehmen (Lamnek 2010: 357f.). Darum fertigte die Forscherin unmittelbar nach dem Interview ein Postskriptum an, das alle wichtigen Notizen beinhaltet, welche über das Gespräch hinausgehen. Von besonderer Bedeutung sind hierbei der Interviewort, die Interviewdauer und die Atmosphäre. Diese Hintergrundinformationen ermöglichen später eine vertiefte Interpretation und Auswertung der Interviews.

6.7. Qualitative Datenanalyse

Anschließend an das Interviewverfahren wurde das Interviewmaterial mittels einer Transkriptionssoftware transkribiert. „Unter Transkription versteht man die graphische Darstellung ausgewählter Verhaltensaspekte von Personen, die an einem Gespräch [...] teilnehmen“ (Kowal/O’Connell 2000: 438). Kowal und O’Connell empfehlen, ökonomische Gründe bei der Anfertigung eines Transkriptes anzuführen (Kowal/O’Connell 2000: 444). So genügt es bei Experten-Interviews sich auf die Aussagen, die verbale Kommunikation der IP zu konzentrieren. Geht es jedoch um sensible Themenbereiche wie Konfliktverhalten und Gewissensentscheidungen spielen paraverbale Daten wie Lachen und Sprechpausen eine wichtige Rolle (Reinders 2005: 249). In der vorliegenden Studie wurde die Standardorthographie als Verschriftungsform gewählt. Hierbei erfolgt die Verschriftlichung der gesprochenen Worte nach den Regeln der geschriebenen Sprache, Dialekte und umgangssprachliche Laute und Formulierungen werden ignoriert. Dieses Vorgehen erleichtert die Transkription und dient der Lesbarkeit des Interviewmaterials (Reinders 2005: 254).

Im Anschluss an die Transkription fand die qualitative Inhaltsanalyse des Datenmaterials statt. Das Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse ist, die eingangs aufgestellten Hypothesen zu

überprüfen. Da die vorliegende Studie dem Prinzip der „theorie-orientierten qualitativen Forschung“ (Hopf et al. 1995: 23) entspricht, ist die vorangegangene Formulierung von Hypothesen zentraler Bestandteil der Methode. Im Gegensatz zu den quantitativen Verfahren der empirischen Sozialforschung erhebt die vorliegende Studie keinen generellen Geltungsanspruch, denn eine Repräsentativität der Stichprobe kann aufgrund der geringen Fallzahl nicht gewährt werden. Ziel des Hypothesentests ist viel mehr, die auf die Literaturrecherche aufbauenden Erkenntnisse und die theoretischen Annahmen anhand qualitativen Datenmaterials zu verifizieren und weiterzuentwickeln.

Aufbauend auf den Hypothesen und dem theoretischen Vorwissen konnte die Forscherin ein Erhebungsinstrument konstruieren, anhand dessen ein Codierleitfaden entwickelt wurde.⁴⁹ Ein Codierleitfaden ist eine Zusammenstellung von Kategorien, die im Anschluss an die Transkription zur Auswertung des Interviewmaterials dient (Hopf et al. 1995: 29). Die hier ausgewählten Kategorien entsprechen den Themenblöcken des Interview-Leitfadens. Anhand der ersten interpretativen Auseinandersetzung mit den Textpassagen wurde der Codierleitfaden erprobt und überarbeitet. So wurden die sechs Oberkategorien Einwanderung, Integrationsverständnis, Integrationsdeterminanten, persönliche Integrationserfahrungen, Integrationsbarrieren und Integrationspolitik in mehrere Subkategorien ausdifferenziert. Anschließend wurde das Interviewmaterial mit dem computergestützten Analyseprogramm MAXQDA ausgewertet. Ziel jeder QDA-Software (engl. *Qualitative Data Analysis*) ist es, durch die Sortierung und Strukturierung der großen Textmengen Einblicke in das Datenmaterial zu gewinnen. Die Interpretation wird durch verschiedene Instrumente erleichtert, so durch die Gruppierung von Texten, das hierarchisch organisierte Code-System oder die Gestaltung tabellarischer Übersichten. Dabei geht MAXQDA von klassischen Analyseverfahren wie der Grounded Theory oder der Diskursanalyse aus. Zunächst wurden die Interviews mit dem überarbeiteten Codierleitfaden vercodet. Hierbei werden die einzelnen Textpassagen einer entsprechenden Kategorie zugeordnet. Um eine Gesamtübersicht der Ergebnisse aus der Codierung zu gewähren, wurden die Ergebnisse schematisch in Tabellenform, bestehend aus den Häufigkeitsangaben zu den einzelnen Kategorien, zusammengefasst. Im letzten Schritt findet eine vertiefende Analyse von ausgewählten Fällen statt. Im Fokus der Einzelfallanalyse steht die Beantwortung der theoretischen Fragen (Schmidt 2000: 448ff.). Ferner dienen Fallbeispiele, wie sie in Kapitel 7 anhand der Wiedergabe von Transkriptpassagen und Häufigkeitstabellen abgebildet sind, der Validierung und Nachvollziehbarkeit der Analyseergebnisse (Matt 2000: 585).

⁴⁹ Der Codierleitfaden ist im Anhang, S. 104 einzusehen.

7. Empirische Ergebnisse

Der Ergebnisteil der empirischen Untersuchung gliedert sich nach dem Leitfadenskondukt (siehe Anhang, S. 101). Zunächst wurden die IP nach ihren persönlichen Erfahrungen bei der Einwanderung und im Eingliederungsprozess gefragt. Im zweiten Teil der Befragung ging es um das Integrationsverständnis der Probanden unter Einbezug der zentralen Determinanten, die nach Meinung der IP den Eingliederungsprozess bestimmen. Der Auseinandersetzung mit den Integrationsdeterminanten folgt eine Analyse der Integrationsbarrieren, bevor zum Schluss eine Bewertung der Integrationspolitik durch die Probanden erfolgt.

7.1. Persönliche Erfahrungen im Eingliederungsprozess

Im ersten Abschnitt der Analyse sollen die persönlichen Erfahrungen der befragten Aussiedler bei ihrer Einwanderung beleuchtet werden. So wurde am Anfang der Befragung nach den Migrationsmotiven und nach den ersten Erfahrungen mit der neuen Lebenssituation und der Aufnahmegesellschaft gefragt. Ferner war die Stellungnahme der IP zur persönlichen Integration und allgemein zur Integration der Aussiedler von Interesse.

Migrationsmotive

Fragt man nach den Gründen der Auswanderung, wird die ethnische Zugehörigkeit als häufigstes Motiv genannt. Drei von fünf der Befragten sind in Deutschland „weil [sie] und [ihre] Familie Deutsche sind“ (A4⁵⁰). Ihre Migration bezeichnen die IP als die „Rückkehr in das Land ihrer Vorfahren“ (A5). Zwei der Befragten sind nicht freiwillig, sondern auf den Wunsch der Eltern hin emigriert. Die Auswanderung wurde durch den Wunsch der Eltern nach einer besseren Zukunft für die Kinder bestimmt. Eine IP spricht von der „Rettung“ ihres Sohnes (A5). Um den Sohn vor dem harten Armeedienst im Kaukasus zu bewahren und ihm in Deutschland eine bessere Bildung zu ermöglichen, ist sie mit ihm emigriert.

Die Experten betonen, dass das Migrationsmotiv der ethnischen Zugehörigkeit und der Rückkehr wesentlich andere Integrationsvoraussetzungen und -ziele im Falle der Aussiedler schaffe als bei anderen Migrantengruppen. Die Emigration der Aussiedler war lange überlegt, der Migrationswunsch groß und die Immigration endgültig. „Russlanddeutsche sind nach Deutschland gekommen, um hier wirklich zu leben und hier auch zu bleiben“ (E1).

Als zweiter Migrationsgrund werden die in den Herkunftsgebieten herrschende soziale Unsicherheit und Gewalt genannt: „Dieses Gefühl von Sicherheit, dieses Gefühl frei zu leben,

⁵⁰ Die befragten Aussiedler werden in der vorliegenden Arbeit mit der Abkürzung A und der jeweiligen Ziffer (1-5) gekennzeichnet. Die befragten Experten erhalten die Abkürzung E und die jeweilige Ziffer (1-5).

dass du nicht umgebracht wirst, das ist das Erste, was ich höre. Mafia, Folter in der Miliz oder die russische Armee, das ist ein Schock für alle“ (E4).

Erste Erfahrungen in Deutschland

Um die ersten Erfahrungen der Aussiedler mit der Aufnahmegesellschaft zu erforschen, wurde nach den persönlichen Erlebnissen bei der Einwanderung gefragt. Besonders von Interesse waren die ersten Hilfestellungen, die die Aussiedler erhielten. Gefragt wurde nach Art der Hilfestellung und der Person, die unterstützend bei der Ankunft wirkte.

In der Literatur werden die bereits in Deutschland lebenden Verwandten als erste Stütze im Eingliederungsprozess angeführt (Quelle). Im Gegensatz dazu berichten die IP, dass die erste Hilfe seitens des Staates, also den Grenzdurchgangslagern⁵¹, Behörden und dem Roten Kreuz geleistet wurde. *„Das heißt wie Deutschland uns aufgenommen hat, ich bin so dankbar, und das war wirklich, sie haben so viele Ausgaben gemacht, Leistungen haben sie gezeigt [...]. Ich kann nur eins sagen, das war super“ (A4).* Als Hilfestellungen werden materielle Versorgungsleitungen in den Erstaufnahmeinrichtungen und finanzielle Eingliederungshilfen in Form der Bereitstellung von Sozialwohnungen und dem Eingliederungsgeld sowie dem kostenlosen Besuch des Sprachkurses genannt. Ferner erhielten die Aussiedler Hilfestellungen bei administrativen Angelegenheiten. So organisierte das Personal im Aussiedlerheim den Gang zu den einzelnen Ämtern und begleitete die Aussiedler bei den Amtsgängen.

Lebenssituation und Integrationsstand der Russlanddeutschen

Fragt man nach den Lebensumständen, der Umgebung und dem Freundeskreis der Aussiedler, lassen die Antworten der IP darauf schließen, dass Aussiedler ein zweiseitiges Leben führen. So berichten die Befragten, dass sich die Besiedlung der Russlanddeutschen in Hamburg auf bestimmte Stadtteile konzentriert. Hier sei ein russischsprachiges Leben mit eigenen russischen Supermärkten zu vermerken.⁵² Einer der IP betont allerdings:

⁵¹ Das Grenzdurchgangslager ist die Erstaufnahmeeinrichtung in Deutschland für Aussiedler und ihre Familienangehörigen. Hier erfolgt die Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Weiterleitung der Aussiedler. Aufgrund der sinkenden Einwanderungszahlen ist seit dem 01.10.2000 das Grenzdurchgangslager Friedland, das Niedersächsisches Zentrum für Integration die bundesweit einzige Einrichtung für die Erstaufnahme von Spätaussiedlern. Heute ist das Lager über seine ursprünglichen Aufgaben hinaus für die Durchführung von Integrationskursen zuständig. Bei seiner Arbeit wird das Grenzdurchgangslager von Wohlfahrtsverbänden unterstützt (Niedersachsen.de 2012).

⁵² Der Bezirk Bergedorf ist als „Hochburg russischstämmiger Bevölkerung in Hamburg“ (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012: 2) bekannt. Elf Prozent der dort lebenden Bevölkerung stammt aus einer der fünfzehn Staaten der ehemaligen SU. Das sind rund 40 Prozent der Bevölkerung aus Russland und weiteren Staaten der ehemaligen SU in ganz Hamburg. Der Bezirk Harburg stellt mit 23,5 Prozent den zweitgrößten Anteil russischsprachiger Bevölkerung dar (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2012: 6).

„In unserem Wohnviertel [...] da sind 80 Prozent Russlanddeutsche. Aber die sprechen alle Deutsch und die Kinder sprechen Deutsch. Man kann sie schon nicht mehr unterscheiden. Wir haben da gar nichts mit [einem] Russenviertel zu tun. [Man kann] sagen, dass da [Russlanddeutsche] wohnen, aber ein Getto ist das nicht“ (A4).

Zwei andere IP berichten, dass sie die russische Tradition in Form der russischen Sprache, dem starken familiären Zusammenhalt und der russischen Musik im privaten Bereich pflegen. Allerdings, was *„das Leben an sich angeht, [politische Ereignisse und so weiter], das dreht sich alles rund um Deutschland. Obwohl es zwar, wie gesagt, auf Russisch verbalisiert wird“* [A2]. Es kann also festgehalten werden, dass Russlanddeutsche in ihrem privaten Umfeld die russische Tradition weiterpflegen, im Zentrum ihres alltäglichen Lebens allerdings die Ereignisse in Deutschland stehen. Russland spielt für sie als Referenzrahmen keine Rolle mehr. Esser nennt diese Art von Integration als *multiple Inklusion*, die Teilhabe an beiden sozialen Systemen, sowohl an der Aufnahmegesellschaft als auch der ethnischen Gruppe, hier in Form kultureller Gewohnheiten (Esser 2006: 7f.).

Als nächstes wurden die Aussiedler gebeten, ihr persönliches Integrationsgefühl einzuschätzen. Auch die Experten sollten eine Beurteilung zur Aussiedlerintegration abgeben. Als erstes Ergebnis kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass viele der Befragten die Eingliederungssituation der Aussiedlerkinder und -jugendlichen als völlig integriert bewerten. Diese haben sich schnell und problemlos integriert. Die junge Generation beherrsche die deutsche Sprache sehr gut. Ihr Interesse an der russischen Sprache und ihren russischen Wurzeln sei kaum vorhanden. Einer der Experten bewertet die Eingliederung der jungen Generation sogar als eine Assimilation. Eine Doppelidentität wie bei den erwachsenen und besonders älteren Aussiedlern ist bei den Aussiedlerkindern bzw. -jugendlichen nicht erkennbar. Hier sei jedoch eine Spaltung in zwei unterschiedliche Gruppen zu verzeichnen: *„[Man] ist entweder völlig in seiner Umgebung zu Hause und Russland ist irgendwie nur noch ein kleines Land oder umgekehrt, man passt irgendwie in seine Umgebung nicht so rein und mental ist man in Russland, durch das Fernsehen, die Musik und so weiter“* (E3). Allerdings überwiege die erstgenannte, die *„assimilierte“* Gruppe deutlich.

Als zweites Ergebnis lässt sich eine durchweg positive Bewertung der Aussiedlerintegration erkennen. Alle der fünf befragten Aussiedler und alle fünf Experten bewerten die Integration der Aussiedler als erfolgreich. Aussiedler würden sich schneller und besser als andere Einwanderungsgruppen integrieren. Ein Experte sieht die Aussiedler sogar als ein Vorbild der Integration. Den Erfolg der Integration messen die IP am Gebrauch der deutschen Sprache, der Selbstständigkeit, Zielstrebigkeit, beruflichen Integration und besonders der

Selbstidentifikation der Aussiedler. So würden sich immer weniger Aussiedler in einer Art Sonderrolle oder als eine Einzelgruppe sehen. Sie würden sich nicht als Zuwanderer identifizieren.⁵³ Als Hauptgrund für die gelungene Integration der Aussiedler führen die Befragten die kulturellen Wurzeln, die kulturelle Nähe der Aussiedler zur Aufnahmegesellschaft und ihre Heimatverbundenheit zu Deutschland an: „*In dieser Hinsicht würde ich schon sagen, dass wir uns besser integrieren, weil wir Deutsche sind*“ (A5). Russlanddeutschen hätten „*alle Brücken abgebrochen*“ (E5) und sich für die alleinige deutsche Staatsangehörigkeit entschieden, weil sie „*zu Hause angekommen sind*“ (E5) und in Deutschland bleiben möchten.

Auf die Frage *Sind Sie heute zufrieden mit Ihrem Leben in Deutschland? Fühlen Sie sich integriert?* antworten alle Aussiedler, dass sie sich heute „*angekommen*“ und „*zu Hause*“ fühlen. Sie bereuten ihre Auswanderung nicht und seien dankbar dafür, in Deutschland leben zu dürfen.

Die Experten betonen im Gegensatz dazu, dass trotz der beispielhaften Integration der Russlanddeutschen und ihrer rechtlichen Anerkennung als Deutsche diese Bevölkerungsgruppe in der Gesellschaft als Deutsche nicht „*angekommen*“ sei. Es würden bis heute zu viele Vorurteile und Ausgrenzungen gegenüber den Aussiedlern herrschen.⁵⁴

Bei Park und Burgess stellt die Partizipation an der Aufnahmegesellschaft sowohl Medium als auch Ziel der Eingliederung dar (Park/Burgess 1969: 364). Um die Partizipation der Aussiedler an der deutschen Gesellschaft zu messen, wurden die IP nach ihrem Engagement und Freundeskreis gefragt. Auf die Frage, ob sich die IP auf politischer, sozialer oder kultureller Ebene engagieren würden, antworteten drei von fünf befragten Aussiedlern mit einer Zustimmung.⁵⁵ Die Experten beobachten, dass sich die Aussiedler überwiegend in Einrichtungen engagieren, die speziell Russlanddeutsche als Ansprechpersonen haben und sich für die Belange der Russlanddeutschen einsetzen.⁵⁶

Auf die Fragen „*Gehörten am Anfang Ihrer Einwanderung Einheimische zu Ihrem Bekanntenkreis?*“ und „*Wie ist es heute?*“ antworten drei von fünf Aussiedlern, dass ihr

⁵³ So beobachtet einer der Experten, dass immer weniger Aussiedler bei der Einschulung ihrer Kinder die Angabe *Aussiedler* machen. Damit sehen sich die meisten Aussiedler nicht mehr als eine Sondergruppe (E3).

⁵⁴ Beide Variablen *Diskriminierung* und *fehlende Anerkennung* werden gesondert im Kapitel 7.3. behandelt.

⁵⁵ So engagiert sich eine der Befragten ehrenamtlich im Seniorenkreis und singt in einem Chor. Eine weitere IP ist in einem Sportverein aktiv und sogar in einer politischen Partei tätig. Eine dritte IP engagiert sich in ihrem sozialen Umfeld als Nachhilfelehrerin für Ausländer- und Flüchtlingskinder.

⁵⁶ Diese Beobachtung hat auch die Forscherin gemacht, als sie die einzelnen Einrichtungen besuchte. Der Vorstand, das Personal und die ehrenamtlichen Mitarbeiter der besuchten Organisationen, die sich für die Belange der Russlanddeutschen einsetzen, waren oft selbst Aussiedler.

Freundeskreis sowohl aus Russlanddeutschen als auch aus autochthonen Deutschen bestehe. Dabei wäre der Aussiedleranteil in ihrem Freundeskreis am Anfang der Eingliederung größer gewesen. Dieser habe sich mit der Zeit verringert und immer mehr Deutsche sind zu Kollegen und Freunden geworden. Zwei der befragten Aussiedler berichten, dass ihr Freundeskreis bis heute aus Russlanddeutschen bestehe: „*Es ist ja nur so, dass man sich mit Gleichgesinnten anders ausdrücken kann. Ja, das ist halt die andere Mentalität, die man versteht*“ (A3).

7.2. Zum Verständnis von Integration

Zunächst soll eine einfache Darstellung des Integrationsverständnisses der Befragten erfolgen, bevor es im nächsten Schritt um eine differenziertere Ausführung der Integrationsauffassung geht. So wurde eingangs gefragt, was die IP unter dem Begriff Integration verstehen. Im nächsten Schritt werden die drei Ebenen der Integration *Immigranten, Aufnahmegesellschaft* und *Politik* untersucht. Im Anschluss werden die von den IP als relevant angesehenen Integrationsdeterminanten betrachtet.

7.2.1. Integrationsbegriff

Nach der Auffassung der IP ist die Integration dann erreicht, wenn man sich heimisch und wohl in der neuen Umgebung fühlt, wenn man sich der neuen Kultur, den Sitten, Gesetzen und Verhaltensstrukturen angepasst und man seinen Platz in der neuen Gesellschaft gefunden hat. Teil der Gesellschaft zu sein besage wiederum, dass man die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten wie Schule und Ausbildungsstelle wahrnimmt, einen Arbeitsplatz findet und Kontakte zur Aufnahmegesellschaft pflegt. Diese Art der Integration entspricht der in der Theorie aufgeführten strukturellen und sozialen Integration, wie sie bei Gordon, Hoffmann-Nowotny und Esser vorzufinden ist.

Interessant ist, dass alle IP zwischen der Integration und einer völligen Assimilation unterscheiden. Zwar gehe es bei der Integration darum, die Sprache, Gewohnheiten und Strukturen der neuen Umgebung kennenzulernen und zu akzeptieren. Jedoch heiße Integration für alle Befragten auch, die mitgebrachten kulturellen Wurzeln wie Musik, Sprache und Küche zu bewahren. Mit einer völligen Assimilation gehe ein Verlust, ein Aufgeben der eigenen Identität einher. Es gehe also darum, ein Gleichgewicht zwischen dem Mitgebrachten und dem Neuen zu schaffen. Allerdings sollte sich das Mitgebrachte auf die Privatsphäre und Familie beschränken. In der Öffentlichkeit gelte es sich der neuen Umgebung anzupassen, denn ein Nichtanpassen werde immer als Ausdruck von Abgrenzung und Ablehnung verstanden und wirke sich somit negativ auf den Eingliederungsprozess aus.

Festzuhalten bleibt, dass die IP mit dem Integrationsbegriff positive Merkmale wie Wohlbefinden und Heimatgefühl verbinden und eine völlige Aufgabe der mitgebrachten Werte und kulturellen Eigenheiten ablehnen.

7.2.2. Die drei Ebenen der Integration

Bereits in der theoretischen Auseinandersetzung wird deutlich, dass drei Ebenen der Integration zu betrachten sind. Neben den individuellen Integrationsdeterminanten der Immigranten spielen die Aufnahmegesellschaft und die Politik im Aufnahmeland eine zentrale Rolle im Eingliederungsprozess (Eisenstadt 1954; Gordon 1964; Hoffmann-Nowotny 1973; Lanquillon 1979; Esser 1980; Alba/Nee 2004; Geißler 2004). In diesem Zusammenhang wurden die IP gefragt, welche Rolle für sie a) die Einwanderer, b) die Aufnahmegesellschaft und c) die Politik bei der Integration spielen.

Rolle der Immigranten

Die Einwanderungsgesellschaft spielt im Gordonschen Sinne eine wichtige Rolle in der Phase der kulturellen Assimilation. Hier findet eine Angleichung der kulturellen Verhaltensmuster des Immigranten an das kulturelle Verhalten der Aufnahmegesellschaft statt (Gordon 1964: 70f.). Es ist die Aufgabe der Immigranten, sich mit den neuen Werten, Normen und Verhaltensregeln auseinanderzusetzen (Lanquillon 1979: 41).

Welche Rolle messen die IP der Einwanderungsgesellschaft bei? Es sei Aufgabe der Immigranten, das Integrationsangebot des Einwanderungslandes zu nutzen, die deutsche Sprache und Verhaltensmuster anzunehmen und sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Fördernd wirkten dabei die individuellen Eigenschaften und persönlichen Leistungen der Immigranten. Sie müssten Mühe und Interesse an dem Neuen zeigen und die Initiative im Eingliederungsprozess ergreifen, indem sie den Kontakt zur Aufnahmegesellschaft herstellen und am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen. Allerdings wird Integration als ein Lern- und Bildungsprozess verstanden, an dem alle Ebenen beteiligt seien. Damit Integration gelingt, „*muss jeder seinen Beitrag leisten*“ (E2).

Rolle der Aufnahmegesellschaft

In der theoretischen Auseinandersetzung wird der Aufnahmegesellschaft eine unterstützende Rolle im Eingliederungsprozess beigemessen. Die Aufnahmegesellschaft wirkt bei der Integration unterstützend, indem sie Verständnis für die Einwanderer zeigt, ihre kulturellen Eigenheiten akzeptiert und Hilfestellungen zum Beispiel bei der Wohnungs- und Arbeitssuche

bietet (Lanquillon 1979; Geißler 2004). Die Integrationsbereitschaft und Öffnung der Aufnahmegesellschaft entscheidet über die gesellschaftliche Stellung der Immigranten und den Zugang zum gesellschaftlichen Leben in der neuen Umgebung (Eisenstadt 1954; Park 1967; Esser 1980; Hoffmann-Nowotny 1987). Auf der anderen Seite kann die Aufnahmegesellschaft aber auch Integrationsbarrieren durch Diskriminierung und Vorurteile schaffen und somit den Eingliederungsprozess hemmen (Gordon 1964; Hoffmann-Nowotny 1973; Esser 1980; Portes/Rumbaut 1996).

Mit Bezug auf ihre persönlichen Erfahrungen hätten sich die Aussiedler mehr Verständnis von der Aufnahmegesellschaft gewünscht. Es fehle am historischen Wissen bezüglich der Aussiedlergeschichte. Ferner fehle das Verständnis für die anfänglichen Integrationsprobleme wie Sprach- und Kommunikationsschwierigkeiten. Auch sei die Toleranzschwelle in der Aufnahmegesellschaft im Laufe der Aussiedlerimmigration gesunken. Dort, wo die Medien von Integrationsproblemen wie Kriminalität, Bildungsferne und Ballungszentren berichten, würden diese auf alle Immigrantengruppen bezogen. Dies schaffe Vorurteile auch gegenüber den Aussiedlern, weil die Gesellschaft nicht zwischen den einzelnen Gruppen differenziere und Aussiedler als Ausländer wahrnehme. An dieser Stelle wünschen sich die IP ein differenzierteres Verständnis für die spezielle Situation der Aussiedler.

Ferner kann Integration nur dann gelingen, wenn die Immigranten in das neue soziale Gefüge, das frei von Vorurteilen ist, eingebunden werden. In der Aufnahmegesellschaft mangle es hierfür an Offenheit für die Kultur, Mentalität und den Alltag der Immigranten. Es sei notwendig, die Toleranz für die Vielfaltigkeit einer Gesellschaft zu erhöhen. Dies kann nur durch intensive Kontakte zwischen beiden Gesellschaften erfolgen. Denn wenn Möglichkeiten zum gegenseitigen Kennenlernen bestehen, könnten Vorurteile abgebaut und Toleranz für einander geschaffen werden.

Die dargelegte Perspektive der IP auf das gesellschaftliche Zusammenleben zwischen der autochthonen Gesellschaft und den Immigranten lässt sich in die Multikulturalismus-Debatte einordnen. Hier wird das Zusammenwirken beider Gruppen als eine Einheit verstanden, die von einer ethno-kulturellen Pluralisierung geprägt ist und in der interethnische Kontakte und eine aktiv gelebte Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft den Integrationsprozess fördern.

Rolle der Politik

Laut den Integrationstheorien ist die politische Ebene für die formale und institutionelle Eingliederung der Immigranten zuständig. Die Politik schafft den gesetzlichen Rahmen für die Integration (Lanquillon 1979). Integration erfolgt erst dann, wenn der

Zuwanderungsgesellschaft formale Rechte gewährt werden, die eine allgemeine Gleichstellung zwischen der Aufnahme- und Einwanderungsgesellschaft ermöglichen (Alba/Nee 2004). Rechtliche Einschränkungen im Umgang mit Immigranten (z.B. Beschränkung der Aufenthaltsdauer und des Wahlrechts, fehlende Arbeitserlaubnis) behindern hingegen den Integrationsprozess (Hoffmann-Nowotny 1973).

Auch in den Gesprächen mit den Aussiedlern wird deutlich, dass die bundesrepublikanische Einwanderungspolitik, in diesem Fall speziell die Aussiedlerpolitik, deren Integration bestimmt hat. Erst durch die politische Entscheidung, Aussiedlern ein besonderes Recht auf Einwanderung und Integration in Deutschland zu gewähren, sei ihre Immigration und Integration möglich geworden. Die Politik sei für die Rahmenbedingungen der Einwanderung und Integration in Form von Gesetzen und Verordnung zuständig. Alle IP betonen, dass die Politik somit eine zentrale Rolle im Eingliederungsprozess spiele. Zwar scheinen alle IP mit den formalen Rahmenbedingungen in Deutschland zufrieden zu sein, allerdings fehle es ihnen an Unterstützung im Integrationsprozess im Hinblick auf die Arbeitsmarktintegration und berufliche Perspektivität. Die IP kritisieren die in Deutschland erfahrene berufliche Dequalifizierung oder gar Arbeitslosigkeit. An dieser Stelle solle sich der Staat mehr engagieren, indem er den Immigranten eine Chance gibt, sich zu beweisen und Perspektiven schafft, zum Beispiel in Form von beruflicher Anerkennung, Umschulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen.

Die unten stehende Häufigkeitstabelle zeigt, wie oft sich die IP zu den einzelnen Ebenen der Integration äußern. Welche genaue Rolle dabei den einzelnen Ebenen beigemessen wird, wie genau sie den Integrationsprozess fördern oder hemmen, lässt sich aus dieser Häufigkeitszählung nicht erschließen. Allerdings lässt sich feststellen, dass die Aufnahmegesellschaft für die IP eine zentrale Rolle spielt. Dieser Befund entspricht ebenfalls den Ergebnissen aus der theoretischen Auseinandersetzung, in der die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft wesentlich zur Integration der Immigranten beiträgt.

Alles in allem lässt sich sagen, dass sich die kumulierten Aussagen zu den einzelnen Ebenen der Integration ähnlich verteilen. Aussagen zur Rolle der Einwanderer und der Politik werden mit 14 Punkten gleich oft getroffen. Die Rolle der Aufnahmegesellschaft wird mit insgesamt 19 Punkten öfter betont. Somit kommen allen drei Ebenen wichtige Aufgaben im Eingliederungsprozess zu.

Unterschiede sind zwischen den beiden Interviewgruppen bei der Gewichtung der drei Ebenen festzustellen. Die Aussiedler betonen dabei die Rolle der Politik, die Experten geben

hier kaum Antworten. Somit scheint die politische Ebene die zentrale Rolle im Eingliederungsprozess der Aussiedler zu spielen, ihr folgt die Rolle der Aufnahmegesellschaft und erst zum Schluss wird die Aufgabe der Immigranten erwähnt. Die Experten hingegen messen den Einwanderern eine wesentlichere Rolle im Eingliederungsprozess bei. Eine mögliche Erklärung für diese Gewichtungsunterschiede liegt in den ungleichen Referenzsystemen und persönlichen Erfahrungen der beiden Interviewgruppen. So ist es möglich, dass die Aussiedler aus der Rolle der Betroffenen eher Bezug zu den anderen zwei Ebenen nehmen als dass sie Aussagen zu der eigenen Rolle machen. Die Rolle der Experten war nicht Gegenstand der Befragung, sie waren persönlich nicht betroffen, womit es ihnen leichter fiel, Aussagen zu allen drei Ebenen zu machen. Ferner lässt sich die unterschiedliche Gewichtung mit den persönlichen Erfahrungen und den unmittelbaren Begegnungen der Aussiedler mit der Aufnahmegesellschaft und der Aussiedlerpolitik erklären. Somit können die befragten Aussiedler mehr Aussagen über diese Ebenen treffen als die Experten, die bei der Befragung lediglich als Beobachter agierten.

Tabelle 3: Rollenverteilung im Eingliederungsprozess

Interviewperson	Rolle der Aufnahmegesellschaft	Rolle der Einwanderer	Rolle der Politik
A1	1	2	1
A2	1	0	2
A3	1	1	1
A4	3	2	5
A5	2	1	2
Aussiedler	8	6	11
E1	3	4	0
E2	3	3	2
E3	4	1	1
E4	1	0	0
E5	0	0	0
Experten	11	8	3
Summe	19	14	14

7.2.3. Integrationsdeterminanten

Im nächsten Schritt werden die Integrationsdeterminanten beleuchtet, die für die Aussiedler von zentraler Bedeutung sind. Die Fragen an die IP lauteten wie folgt: *Woran bedarf es, damit Integration gelingen kann? Worauf kommt es an im Eingliederungsprozess?*

Die Anordnung der Integrationsdeterminanten im Text folgt der Häufigkeitstabelle zur Gewichtung der Integrationsdeterminanten (siehe S. 73), angefangen mit den am häufigsten genannten Determinanten hin zu den vereinzelt angeführten Bestimmungsgrößen.

Individuelle Determinanten

Am häufigsten werden die persönlichen Eigenschaften der Immigranten als Integrationsdeterminanten genannt. *„Es kommt auf den Menschen an. [...] Jeder ist seines Glückes Schmied“* (A3). Als integrationsfördernd werden folgende individuelle Eigenschaften der Immigranten aufgezählt: Integrationsbereitschaft, Offenheit, Anpassungsfähigkeit, Toleranz, Mut, Eigeninitiative, Fleiß und Selbstbewusstsein. Dabei betonen die Experten, dass viele Aussiedler die nötigen Charaktermerkmale besäßen. Mühe und Fleiß sind zwei der Charakteristika, die den Aussiedlern am häufigsten zugeschrieben werden. Aussiedler seien bereit, auf ihre mitgebrachte Kultur zu verzichten und sich an die neuen Lebensumstände anzupassen. Auch akzeptierten sie den beruflichen Abstieg, gäben sich jedoch nicht auf, sondern ließen sich umschulen oder werden selbstständig. Allerdings solle nicht darüber hinweggesehen werden, dass es auch unter den Aussiedlern Personen gebe, *„die denken, es kommt alles von alleine, das ist ein Irrtum“* (E2).

Erwerbstätigkeit

Die Position der Immigranten auf dem Arbeitsmarkt stellt bereits in der theoretischen Auseinandersetzung eine Schlüsseldeterminante im Eingliederungsprozess dar (Hoffmann-Nowotny 1973; Esser 2006). Für die Aussiedler ist die Erwerbstätigkeit aus zwei Gründen von zentraler Bedeutung: Erstens ermögliche eine Anstellung die finanzielle Absicherung und damit auch die Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen. Zweitens fördere die Erwerbstätigkeit das Selbstwertgefühl der Immigranten und *„das Gefühl, gebraucht zu werden“* (A2). Eine Anstellung ermögliche ferner den Zugang zur Aufnahmegesellschaft. Hier knüpft man die ersten Kontakte mit der autochthonen Gesellschaft, kann seine Sprachkenntnisse verbessern und mehr von den Strukturen, Abläufen und dem Umgang am neuen Arbeitsplatz erfahren.

Kontakte zu Seinesgleichen

Der Kontakt zur eigenen ethnischen Community wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung größtenteils als positiv bewertet. Dabei agiert die ethnische Community am Anfang des Eingliederungsprozesses als soziale und moralische Stütze (Gordon 1964; Portes 1995; Bade/Oltmer 1999). In der Aufnahmegesellschaft wirkt die migrantische Community-Bildung hingegen als Ausdruck der Abgrenzung und mangelnden Integrationsbereitschaft (Bade/Oltmer 1999).

Die IP betonen die positive Wirkung durch Kontakte zu *Seinesgleichen*, also zu Menschen derselben ethnischen Herkunft, seien es Verwandte, Bekannte oder MSOs. So berichtet eine IP, dass sie in ihrer Community den Schutz fand, den sie anfangs gebraucht hat: „*Da fühlst du dich unter diesen Menschen genauso wie du bist, weil wenn du sofort mit den Deutschen Kontakt aufnimmst, da bist du [...] anders*“ (A2). Für diese IP war es wichtig, dass sie zunächst mit Menschen in Kontakt trat, die ähnliche Erfahrungen gemacht und Verständnis für ihre Situation gezeigt haben. Eine Expertin beobachtet, dass besonders die Mitglieder der eigenen Community als Wegweiser agieren: „*Mund-zu-Mund-Propaganda, das ist [das] A und O [bei den Aussiedlern]*“ (E4). Bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen und später im Integrationskurs treffen die Aussiedler auf die ersten Community-Mitglieder. Man tauscht sich aus und hilft sich bei den anfänglichen Alltagsschwierigkeiten. Als eine weitere zentrale Stütze wird die bereits in Deutschland lebende Familie angeführt. Von ihren Erfahrungen profitiere auch die nachkommende Einwanderungsgeneration. Es seien oft die Verwandten, die anfangs Übersetzungsaufgaben, Terminvereinbarungen und Amtsgänge für die Neuankömmlinge übernehmen und als moralische Stütze dienen würden. Einer der Experten resümiert: „*Die [in Deutschland lebenden] Bekanntschaften, Verwandtschaften haben dem Staat sehr viel Arbeit abgenommen*“ (E2).

Sprache

Die zentrale Bedeutung der Sprache als Integrationsdeterminante wurde im Laufe der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mehrmals betont (im deutschsprachigen Raum besonders bei Esser 2006). Die Sprache ist die zentrale Voraussetzung für die soziale Integration, denn sie bestimmt den Bildungserfolg, die berufliche und gesellschaftliche Position der Immigranten und ihre Beziehung zur Aufnahmegesellschaft (Esser 2006: 11f.). Für die IP ist die Beherrschung der deutschen Sprache eine wichtige Voraussetzung, um im deutschen Alltag zu bestehen. Sprache diene dabei nicht nur der alltäglichen Kommunikation sondern eröffne den Kontakt zur Aufnahmegesellschaft. Darüber hinaus stärke ein sicheres Sprachgefühl das Selbstbewusstsein und erleichtere es dem Betroffenen sich zu öffnen und auf die Aufnahmegesellschaft zuzugehen.

Kontakt zur Aufnahmegesellschaft

In der theoretischen Auseinandersetzung bestimmen die Kontakte zur Aufnahmegesellschaft die soziale und kulturelle Integration der Immigranten. Beziehungen und Interaktionen

zwischen beiden Gruppen fördern das Verständnis füreinander und tragen zum Abbau von Vorurteilen bei (Eisenstadt 1954; Gordon 1964; Park/Burgess 1969; Esser 1980).

Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft wurden bereits bei der Frage nach den Rollenverhältnissen als fördernde Größe im Eingliederungsprozess angeführt. Auf die Frage nach den Integrationsvoraussetzungen betonen die IP abermals, dass es fatal sei, sich von der Aufnahmegesellschaft abzugrenzen. Es sei wichtig, sich offen gegenüber der Aufnahmegesellschaft zu zeigen, um in ihr soziales Gefüge aufgenommen zu werden.

Ethnische Zugehörigkeit und Aussiedlerstatus

Von geringer Bedeutung sind für die IP die Determinanten *ethnische Zugehörigkeit* und *Aussiedlerstatus*. In der Literatur wird immer wieder darauf verwiesen, dass Russlanddeutschen die Eingliederung aufgrund ihrer ethnischen Nähe zum deutschen Volk leichter fällt. Ferner begünstigt die rechtliche Stellung der Aussiedler ihren Integrationsprozess (Kapitel 4.3.).

Die ethnische Zugehörigkeit zum deutschen Volk ist für die Aussiedler in Bezug auf die Integration nicht von Bedeutung. Lediglich ein Experte betont, dass die ethnische Nähe der Russlanddeutschen zur autochthonen Gesellschaft den Eingliederungsprozess befördern würde. Da sie Europäer, Christen und in erster Linie „*Deutschstämmige*“ (E2) seien, ähnelten ihre kulturellen Eigenheiten denen der autochthonen Gesellschaft. „*Die Spanne ist also bei den Russlanddeutschen kleiner als bei den anderen Zuwanderungsgruppen*“ (E2).

Zum Aussiedlerstatus als Integrationsdeterminante äußert sich einer der befragten Aussiedler:

„Ich glaube wir hatten wirklich Glück mit unserem Status, weil es war wirklich [nicht so schwierig]. Von einem Tag auf den anderen hatten wir Ausweise, [bekamen den Deutschkurs und die Wohnung] und Hilfe vom Staat. [...] von der Behörde her, also von den Bedingungen und dem, was wir bekommen haben, das war tatsächlich leicht, ja. Also, es ging schnell. Das war alles organisiert“ (A2).

Für die zitierte IP sei der Aussiedlerstatus ein Privileg, der ihr die Einwanderung und den Eingliederungsprozess erleichtert hätte. Auch einer der Experten betont die Vorzüge des Aussiedlerstatus und befürwortet darüber hinaus die rechtliche Behandlung von Aussiedlern:

„Klar für Russlanddeutsche ist es ein großer Vorteil. Wenn sie anerkannt sind, bekommen sie automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Das ist schon ein großer Vorteil gegenüber anderen Volksgruppen, die lange als Ausländer leben müssen [...]. Das ist so geregelt von der deutschen Gesetzgebung, ist auch richtig geregelt“ (E2).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass *individuelle Determinanten* wie Integrationsbereitschaft, Anpassungsfähigkeit, Eigeninitiative, *Erwerbstätigkeit* und *Sprache* die entscheidenden Integrationsdeterminanten aus Sicht der IP darstellen. Dieses Ergebnis

verwundert insofern, als dass in der Aussiedlerforschung persönliche Charaktermerkmale der Immigranten als Integrationsdeterminante wenig Aufmerksamkeit finden. Sprache dagegen gilt allseits als wichtigste Integrationsvoraussetzung. *Kontakte zu Seinesgleichen* werden von den Aussiedlern als integrationsfördernd beschrieben, jedoch werden sie im Gegensatz zu den anderen drei Größen vernachlässigt. Die Experten schenken den Kontakten zur ethnischen Community wesentlich mehr Aufmerksamkeit und betonen ihre integrative Wirkung. Im Gegensatz zur eingangs gestellten Frage nach der Rollenverteilung im Eingliederungsprozess wird auf die *Kontakte zur Aufnahmegesellschaft* als Integrationsdeterminante bloß vereinzelt eingegangen.⁵⁷ Kaum eine Beachtung als Integrationsdeterminante finden die *ethnische Zugehörigkeit* und der *Aussiedlerstatus*. Die Gewichtung der Integrationsdeterminanten widerspricht der gängigen Meinung, Russlanddeutsche könnten sich schneller und besser integrieren als andere Migrantengruppen, da sie gewisse Privilegien seitens des Einwanderungsrechts genießen würden und eine größere Nähe zur deutschen Kultur besäßen. Allerdings sei an dieser Stelle auf die im ersten Teil der Analyse identifizierte Selbstwahrnehmung der Aussiedler als Deutsche und ihre Nähe zur Aufnahmegesellschaft verwiesen. Sie werden von den IP als Gründe für das hohe Integrationspotenzial der Aussiedler angeführt. Obwohl den befragten Aussiedlern ihre ethnische Zugehörigkeit als Integrationsdeterminante nicht bewusst ist, wird die Zugehörigkeit zum deutschen Volk eingangs als positive Messgröße im Integrationsprozess angeführt.

Eine Übersicht über die Häufigkeitsverteilung der genannten Integrationsdeterminanten liefert die untenstehende Tabelle.

Tabelle 4: Gewichtung der Integrationsdeterminanten

Interviewperson	Individuelle Determinanten	Erwerbstätigkeit	Kontakte zu Seinesgleichen	Sprache	Kontakt zur Aufnahmegesellschaft	Ethnische Zugehörigkeit	Aussiedlerstatus
A1	0	0	0	1	2	0	0
A2	3	2	2	2	0	0	1
A3	3	0	0	0	0	0	0
A4	1	2	0	0	0	0	0
A5	0	1	0	1	0	0	0
Aussiedler	7	5	2	4	2	0	1
E1	0	0	1	0	0	0	0
E2	2	2	2	0	1	0	1
E3	1	4	1	0	1	1	0
E4	4	1	2	1	0	1	0
E5	0	0	0	0	0	0	0
Experten	7	7	6	1	2	2	1
Summe	14	12	8	5	4	2	2

⁵⁷ Dieses sich widersprechende Ergebnis kann damit begründet werden, dass die IP möglicherweise Wiederholungen zur Rolle der Aufnahmegesellschaft zu vermeiden versuchten. Schließlich wurde diese bereits bei der Einschätzung der Rollenverhältnisse im Eingliederungsprozess betont.

7.3. Integrationsbarrieren

Der Forschungsstand legt nahe, dass Aussiedler - ähnlich wie bei anderen Migrantengruppen - Schwierigkeiten im Eingliederungsprozess aufweisen. In der Aussiedlerforschung werden folgende Faktoren in Bezug auf die Aussiedlerintegration als problematisch erachtet: Sprachbarrieren, Erwerbslosigkeit, Identitätskonflikte und migrationspezifische strukturelle Benachteiligungen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt. In der theoretischen Auseinandersetzung stellt die umgebungsbezogene Variable *Barrieren* einen wichtigen beeinflussenden Faktor im Eingliederungsprozess dar. Barrieren schränken als materielle und soziale Faktoren den Eingliederungsprozess der Immigranten ein (Esser 1980). In der theoretischen Auseinandersetzung werden *Diskriminierung* (Park 1967; Gordon 1964; Portes/Rumbaut 1996; Hoffmann-Nowotny 1973) und *Sprache* (Esser 2006) als zentrale Integrationsbarrieren betrachtet. Hoffmann-Nowotny beobachtet ferner die Schließung der Statuslinien wie berufliche Stellung, Einkommen und Bildung für Immigranten als wichtige Integrationsbarrieren (Hoffmann-Nowotny 1973).

Welche Integrationsschwierigkeiten stellen sich den befragten Aussiedlern? Um diese Frage zu beantworten, wurden die Aussiedler gefragt, was ihnen am Anfang ihrer Einwanderung schwer gefallen ist und wie sich die Probleme heute gestalten. Da *Diskriminierung* in der theoretischen Auseinandersetzung als bedeutsamste Integrationsbarriere angeführt wird, wurden Fragen zu persönlichen Diskriminierungserfahrungen der IP in die Befragung einbezogen. Die Frage lautete: *Wurden Sie schon einmal aufgrund Ihrer Herkunft diskriminiert?*

Die Meinung der Experten war in Bezug auf die Integrationsbarrieren von großer Bedeutung. Sie arbeiten eng mit den Betroffenen zusammen und können aus der Beobachterperspektive die Integrationsschwierigkeiten ihrer Klienten optimal darstellen. Daher wurden die Experten gefragt, welche Schwierigkeiten sie beobachten, wenn es um die Integration ihrer Klienten geht. Ferner waren die Probleme von Interesse, mit welchen sich die Betroffenen an die Experten wenden.

Diskriminierung

In der Theorie herrscht ein breiter Konsens darüber, dass Rassismus und Diskriminierung die Eingliederung von Immigranten behindern. Vorurteile und Diskriminierung erschweren soziale Interaktionen zwischen der Einwanderungs- und der Aufnahmegesellschaft und behindern damit die soziale und strukturelle Integration (Gordon 1964; Park 1967; Portes/Rumbaut 1996). Hoffmann-Nowotny unterscheidet drei Formen der Diskriminierung:

1. *institutionalisierte Diskriminierung* in Form gesetzlicher Einschränkungen wie des Aufenthalts- und Arbeitsrechts, 2. *nicht institutionalisierte Diskriminierung* im Sinne einer ungleichen Behandlung von Einheimischen und Einwanderern durch Behörden, Arbeitgeber oder andere Instanzen und 3. *Akte individueller Aggression* z.B. in Form von rassistischen Beleidigungen (Hoffmann-Nowotny 1973).

Werden die Diskriminierungsformen von Hoffmann-Nowotny auf die Aussagen der IP bezogen, so lassen sich alle drei Formen vereinzelt in den Berichten der Probanden wiederfinden. Die IP berichten von Formen *institutioneller und nicht institutioneller Diskriminierung* bei der Arbeitsmarktintegration. So seien die im Herkunftsland erworbenen Leistungen nicht anerkannt und Weiterbildungsmöglichkeiten nicht gewährt worden.

Drei IP berichteten von Fällen individueller Aggression: „*Und einmal in unserem Briefkasten haben wir einen Zettel gefunden, auf dem stand: Polen, Juden, Serben, alle müssen sterben*“ (A1). Eine weitere IP erzählt:

„*Als wir hergekommen sind, wollten wir nicht, dass irgendjemand merkt, dass wir nicht Hiesige sind [...]. Da hat jeder mit dem Finger gezeigt [wenn wir Russisch gesprochen haben]. Da hat jeder mit dem Finger gezeigt, ja da ist eine Oma, die hat ein Tuch an.*⁵⁸ *Die Gesellschaft hat uns weggeschoben [...] abgesondert. Auf dem Spielplatz hat zum Beispiel ein Mädchen meinem Sohn gesagt: ‚Ja und deine Eltern sind von irgendwo gekommen, nehmen unsere Arbeitsplätze weg und meine Mutter ist ganz böse, unser Geld wird immer weniger‘ [...] [Es fehlte an Verständnis in der Aufnahmegesellschaft]. Das wurde sehr lange verschwiegen. Seit 1990 bis 2004 in diesen Jahren hat man ja über Aussiedler nur so gesprochen, die kommen, die nehmen unsere Arbeitsplätze, unsere Wohnung weg und damals hat der Staat ja 200 Mark bezahlt als Begrüßungsgeld. Bloß in der Gesellschaft wurde das so aufgeputzt und bis heute sagen die Deutschen, ja ihr seid gekommen und habt unser ganzes Geld genommen [...]“ (E5).*

Eine dritte bestätigt das unbehagliche Gefühl, nicht auffallen zu wollen:

„*Wir haben uns geschämt im Bus auf Russisch zu sprechen, weil wir immer angeguckt wurden und es war wirklich ein komisches Gefühl. Und dieses Gefühl das mochte ich nicht. Das heißt, du kannst nicht mehr du selbst sein. Das war nicht richtig, [das war von der Gesellschaft falsch]“ (A2).*

Im Übrigen sind die befragten Aussiedler keinen Vorurteilen oder Hänseleien aufgrund ihrer Herkunft begegnet. Drastische Formen der Diskriminierung scheinen eine Ausnahme in den Berichten der IP zu sein. Die geschilderten *Akte individueller Aggression* dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in drei von fünf Fällen eine ablehnende Haltung und Diskriminierung gegenüber den Aussiedlern nachzuweisen sind. Vorbehalte gegenüber Aussiedlern können somit als vorhanden nachgewiesen werden. Zu begründen seien die geschilderten *Akte individueller Aggression* mit Unwissen und fehlenden Erfahrungen

⁵⁸ Das Kopftuch ist Ausdruck russischer und vor allem orthodoxer Tradition, die noch heute von vielen älteren russischen Frauen gelebt wird.

zwischen den beiden Gesellschaftsgruppen. Aus dem Fehlverhalten einer Aussiedlerminderheit werde auf die Gesamtheit der Aussiedler geschlossen. *„Und die große Mehrheit, die völlig unauffällig [...] lebt, kann für keinen positiven Eindruck sorgen“* (E3). Wenn Aussagen in Bezug auf Russlanddeutsche gemacht werden, dann seien es oft negative Beispiele des Verhaltens einer Minderheit wie *„draußen Alkohol trinken, laut sein und ähnliches“* (E3). Die Verallgemeinerung solcher Aussagen und die Unterpräsenz positiver Beispiele der Integration würden Vorurteile schaffen und eine ablehnende Haltung gegenüber den Russlanddeutschen fördern.

Die Erfahrungsberichte der IP über Ausschluss, Vorurteile und gar extreme Diskriminierung verdeutlichen, dass das Erleben von Ablehnung und der Umgang mit diskriminierenden Situationen den Eingliederungsprozess der Aussiedler prägen. Sie werden aufgrund ihrer Andersartigkeit mit Scham und einem Gefühl des Unwohlseins konfrontiert. Um nicht aufzufallen, waren sie gezwungen, ihre Sprache zu verbergen und sich zu verstellen. Die Aussage eines Experten bringt diesen Missstand auf den Punkt:

„In der Öffentlichkeit das ist ein sehr großes Problem sich angenommen, angekommen zu fühlen. Wir sind angekommen, ja, körperlich. Aber jetzt in der Seele geistlich, von der Gesellschaft angenommen zu werden, das ist ein ziemlich komplizierter Prozess und das dauert noch“ (E2).

Sprache

Bereits bei der Beantwortung der Frage nach den Integrationsdeterminanten wurde deutlich, dass Sprachkenntnisse eine zentrale Rolle im Eingliederungsprozess spielen. Fehlende Sprachkenntnisse stellen eines der Hauptprobleme im Eingliederungsprozess von Aussiedlern dar. Vier von fünf befragten Aussiedlern können bestätigen, dass viele Aussiedler heute die deutsche Sprache nicht oder schlecht beherrschen. Sprachbarrieren führten zu weiteren Problemen, so im Umgang mit Behörden, bei der Arbeitssuche und im Schulalltag. Ferner würden Sprachbarrieren den Zugang zur Aufnahmegesellschaft verschließen. Dabei betonen die IP, dass das Erlernen der deutschen Sprache Aufgabe der Aussiedler sei. Es sei ihr eigenes Verschulden, wenn sie durch mangelnde Sprachkenntnisse keine Anstellung finden würden.

Die Experten zeigen an dieser Stelle mehr Verständnis für die Sprachbarrieren der Aussiedler. Sie verweisen auf die Umstände in der SU, als den deutschen Siedlern untersagt wurde, die deutsche Sprache in der Öffentlichkeit zu gebrauchen. Damit sei das Deutsche aus dem Alltag der Russlanddeutschen verbannt worden. Eine andere Expertin begründet die Sprachprobleme der Aussiedler ferner mit den defizitären Lehrmethoden im Sprachkurs (siehe dazu Kapitel 7.4.).

Erwerbslosigkeit

Der Variable *Erwerbstätigkeit* wurde bereits in der Auseinandersetzung mit den Integrationsdeterminanten ein hoher Stellenwert im Eingliederungsprozess beigemessen. Den IP nach fördere Erwerbstätigkeit das Selbstbewusstsein der Immigranten und eröffne ihnen den Zugang zur Aufnahmegesellschaft.

Alle IP bestätigen, dass Aussiedlern die Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt schwer fällt. Zwei der befragten Aussiedler konnten ihr Studium in Deutschland nicht wieder aufnehmen. Anderen wurden die Diplome nicht anerkannt. Die Experten stellen fest, dass Aussiedler oft ihnen völlig fremde Berufe ausüben oder lediglich Hilfstätigkeiten ausführen müssen.

Die IP zeigen sich dankbar für die finanzielle Unterstützung durch den Staat, aber *„ich [wollte] vom Staat unabhängig [sein]. Ich wollte ja selber meine Brötchen verdienen“* (A5). Der Wunsch, auch in Deutschland einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, ist vorhanden. Allerdings kann dieser durch den restriktiven Umgang bei der Arbeitsmarktintegration oft nicht erfüllt werden. Auch das Gefühl des *„Gebrauchtwerdens“* und die berufliche Anerkennung, von denen die Aussiedler in Kapitel 7.2.3. erzählen, werden zahlreichen Aussiedlern in Deutschland verwehrt. Folgen der Dequalifizierung und fehlenden beruflichen Anerkennung sind Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und Perspektivlosigkeit in der langersehnten *„Heimat“*:

„Die meisten landeten dann am Fließband, leider. Die meisten haben sich damit auch arrangiert und gesagt: ‚OK wenigstens irgendeine Arbeit. Aber meine Kinder schaffen schon was Besseres‘, aber manche hatten da richtig Depressionen, weil sie mit diesem gesellschaftlichen Fall nicht zurechtkamen“ (E4).

Ferner gesellen sich zu der psychischen Belastung durch die Dequalifizierung und Erwerbslosigkeit finanzielle Engpässe und soziale Schwierigkeiten.⁵⁹ Eine der IP fasst diesen Teufelskreis mit folgenden Worten zusammen:

„Wenn man keinen Job hat, dann hat man nicht viel Geld. Man kann natürlich leben von dieser Hilfe. Aber [...] das mit der Rente wird dann alles sehr wenig. Danach aus diesen finanziellen Problemen entstehen dann auch alle anderen Probleme. Ich beobachte zum Beispiel besonders Männer, die dort [in Russland] leitende Positionen gehabt haben und hier überhaupt keinen Job haben. Das ist das Problem, dass der Mensch nicht das Gefühl kriegt, dass er gebraucht wird“ (A5).

Fehlende Anerkennung

Die Variable *fehlende Anerkennung* wird durchschnittlich oft angeführt. Allerdings unterscheidet sich in diesem Fall die Verteilung zwischen den befragten Aussiedlern und der Expertengruppe. Aussiedler führen die *fehlende Anerkennung* als Integrationsbarriere kaum

⁵⁹ Für die ältere Aussiedlergeneration ergibt sich ein weiteres Problem. Weil sie nicht oder nur für einen geringen Zeitraum in das deutsche Rentensystem eingezahlt haben, erhalten sie eine geringere Rente.

an. Die Experten schenken dieser Integrationsbarriere mehr Aufmerksamkeit als den letztgenannten Kategorien *Sprache* und *Erwerbslosigkeit*.

Eine der befragten Aussiedlerinnen betont das bereits angeführte Problem der Arbeitsmarktintegration mit all seinen Folgen: fehlende berufliche Anerkennung, Statusminderung, Perspektivlosigkeit und Rückzug.

Eine andere Form der Anerkennung bezieht sich ferner auf das fehlende Wissen über die Aussiedlergeschichte und -integration in der breiten Öffentlichkeit. Zwar seien die Aussiedler rechtlich als Deutsche anerkannt, es fehle jedoch an Aufklärung über die Aussiedlersituation. Es mangle an der Präsenz der Aussiedlerthematik und an positiven Beispielen der gelungenen Integration in den Medien und im öffentlichen Diskurs:

„Das hat alles dazu geführt, dass eigentlich die Russlanddeutschen ein negatives Bild in der Öffentlichkeit hervorgerufen haben und die Zeitungen, die Medien haben dazu sehr mächtig beigetragen. Positives wurde nicht geschildert, das Negative stand im Vordergrund. Wer sich zurechtgefunden hat, hat irgendwas erreicht. Darüber wurde nicht informiert, nichts erzählt, nichts gesagt und es ist nicht aufgefallen. Aufgefallen ist nur das Schlimme, das Negative. Und das ist hängengeblieben und manche hiesigen Menschen [...] sehen das heutzutage immer noch so. Die wissen gar nicht[s ...]“ (E2).

Als Folge der fehlenden Anerkennung beschreiben die IP Depressionen, Rückzug und die Rückbesinnung auf die ethnischen Wurzeln:

„Wenn keine Anerkennung da ist, dann sucht man sich Dinge, die einen differenzieren, wo man sagt, ich bin was Besonderes. Und das holt man aus seiner Vergangenheit [...]. Wenn ich nicht anerkannt werde in der Gesellschaft, ringe ich um Anerkennung, [...] manche nennen das auch Respekt. Es geht immer darum, dass jeder Mensch innerhalb einer Gesellschaft, egal was auch immer er ist, als Mensch anerkannt wird. Und wenn diese Anerkennung nicht da ist, dann entwickeln sie Differenzierungen, die über Angst bestehen können, über Superioritätsgefühle, um diese Anerkennung zu erreichen“ (E1).

Als Beispiel des Ringens um Anerkennung nennt die IP die sogenannten *Russengangs*. Um Respekt und Aufmerksamkeit zu erlangen und um sich zu beweisen, werde versucht sich über die Strategie der *Russifizierung*⁶⁰ als Gruppe in Form von Sprache, Musik und Verhaltensnormen von der restlichen Gesellschaft abzusondern.

Um die Anerkennung der Russlanddeutschen in der breiten Öffentlichkeit zu fördern, wünschen sich die Experten Aufklärungsarbeit im Schulunterricht und durch die Medien. Erst durch Aufklärung könnte das Verständnis der Aufnahmegesellschaft für die Aussiedlersituation und mehr Toleranz geschaffen werden.

⁶⁰ Ursprünglich diene der Begriff *Russifizierung* der Beschreibung des imperialen Bestrebens des russischen Reiches, die russische Sprache und den orthodoxen Glauben flächendeckend durchzusetzen. Heute fungiert der Begriff als Untersuchungsobjekt in verschiedenen Kontexten und Forschungsbereichen. Es werden sowohl linguistische Aspekte der *Russifizierung* als auch kulturelle Umgestaltungstendenzen betrachtet. Ferner wecken Themen wie Identitätsproblematik, *Russifizierung* als politische Strategie in den baltischen Ländern und Ausbreitung eines verbindlichen Lebensstils das Forschungsinteresse (Gasimov 2010).

Behördenprobleme

Vier von fünf Aussiedlern beklagen, dass sie sich von den Behörden falsch behandelt fühlen. Sie berichten von sprachlichen Barrieren beim Ausfüllen von Formularen, der fehlenden Hilfsbereitschaft des Behördenpersonals und Informationslücken bei den Aussiedlern.

„Es gab gar keine Informationshilfe [...] Man wurde hin- und hergeschickt, aber keiner wusste, wie man das richtig macht [...] Es war ein neues Land für mich. Ich wusste gar nichts. Ich wurde zum ersten Mal zum Sozialamt geschickt und wusste nicht, was ich da soll. Eine Frau, die gesagt hat, du sollst jetzt Sozialhilfe beantragen. Was ist das? [...] Die Notwohnung sollte bezahlt werden vom Amt. Aber ich wusste das gar nicht. Ich bin dahin gekommen und der Berater war zu mir auch nicht so freundlich. Hat mir gesagt: ‚Wenn sie nichts wissen, dann kann ich ihnen auch nicht helfen.‘“ (A4).

Auch die Experten kritisieren die mangelnde Informations- und Aufklärungsarbeit sowie fehlende Beratungsmöglichkeiten. Dies stelle die Aussiedler vor finanzielle und soziale Schwierigkeiten:

„Und manche hatten so verwirrende Vorstellungen, zum Beispiel wenn jemand schwerbehindert kam [...], dem wurde gesagt: ‚Bloß nicht sagen, dass du behindert bist, sonst kriegst du irgendwelche Eingliederungs[hilfen] nicht‘. Und dann hat man acht Jahre geschwiegen, wurde immer wieder zu irgendwelchen Maßnahmen gezwungen und dann ging man irgendwann zum Arzt und der sagte: ‚Wie geht das? Sie sind ja schon auf den ersten Blick fast ein Krüppel‘. Oder dass die Familien damals keine Sozialhilfe beantragt haben, weil sie gehört haben, sie müssten diese zurückzahlen“ (E4).

Zwei der IP erzählen von ihrer persönlichen Erfahrung mit der Arbeitsagentur als eine Art „Kontrollgremium“ (E5):

„Die Leute, wenn sie jetzt ein Schreiben bekommen, dann kriegen die sofort Panik. Das geht nicht darum, dass die Leute nicht arbeiten wollen. Das ist jetzt eine Kontrolle wie die Polizei geworden. Man geht dahin und sofort wird gefragt, haben sie das gemacht und das. Und die Leute wissen nicht, wie sie das machen sollen. Dadurch haben die Leute Angst. Und die Aufgabe dieser ganzen Agenturen, die Leute zu unterstützen, das sind ihre Rechte und das sind ihre Pflichten, [wird verfehlt]“ (E5).

So plädieren alle befragten Personen für eine aktive Informationsarbeit und Aufklärung in Bezug auf das administrative Geschehen im Rahmen der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Diese sollte bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung geschehen. Ferner wird mehr Zuvorkommenheit und Verständnis beim Behördenpersonal gewünscht, Verständnis für die Sprachprobleme und die Wissenslücken der Aussiedler.

Identitätskonflikte

Bereits der Überblick über den Forschungsstand macht deutlich, dass Identitätskonflikte als Forschungsschwerpunkt zunehmend die Aussiedlerforschung prägen. Identität meint hierbei die emotionale Dimension der Integration. Die emotionale Integration beschreibt die

„gefühlsmäßige Haltung zur Herkunfts- und zur Aufnahmegesellschaft und die Beibehaltung bzw. Übernahme jeweils dominanter Einstellungen und Werte“ (Kalter 2008: 25). In Kapitel 7.1.3. zu der Lebenssituation und dem Integrationsstand der Russlanddeutschen wurde festgestellt, dass Aussiedler ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft empfinden und überwiegend zufrieden sind mit ihrer Lebenssituation in Deutschland. Ferner konnte aus den Aussagen der IP abgeleitet werden, dass Aussiedler eine Art Doppelidentität leben. Die Rückbesinnung auf traditionelle Werte ist ausschließlich Teil der Privatsphäre. Im öffentlichen Leben verliert das „*Russische*“ an Bedeutung.

Wie beeinflussen die Doppelidentität oder Identitätsunsicherheiten den Integrationsprozess der Russlanddeutschen? In den Gesprächen ist keiner der befragten Aussiedler auf die Kategorie *Identitätskonflikte* eingegangen. Die IP sehen keine Schwierigkeiten in ihrer Identität. Das Ausleben der mitgebrachten Kultur im privaten Leben stellt die Aussiedler vor keine Identitätsfragen oder gar -konflikte. Dieser Befund ist mit der positiven Haltung der Aussiedler zur Aufnahmegesellschaft und zu persönlichen Integration zu erklären.

Die Experten verweisen hingegen mehrmals auf die Kategorie *Identitätskonflikte*. Sie bestätigen, dass Aussiedler eine enorme Zugehörigkeit zu Deutschland empfinden. Eine Expertin, die selbst Aussiedlerin ist, beschreibt ihr Selbstbewusstsein als Deutsche wie folgt:

„Und wenn ich bei irgendwelchen Runden oder Sitzungen gefragt werde: ‚Na Frau X wie geht es so bei den Russen?‘, dann flippe ich aus, auch heute noch. Ich sage: ‚Ich war keine [Russin] und ich werde keine werden‘ [...] Ich musste mich drüben verteidigen, weil ich eine Deutsche war und hier muss ich mich [wieder] verteidigen. Aber in dieser Gesellschaft wird das bis heute nicht so akzeptiert. Man sagt: ‚Ja wenn sie drüben geboren sind, dann sind sie ja eine Russin‘ [...] Für mich ist es eine Beleidigung hoch fünf, wenn ich als Russin angesprochen werde“ (E5).

Dieses starke Zugehörigkeitsgefühl und die Überbetonung des „*Deutschseins*“ schaden jedoch der Integration von Aussiedlern. Viele Aussiedler würden immer wieder betonen: „*Ich bin doch Deutscher*“ (E1). Diese „*Erbvorstellung vom Deutschtum*“ (E1) sei ein Problem im Selbstbewusstsein der Russlanddeutschen, weil sie nicht mehr den heutigen Lebenswelten der deutschen Gesellschaft entsprechen würde. Die Rückbesinnung auf die eigene deutsche Identität führe zu einer völligen Assimilation und damit einhergehend zum Verlust des „*eigenen Ichs*“ (E5). Es sei wichtig, dass die Betroffenen sich in die neue Gesellschaft einbringen würden und Teil der Gesellschaft seien, jedoch sollen sie ihre kulturellen Wurzeln behalten. Aussiedler dürften ihre Identität als Russlanddeutsche nicht verleugnen, „*sondern sie als etwas Positives hervorheben*“⁶¹ und „*als Russlanddeutsche auftreten*“ (E1).

⁶¹ Als Vorteil der Russlanddeutschen begreift dieser Experte ihre „Bikulturalität“ und meint ihre mitgebrachten und in Deutschland erweiterten beruflichen Kompetenzen sowie die Bilingualität.

Als ein weiteres Problem im Selbstverständnis der Aussiedler wird das Phänomen der *Russifizierung* verstanden, das bereits an anderen Stellen erwähnt wurde:

„Und wenn die Integration nicht funktioniert [...], dann gibt es den Rückzug auf das, was man die eigenen Werte nennt [...] [So definieren sich bestimmte junge vor allem männliche Russlanddeutsche nicht mehr als Russlanddeutsche, sondern als Russen] [...] Weil wenn sie sich als Russen definieren, können sie ihre Identität stärken. Das heißt, das Problem bei Integration ist, [woraus du deine Identität holst]. Und wenn du nicht integriert bist, holst du deine Identität aus einer Rückbesinnung, aus dem was einen differenziert [...] Das hat mit dem Verlust von Identität und [fehlender Integration] zu tun“ (E1).

Abschottung

Abschottung als Abgrenzung von der Aufnahmegesellschaft erlangt als Integrationsbarriere wenig Aufmerksamkeit. Ähnlich verhält es sich mit den Variablen *rechtliche Einschränkungen*, *Kriminalität/Alkoholismus* und *ethnische Differenzen*. Lediglich eine IP berichtet, dass sie sich am Anfang ihres Eingliederungsprozesses zurückgezogen hätte. Für sie sei es anfangs schwierig gewesen, sich an die Aufnahmegesellschaft anzuschließen. Die *Abschottung* beschreibt die IP als eine Art Schutzmechanismus, um nicht aufzufallen und zunächst im Schutze der eigenen Community zu sein. Die IP betont jedoch, dass *Abschottung* den Integrationsprozess auf Dauer behindern würde, weil es den Anschluss an die Aufnahmegesellschaft verhindere. Auch eine andere IP betont, dass das *„unter sich Bleiben“* (A1) die Integration hemmen würde. Einer der Experten beschreibt den Prozess des Rückzugs in die ethnische Community als die Entstehung einer Parallelgesellschaft⁶² (E3).

Rechtliche Einschränkungen

Die Verschärfung der gesetzlichen Auflagen zur Aussiedlermigration und -integration in den 90er Jahren und die damit einhergehenden Integrationsprobleme der Aussiedler wurden in Kapitel 4 und 5 besprochen.

Eine der befragten Aussiedlerinnen, die Ende der 90er Jahre nach Deutschland emigrierte, bedauert, dass sie *„zu spät nach Deutschland gekommen ist“* (A5). Denn zu diesem Zeitpunkt hätten sich die Einreise- und Einbürgerungsvoraussetzungen für Aussiedler verschärft. Auch

⁶² Der Begriff „Parallelgesellschaft“ wird zur Beschreibung des misslungenen Integrationszustandes der muslimischen Einwanderer in Deutschland herangezogen. Thomas Meyer hat sich ausführlich mit diesem Begriff auseinandergesetzt und einen Kriterienkatalog für die Existenz parallelgesellschaftlicher Strukturen erarbeitet (Meyer 2002: 210). Meyers Definition wurde aufgrund seines hohen Anspruchs kritisiert (Halm/Sauer 2006: 19). Halm und Sauer analysieren Meyers Kriterien und kommen zu dem Befund, dass die zunehmende Religiosität das zentrale Merkmal einer Parallelgesellschaft darstellt. Ferner werden Parallelgesellschaften von einer schlechten sozialen Platzierung der Migranten und fehlenden Möglichkeiten des Aufstieges befördert (Halm/Sauer 2006: 24). Religiosität spielte in der vorliegenden Befragung für die IP keine Rolle. Allerdings könnte der zweite Befund der marginalen sozialen Platzierung von Migranten darauf schließen lassen, dass auch Russlanddeutsche in Zukunft von parallelgesellschaftlichen Strukturen geprägt werden.

zwei der Experten bestätigen, dass die Auflagen für die Einreise und die Einbürgerung von Aussiedlern mit der Zeit strenger geworden seien. Mit dem verschärften rechtlichen Rahmen sei auch der zurückgehende Aussiedlerzuzug zu begründen (E2, E4).

Kriminalität und Alkoholismus

Für die Aussiedler spielen Probleme, wie Kriminalität und Alkoholismus, keine Rolle. Die Experten berichten jedoch von Fällen, in denen russlanddeutsche Männer, besonders im Jugendalter, durch Gewalt, Prostitution und Alkoholabhängigkeit negativ aufgefallen seien. Dabei handele es sich um eine Minderheit, die jedoch zu einem negativen Bild in der Öffentlichkeit und zu Vorurteilen gegenüber Aussiedlern geführt habe. Begründet werden die beobachtete Kriminalität und der Alkoholmissbrauch mit den zunehmenden sozialen Problemen der Aussiedler wie Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und Unterpräsenz in der Aufnahmegesellschaft.

Ethnische Differenzen

Auch ethnische Differenzen werden von den Aussiedlern weder als Integrationsdeterminanten noch als Integrationsbarrieren wahrgenommen. Zwei Experten meinen, dass Integrationsprobleme dort bestehen, „*wo riesige Differenzen im Rechtsbewusstsein sind, riesige Differenzen in der gesamten Form von Ethik [und in den Kulturen] bestehen*“ (E1). Da die Experten zuvor in Kapitel 7.2.3. betont haben, dass die kulturellen Differenzen zwischen den Russlanddeutschen und der Aufnahmegesellschaft gering seien, beziehen sich die hier gemachten Aussagen nicht auf Russlanddeutsche, sondern sind für alle Migrantengruppen generalisiert.

Tabelle 5: Gewichtung der Integrationsbarrieren

Interview-person	Dis-krimi-nierung	Spra-che	Erwerbs-tätigkeit	fehlende Aner-kennung	Behör-denpro-bleme	Identi-tätskon-flikte	Ab-schot-tung	rechtliche Einschränkungen	Kriminali-tät/Alko-holismus	ethnische Differen-zen
A1	2	4	0	0	1	0	1	0	0	0
A2	2	0	0	0	1	0	2	0	0	0
A3	2	2	3	0	0	0	0	0	0	0
A4	1	3	2	0	3	0	0	0	0	0
A5	4	1	3	2	1	0	0	1	0	0
Aussiedler	11	10	8	2	6	0	3	1	0	0
E1	2	0	0	2	0	4	0	0	1	1
E2	1	2	1	2	0	0	0	1	1	0
E3	5	1	1	0	0	0	1	0	1	1
E4	1	1	1	2	2	1	0	1	0	0
E5	3	2	3	4	3	3	0	0	0	0
Experten	12	6	6	10	5	8	1	2	3	2
Summe	23	16	14	12	11	8	4	3	3	2

7.4. Bewertung der Integrationspolitik

Nach der Auseinandersetzung mit der Aussiedlersituation, dem Integrationsbegriff und den Integrationsbarrieren soll es um die Beurteilung der Integrationspolitik durch die IP gehen. Den Aussiedlern wurde zunächst die Frage gestellt, welche Integrationshilfen sie am Anfang ihrer Eingliederung erhalten haben, wie sie von dem Integrationsangebot erfahren und wie sie das Angebot genutzt haben. Im Anschluss wurde gefragt, wie die IP die Integrationsmaßnahmen beurteilen würden und wo sie Verbesserungsmöglichkeiten sehen.

Genutzte Integrationsmaßnahmen

Alle Aussiedler haben eine Sprachförderung in Anspruch genommen. Dabei handelte es sich entweder um den klassischen Sprachkurs der Bundesagentur für Arbeit (SGB III - Kurs), um einen Sprachkurs der Otto Benecke Stiftung e.V.⁶³ oder um spezielle Sprachkurse für Schulkinder. Ferner haben einige der Befragten Berufsberatungen, Arbeitstrainings-Seminare mit anschließenden Praktika sowie Austausch- und Kennenlernprogramme im Rahmen der Integrationsmaßnahmen wahrgenommen. Eine der befragten Aussiedlerinnen hat die *Berufliche Schule zur Integration schulpflichtiger Jugendliche*, die s.g. *Spätaussiedler-Schule* besucht.⁶⁴ Hier bekam die IP die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen Aussiedlerkindern die deutsche Sprache zu lernen, eine Berufsvorbereitung zu nutzen, ihren Realschulabschluss und eine Berufsausbildung zu machen. Begleitet wurde die Ausbildung durch ein interkulturelles Programm, das dem Austausch mit der autochthonen Gesellschaft und dem Kennenlernen des neuen Lebensraumes dienen sollte. Auf die Frage, wie die IP von dem Integrationsangebot erfahren haben, antworten die befragten Aussiedler einstimmig, dass sie über die Maßnahmen in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder durch Verwandte informiert wurden.

Beurteilung der Integrationsmaßnahmen

Im Durchschnitt treffen die IP verhältnismäßig negative und positive Aussagen zum Integrationsangebot. Positiv werden die ersten **Hilfestellungen** zu Beginn des Integrationsprozesses bewertet. Die Aussiedler sind dankbar, dass ihre Angelegenheiten wie

⁶³ Die Intensivsprachkurse der Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS) dienen, aufbauend auf den Integrationskursen des BAMF, der Vorbereitung junger Zuwanderer auf die sprachlichen Anforderungen einer akademischen Laufbahn. Die Kurse der OBS sind an Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und asylberechtigte Ausländer gerichtet, die in der BRD eine Hochschulausbildung aufnehmen bzw. fortsetzen oder als Hochschulabsolventen ausbildungsadäquate Beschäftigungsmöglichkeiten anstreben möchten (OBS 2012).

⁶⁴ Die *Berufliche Schule zur Integration schulpflichtiger Jugendlicher* wurde 1993 als staatlich anerkannte Ersatzschule gegründet, um jugendliche Spätaussiedler im Integrationsprozess zu unterstützen. Die Ausbildung beinhaltet neben der allgemeinen Schulbildung berufliche Grundlagenlehre, Praktikum und Berufsausbildung in unterschiedlichen Arbeitsbereichen (u.a. Handwerk, Sozialarbeit, Gastgewerbe). Begleitet wird die Ausbildung durch ein vielfältiges Freizeitprogramm (Berufliche Schule zur Integration schulpflichtiger Jugendlicher 2012).

Wohnraumbeschaffung auf der administrativen Ebene zügig geklärt wurden. Die Experten betonen, dass es besonders in Hamburg im Rahmen der Integrationsmaßnahmen zahlreiche **Beratungsmöglichkeiten** gäbe, darunter die Migrationsberatung für Erwachsene, die Jugendmigrationsdienste und die Integrationszentren. Damit seien die ersten Schritte im Eingliederungsprozess erleichtert worden. Im Hinblick auf die Beratungsmöglichkeiten wird jedoch die Form der Beratung kritisiert. Beratungsmöglichkeiten, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden, seien an Quoten gebunden und würden sich nicht am Menschen orientieren: *„Man sagt, mit zwei Personen muss man 500 Leute beraten [...] Die Beratung ist dann nur so schnell, schnell, schnell. Diese Quoten vom ESF sind von oben aufgedrückt, nur um zu zeigen, soviel wurde gemacht“* (E5). Ferner fehle es an fortführender Beratung, um die Einwanderer im weiteren Verlauf des Integrationsprozesses zu begleiten. Darüber hinaus fehle es an Informationsmöglichkeiten zum Beratungsangebot. Das vielfältige Beratungsangebot könne nicht ausgeschöpft werden, weil es bei den Betroffenen nicht *„ankommen“* würde (E2). Viele Einwanderer wüssten über das breite Beratungsangebot nicht Bescheid und könnten es deshalb nicht nutzen.

Die IP würdigen die **Sprachförderung** im Rahmen der Integrationsarbeit. Allerdings wird Kritik an der Kürzung der Sprachförderungsdauer und der Lehrmethodik geübt (A1, A4, E5). So seien die Sprachkurse nicht auf die verschiedenen Dialekte, die die Aussiedler sprechen, ausgerichtet. Auch stehe das Erlernen der Grammatik zu sehr im Vordergrund. Stattdessen sollten die Einwanderer auf bestimmte Situationen im Alltag wie den Besuch beim Arzt oder bei einer Behörde vorbereitet werden. Ferner fehle es an einem Einbezug von Muttersprachlern als Deutschlehrer. So gäbe es ausreichend qualifizierte Deutschlehrer aus der ehemaligen SU, die als Lehrkräfte eingesetzt werden könnten. Sie könnten sich besser in die Lage der Kursteilnehmer versetzen und sie auf ihren Alltag in Deutschland vorbereiten (E1, E2, E5).

Gelobt werden die **Integrationsbemühungen auf der zivilgesellschaftlichen Ebene**. Es gäbe besonders in Hamburg viele Möglichkeiten, dass Einwanderer und die Aufnahmegesellschaft durch die Arbeit unterschiedlicher Vereine und Migrantenselbstorganisationen zusammenkämen. Das sei nur möglich, weil der Staat diese Einrichtung finanziell unterstützen würde (A2). Andererseits wird kritisiert, dass das Personal, das in der Integrationsarbeit tätig ist, vorwiegend aus Freiwilligen rekrutiert wird. Heute würden die **NGOs als Wegweiser** im Integrationsprozess agieren. Der Staat habe diese Funktion verloren (E5 und E1). Die Wohlfahrtsverbände würden gute Arbeit leisten. Es sei jedoch nicht

ausreichend. Besonders fehle es an qualifiziertem Personal (A1). Hier müsste sich der Staat mehr engagieren und als Wegweiser vorangehen (E2).

Befürwortet wird der **Integrationsbeirat** als zentrales Gremium der Integrationspolitik in Hamburg. Mit dem Integrationsbeirat sei eine Instanz geschaffen worden, die alle Ebenen der Integration miteinander verbinde und einen Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ermögliche (E3 und E2). Ferner gäbe es in Hamburg zahlreiche Initiativen und Kampagnen zur Integration.⁶⁵ Der Integrationsbeirat spiele hierbei eine zentrale Rolle als Initiator und Informationslieferant.

Negativ bewerten die IP die bereits aufgeführten **Probleme bei der Arbeitsmarktintegration**. Den befragten Aussiedlern fehle es an Weiterbildungsmöglichkeiten und beruflichen Perspektiven. Ferner kritisieren die Aussiedler die Problematik bei der Anerkennung ihrer Diplome. Sie empfinden diesen Umstand als eine Beleidigung, weil damit ihre Qualifikationen in Frage gestellt worden seien. Andere fühlten sich unter Druck gesetzt, irgendein Arbeitsangebot annehmen zu müssen, das nicht ihren Erwartungen und Qualifikationen entspricht. Die Experten sehen **Fortschritte bei der Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Diplome**. So leiste die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung (ZAA)⁶⁶ gute Arbeit bei der Integration der Aussiedler auf dem Arbeitsmarkt. Dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz der vorhandenen Integrationsmaßnahmen *„die meisten dann am Fließband landeten“* (E4). Die Verantwortung für die schlechte Arbeitsmarktintegration der Aussiedler liege bei den Arbeitgebern, die eine mangelnde Bereitschaft zeigen würden, Aussiedler einzustellen (E4). Der Staat und die deutsche Gesellschaft würden die Kompetenzen ihrer migrantischen Mitbürger nicht wahrnehmen (E1). Es sei ein Fehler, die vorhandenen Potenziale und Qualifikationen der Aussiedler nicht zu nutzen: *„Wenn wir es schaffen, die [aus]gebildeten Aussiedler auf die angemessenen Arbeitsplätze zu bekommen, dann werden die innerhalb kurzer Zeit durch ihre Steuern das wieder zurückgeben, was die Anpassung und Qualifizierung kosten würde“* (E3). Die IP bedauern ferner den restriktiveren Umgang mit Aussiedlern und werfen der Politik Versäumnisse bei der Aussiedlerintegration vor.

⁶⁵ Der Experte verweist auf die Kampagne „Wir sind Hamburg! Bist du dabei?“ für mehr kulturelle Vielfalt in der hamburgischen Verwaltung. Die Kampagne fördert die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Allgemeinen Verwaltung, Justiz, Steuerverwaltung sowie die Polizei und Feuerwehr in Hamburg durch Beratung, Ausbildung und Vermittlung (hamburg.de 2012c).

⁶⁶ Die Zentrale Anlaufstelle Anerkennung (ZAA) ist in das Diakonische Werk Hamburg integriert. Nach dem Anerkennungsgesetz des Bundes vom 1. April 2012 erhalten alle Menschen mit einem ausländischen Abschluss einen Rechtsanspruch zur Bewertung bzw. Anerkennung ihrer Qualifikation. Das ZAA agiert dabei in Hamburg als Wegweiser in Anerkennungsfragen und berät die Betroffenen über Anerkennungsmöglichkeiten in vorhandenen Berufsabschlüssen (Diakonisches Werk Hamburg 2012).

„Das spürt man jetzt schon, dass die Politik zu den deutschen Aussiedlern überall negativ ist [...] Weil ihnen ist es egal, wer nach Deutschland kommt [...] Ich bin manchmal beleidigt, wenn Deutschland die Deutschen nicht aufnimmt [...] Die Politik muss Prioritäten setzen. Das macht schon keiner mehr“ (A4).

Den Aussiedlern stünden mehr Rechte zu, in Deutschland zu leben, weil sie *doch Deutsche sind*. Dementsprechend müsste auch die Aufnahme- und Integrationspolitik zu Gunsten der Aussiedler ausgerichtet sein. Dies habe sich jedoch in die konträre Richtung entwickelt. Die Politik würde an der falschen Stelle sparen, indem **Beratungsstellen abgebaut** würden und der **Sprachkurs gekürzt** werde.

„Und offiziell in der Gesetzgebung ist alles schön geregelt, was die Aufnahme anbetrifft [...] Man hat [jedoch] zu wenig Aufmerksamkeit, gerade was die Integration von Deutschen aus Russland anbetrifft, geschenkt. [Man hat sich] zu wenig gekümmert um die Integration der Russlanddeutschen“ (E2).

Besonders zu kritisieren sei der **Grundsatz**, nach dem die **Integrationspolitik** ausgerichtet sei: *„[In der Politik] hat man sehr viel über die Zuwanderer gesprochen. Das Prinzip, das Motto ‚über‘ war dominierend und das hat Platz heute noch“ (E2).* *„Es war sozusagen immer diese übergestülpte Integrationshilfe, aber kein Bestreben, die Russlanddeutschen selber zu unterstützen in ihren Integrationsbemühungen. Es war fremdbestimmt und es war nicht integrativ“ (E1).* So fehle es an Bemühungen, die Potenziale der Aussiedler zu wecken oder zu nutzen. Die Chance *„mit den Russlanddeutschen und nicht für“ (E1)* die Russlanddeutschen zu arbeiten, sei nie wahrgenommen worden. Erst heute werde versucht, durch den Integrationsbeirat als Dialogforum zu Fragen der Integration von dem Prinzip *„über die Migranten“* zu der Maxime *„mit den Migranten“* überzugehen.

Schlussendlich bewerten die IP das Integrationsangebot als zureichend vorhanden. Positiv bewertet werden die vielfältigen Möglichkeiten zum Spracherwerb und der Beratung. Kritik wird am Ansatz der Integrationsarbeit geübt. Eine kontinuierliche Begleitung der Einwanderung im Integrationsprozess ist nicht möglich, da sich die Maßnahmen auf die erste Phase im Eingliederungsprozess konzentrieren. Integration endet jedoch nicht mit der ersten Anstellung oder dem Spracherwerb. Integration ist ein langwieriger Prozess und erfordert eine nachhaltige Begleitung. Ferner wird Kritik am Grundsatz *„über“* und nicht *„mit“* den Migranten geübt. Obwohl Potenziale zur Kooperation vorhanden sind, werden diese von der politischen und gesellschaftlichen Ebene nicht wahrgenommen. Auch wenn die Aussage: *„Ich glaube, dass die Integrationsmaßnahmen staatlicherseits bei den Russlanddeutschen versagt haben“ (E1)*, nicht der Mehrheit der Befragten entspricht, sind Versäumnisse in der Aussiedler-Integrationsarbeit zu vermerken.

7.5. Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse

Im ersten Teil der Analyse wird deutlich, dass Russlanddeutsche **spezifische Integrationsüberlegungen und -voraussetzungen** aufweisen, die sie von anderen Migrantengruppen unterscheiden (**H1**). Ein Großteil der Aussiedler emigriert nach Deutschland aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit. Die Auswanderung ist ein fester Bestandteil der Lebensplanung. Diese Entschlossenheit und Endgültigkeit im Bewusstsein vieler Aussiedler beeinflusst die Integration insofern positiv, dass sie Perspektiven und Festigkeit im Eingliederungsprozess schaffen. Ferner trägt die Selbstidentifikation als Deutsche zur Integration der Aussiedler bei. Das Zugehörigkeitsgefühl der Aussiedler zur Aufnahmegesellschaft entspricht damit der *identifikationalen Assimilation* bzw. *Integration* bei Gordon (Gordon 1964, Übersetzung aus Esser 1980).

Die **Aussiedler-Integration** ist mit der Esserschen *multiplen Inklusion* zu beschreiben. Aussiedler partizipieren sowohl an der ethnischen Community in Form von kulturellen Eigenheiten als auch an der Aufnahmegesellschaft, indem sie ihren alltäglichen Bezugspunkt in Deutschland sehen, in der Öffentlichkeit die deutsche Sprache gebrauchen und Beziehungen mit der Aufnahmegesellschaft pflegen. Alle Befragten bewerten die Lebenssituation der Aussiedler als integriert und bestätigen die Annahme, dass Aussiedler ein **höheres Integrationspotenzial** aufweisen als andere Migrantengruppen (**H2**). Den Erfolg der Integration begründen die IP mit den individuellen Determinanten der Aussiedler wie Selbstständigkeit, Zielstrebigkeit und Selbstidentifikation als „Deutsche“. Ferner wird der Gebrauch der deutschen Sprache im Alltag als positive Integrationsdeterminante herangezogen. Ihre persönliche Integration beurteilen die Aussiedler als vollendet. Sie fühlen sich in Deutschland „*angekommen*“ und „*zu Hause*“. Diese Selbstwahrnehmung entspricht der *personalen Integration* bei Esser, als Zufriedenheit der Einwanderer mit ihrer Situation in der neuen Gesellschaft (Esser 1980). Trotz des persönlichen Wohlbefindens in Deutschland lehnen die befragten Aussiedler eine völlige Assimilation ab und beschreiben ihr Verständnis von Integration als ein Gleichgewicht zwischen der mitgebrachten und der neu zu erlernenden Kultur.

Trotz aller positiven Integrationsvoraussetzungen, wie der personalen und identikativen Integration und den rechtlichen Bedingungen für die Aussiedlerzuwanderung, dürfen die **Integrationsprobleme** der Aussiedler nicht übersehen werden. Die Auseinandersetzung mit den Integrationsbarrieren ergab, dass Aussiedler mit **Vorurteilen** und **Diskriminierung** im Eingliederungsprozess konfrontiert werden. Kritik üben die IP ferner an der **fehlenden beruflichen Integration** und **Dequalifizierung**. *Erwerbstätigkeit* bzw. *Erwerbslosigkeit* wird als zentrale Integrationsdeterminante und -barriere angeführt. Somit kann bestätigt werden, dass

Russlanddeutsche sich trotz ihrer spezifischen Integrationsvoraussetzungen nicht reibungslos integrieren. Russlanddeutsche werden wie alle anderen Migrantengruppen mit spezifischen Integrationsproblemen im Integrationsprozess konfrontiert (**H3**).

Bei Fragen nach der Rollenverteilung im Eingliederungsprozess wird der **Aufnahmegesellschaft** die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Sie spielt eine **unterstützende Rolle**, indem sie sich offen und respektvoll gegenüber der Einwanderungsgesellschaft zeigt und Verständnis für anfängliche Schwierigkeiten im Eingliederungsprozess aufbringt. **Offenheit, Interesse und Verständnis** seitens der Aufnahmegesellschaft sind diejenigen Kategorien, die den Aussiedlern im Eingliederungsprozess fehlen und ihre Integration negativ beeinflussen. Bei der Integration ist die Rolle der **Einwanderungsgesellschaft** nicht zu vernachlässigen. Die Integration wird durch die **individuellen Eigenschaften** und die **persönlichen Leistungen** der Immigranten bestimmt.

Damit ist die vierte Hypothese mit Bezug auf die Umgebung bestätigt: **H4**: Neben den Migranten spielt die Aufnahmegesellschaft eine zentrale Rolle im Eingliederungsprozess. Je größer die Aufnahmebereitschaft der Aufnahmegesellschaft und damit die Möglichkeit der Einwanderer, an der Aufnahmegesellschaft zu partizipieren, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit der Integration.

Neben den persönlichen Determinanten der Einwanderer und der Aufnahmegesellschaft nimmt die **politische Ebene** eine wichtige Rolle im Eingliederungsprozess ein. Die deutsche Aussiedlerpolitik hat die Integration der Aussiedler insofern bestimmt, als dass ihre Einwanderung und sofortige Einbürgerung erst durch den **gesetzlichen Rahmen** möglich wurde. Somit fördert der spezifische rechtliche Umgang mit Aussiedlern deren Integrationsprozess. Ferner schätzen die befragten Aussiedler die geleistete **Hilfestellung** seitens des Staates am Anfang ihres Eingliederungsprozesses, sei es in Form materieller Hilfe und Aufklärungsarbeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder in Form finanzieller Unterstützung. Der in den 90er Jahren eingeleitete restriktive Umgang mit der Aussiedlereinwanderung und -integration erschwert allerdings die Aussiedlerintegration. Kritik an der Aussiedlerpolitik wird ferner in Bezug auf die fehlende Arbeitsmarktintegration und den integrationspolitischen Umgang mit Aussiedlern geübt. Es fehlt an nachhaltiger Begleitung im Integrationsprozess und Konzentration auf die Aussiedlerintegration. Aussiedler gehen in der Integrationsdebatte schlichtweg unter. Damit ist die fünfte Hypothese in Bezug auf die Umgebungsvariable bestätigt, **H5**: Neben den beiden Ebenen Migranten und Aufnahmegesellschaft stellt die politische Ebene eine weitere zentrale Komponente im Eingliederungsprozess dar. Je geringer eine Integrationspolitik restriktiver Art ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit der Integration.

8. Fazit

Das Anliegen der Forscherin war es, die Integrationssituation Russlanddeutscher aus Sicht der Betroffenen wiederzugeben, um einer sonst untergeordneten Gesellschaftsgruppe Gehör zu verschaffen. Ferner war es der Anspruch der Forscherin, die Aussiedlerpolitik kritisch zu beleuchten und aufbauend auf den in der Studie gewonnen Erkenntnissen Handlungsempfehlungen an die politische Ebene zu reichen.

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Aussiedler genießen aufgrund ihrer spezifischen rechtlichen Stellung gewisse Privilegien gegenüber anderen Migrantengruppen.

Trotz verschärfter Einwanderungsbedingungen seit Mitte der 90er Jahre weisen Russlanddeutsche stets ein hohes Integrationspotenzial auf. Diese Entwicklung ist in erster Linie mit der hohen Integrationsbereitschaft, den individuellen Determinanten und dem Selbstverständnis der Aussiedler als „Deutsche“ zu begründen. Ihre Integration beschreiben die Aussiedler im klassischen Sinne als eine Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft mit der Übernahme der Verhaltensnormen, der Rechtsauffassung und Sprache ohne dabei die mitgebrachte Tradition und Kultur aufzugeben. Die Gefahr einer völligen Assimilation an die Aufnahmegesellschaft unter der Verdrängung der kulturellen Wurzeln (Baaden 1997: 23) konnte in Bezug auf Aussiedler nicht bestätigt werden.

Das Integrationspotenzial Russlanddeutscher und ihre Nähe zum „deutschen Volk“ dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch diese Migrantengruppe Hindernisse im Eingliederungsprozess überwinden muss. Aussiedler sind besonders mit zunehmenden Sprachproblemen, fehlender Arbeitsmarktintegration, gesellschaftlichem Ausschluss sowie mangelnder Anerkennung konfrontiert. Trotz der Integrationsprobleme weisen die hier befragten IP eine starke Zufriedenheit mit ihrem Leben in der „neuen Heimat“ auf.

Die Analyse der Integrationsmaßnahmen ergab, dass besonders auf Regionalebene in der Hansestadt Hamburg eine befriedigende Integrationsarbeit stattfindet. Die Bedeutung und Notwendigkeit der Integration von Zuwanderern in die Aufnahmegesellschaft wird in der Hansestadt Hamburg wahrgenommen. Mit dem Integrationsbeirat hat das Land ein wichtiges Gremium auf staatlicher Ebene geschaffen, um das Thema Integration von Zuwanderern sowohl im Senat und in Behörden als auch in allen Bereichen der Gesellschaft publik zu machen. Parallel dazu unterstützt die Hansestadt unterschiedliche Kampagnen zur Integration von Zuwanderern. Eine besondere Stellung in der Integrationsarbeit nehmen die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, darunter eine Vielzahl von

Migrantenselbstorganisationen. Ihr Engagement ist vielschichtig, greift alle Ebenen des Integrationsprozesses auf und weist eine hohe Tiefenwirkung auf. Dort, wo auf administrativer Ebene der Integrationsprozess mit der Förderungsdauer endet und die strukturelle Integration im Vordergrund steht, begleiten die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Betroffenen kontinuierlich weiter. Über die strukturellen Aspekte der Integration (wie Ausbildung und Erwerbstätigkeit) hinaus fördern zivilgesellschaftliche Einrichtungen die soziale und kulturelle Integration. Am Fallbeispiel der Hansestadt Hamburg wird deutlich, wie wichtig die ebenenübergreifende Integrationsarbeit für die Eingliederung von Zuwanderern ist. Nur durch das Zusammenspiel der drei Ebenen Zuwanderungs-, Aufnahmegesellschaft und Politik kann Integration gelingen. Hier sind die Eigeninitiative der Immigranten, die Unvoreingenommenheit und Zugänglichkeit der Aufnahmegesellschaft unter der Mitwirkung der politischen Ebene gefragt.

Um die Integrationsmaßnahmen für Russlanddeutsche wirksamer ausbauen zu können, genügt es nicht, rein wissenschaftlichen Erkenntnissen zu folgen. Eine erfolgreiche Integration gelingt nur unter dem Einbezug der Betroffenen. Die vorliegenden Handlungsempfehlungen beruhen somit auf den Forschungsergebnissen dieser Arbeit unter Einbezug der Aussagen der Interviewpartner.

1. Die Aussiedlerthematik wird sowohl von der Forschung als auch von der deutschen Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen. Unwissen, fehlende Aufklärung und Desinteresse fördern Ausgrenzung und das Entstehen von Vorurteilen. Aussiedlern mangelt es an **Anerkennung** als „Deutsche“. Der Wunsch nach **Aufklärung** und Wahrnehmung durch die Aufnahmegesellschaft ist enorm. **Aussiedler** müssen als **„integraler Teil der deutschen Kultur“** (Harris 1999: 263) wahrgenommen werden. Zunächst gilt es die Aufnahmegesellschaft über die spezifische Situation der Migrantengruppe „Aussiedler“ zu informieren. Hierbei kann die politische Ebene in Form von Aufklärungskampagnen und Repräsentation der Aussiedlerthematik sowohl in der Administration als auch in den Medien ihren Beitrag leisten.

2. Die **Förderung der Bildung und Qualifikation** von Zuwanderern muss zentrales Ziel der Integrationspolitik sein. Bildung und Qualifikation erhöhen die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern sowie ihren Nachkömmlingen und verringern ihre Benachteiligung, Diskriminierung und das Abrutschen in parallelgesellschaftliche Strukturen. Dem widersprechen die finanziellen Einsparungen in der Eingliederungshilfe z.B. der Sprachförderung.

3. Die **Beratung** von Zuwanderern bildet einen zentralen Bestandteil der ebenenübergreifenden Integrationsarbeit. Positiv zu bewerten ist die Vielfältigkeit des Beratungsangebotes. Allerdings bedarf es an einem adäquat ausgebildeten und muttersprachlichen Personal, das die Belange der Betroffenen nachvollziehen und wirksam eingreifen kann. Ferner muss die Erreichbarkeit der Betroffenen gewährleistet sein, denn das Beratungsangebot erreicht in der Regel nur wenige Immigranten. Es fehlt an Informationen über die zahlreichen Beratungsmöglichkeiten. Die Aufklärung über das Beratungsangebot sollte unmittelbar nach der Einwanderung erfolgen. Die Beratung kann sich nicht auf die erste Phase des Eingliederungsprozesses beschränken. Integration ist ein langwieriger Prozess. Dem gilt es durch eine kontinuierliche Betreuung durch die Beratungsstellen gerecht zu werden. Ferner konzentriert sich die Beratungsarbeit vorwiegend auf die strukturellen Aspekte der Integration wie Bildung und Arbeitsmarkt. Diese sind zentral für die Eingliederung von Zuwanderern. Integration ist jedoch ein mehrdimensionaler Prozess. Somit müssen Aspekte der sozialen und kulturellen Integration in der Beratung berücksichtigt werden.

4. Eine erfolgreiche Integration kann nicht nur durch staatliches Handeln forciert werden. Sie kann nur gelingen, wenn die **Aufnahmegesellschaft** die Zuwanderung von Aussiedlern als sozialen, demografischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zugewinn erkennt und die mitgebrachten Potenziale der Aussiedler nutzt.

5. Neben der staatlichen Ebene und der Aufnahmegesellschaft bestimmt die Einwanderungsgesellschaft den Verlauf der Integration selbst. Hier gilt es die Potenziale und die Motivation der Einwanderer wahrzunehmen, ihre **Eigeninitiative** zu aktivieren und **Migrantenselbstorganisationen** zu fördern.

6. Die Anstrengungen zur Integration von Zuwanderern rentieren sich erst, wenn sie in ein **Zusammenspiel aller Beteiligten** eingebettet sind. Es erfordert einen engen Austausch zwischen den Regeldiensten, Behörden und Bildungsträgern, den Beratungseinrichtungen, der Wirtschaft und natürlich den Zuwandern selbst, um eine zielgerechte und koordinierte Integrationsarbeit zu gewährleisten. Die Bildung von Integrationsbeiräten auf kommunaler Ebene, die als Integrationsmultiplikatoren alle an der Integration beteiligten Akteure zusammenbringen, ist hierbei ein willkommener Ansatz.

Die vorliegende Studie beschränkt sich auf einige wenige Momentdaten und kann damit die komplexen Zusammenhänge und Prozess der Eingliederung nicht erklären. Die gewonnenen Ergebnisse können jedoch als Fundament für eine Panel-Analyse dienen, um die Komplexität des Eingliederungsprozesses besser fassen und erklären zu können. In Betracht kommen eine

bundesweite Erhebung oder eine vergleichende Studie in Bezug auf die Aussiedlerpolitik und -integration in verschiedenen Städten Deutschlands. Aufbauend auf den Ergebnissen der vorliegenden qualitativen Studie wäre eine quantitative Befragung denkbar, um die Repräsentativität sowie Validität der Forschungsergebnisse gewähren und die Vorzüge der Triangulation empirischer Sozialforschung nutzen zu können. Darüber hinaus ist es schwierig, aus einer soziologischen und politologischen Analyse heraus allgemeine Aussagen über den Eingliederungsprozess von Aussiedlern zu liefern. Für eine Weiterentwicklung der Aussiedlerforschung bedarf es an multidisziplinären Studien, die die verschiedenen Zugänge aus der Psychologie, Soziologie, Politologie, Ökonomie und Geschichte kombinieren. Nichtsdestotrotz liefert die vorliegende Arbeit wichtige Erkenntnisse über die Lebenssituation und Integration von Russlanddeutschen, von denen sowohl künftige Forschungsprojekte als auch die politische Ebene profitieren können.

Aussiedler gehören zu einer gesellschaftlichen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland. Die zu verzeichnenden Versäumnisse in der Eingliederung von Aussiedlern könnten den Abstieg einer Minderheit zu einer Randgruppe forcieren. Die vorliegende Arbeit deckt die Fehleinschätzungen und Versäumnisse in der Eingliederung von Aussiedlern auf und nennt Vorschläge, wie eine bedarfsorientierte und ebenenübergreifende Integrationsarbeit aussehen kann. Es liegt an den politischen Akteuren, der Aufnahmegesellschaft und den Immigranten die gewonnenen Erkenntnisse und Vorschläge wahrzunehmen und umzusetzen. Die Möglichkeiten einer ebenenübergreifenden und auf die spezifische Migrantengruppe ausgerichteten Integrationsarbeit sind vorhanden. Die Chancen und Potenziale einer erfolgreichen Integration sind vor allem in Bezug auf die Gruppe der Aussiedler erheblich. Diese Vorzüge gilt es zu nutzen.

Die letzte Frage der vorliegenden qualitativen Erhebung galt den Zukunftsperspektiven und Wünschen der befragten Aussiedler. Die Antwort hierauf lautete: „[Unser Ziel war es, zu Hause anzukommen.] Wir sind zu Hause angekommen und wir wollen auch zu Hause bleiben“ (E5).

Literaturverzeichnis

- Abels, G./Behrens, M. (2009): ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft. Eine sekundäranalytische Reflexion über geschlechtertheoretische und politikfeldanalytische Effekte. In: Bogner, A./Littig, B./Menz, W. (Hrsg.), Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3., grundlegend überarbeitete Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 159-179.
- Alba, R. (2008): Why we still need a Theory of Mainstream Assimilation. In: Kalter, F. (Hrsg.), Migration und Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 37-56.
- Alba, R./Nee, V. (Hrsg.) (2003): Remaking the American Mainstream. Assimilation and Contemporary Immigration. Cambridge: Harvard Univ. Press.
- Alba, R./Nee, V. (2004): Assimilation und Einwanderung in den USA. In: IMIS-Beiträge, 23, 21-39.
- Althammer, W. (1992): Zur Bedeutung der Aussiedlerforschung. In: Althammer, W./Kossolapow, L. (Hrsg.), Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien. Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 15-18.
- Aumüller, Jutta (Hrsg.) (2009): Assimilation. Kontroversen um ein migrationspolitisches Konzept. Bielefeld: transcript Verlag.
- Baaden, A. (1997): Aussiedler-Migration. Historische und aktuelle Entwicklungen. Berlin: Berlin Verlag.
- Babka von Gastomski, C. (2003): Gewalt als Reaktion auf Anerkennungsdefizite? Eine Analyse bei männlichen deutschen, türkischen und Aussiedler-Jugendlichen im IKG-Jugendpanel 2001. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55 (2), 253-277.
- Bade, K. J. (Hrsg.) (1994): Ausländer - Aussiedler - Asyl. Eine Bestandsaufnahme. München: Beck.
- Bade, K. J./Oltmer, J. (Hrsg.) (1999): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch.
- BAMF (2012): Homepage. URL: <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Aufgaben/aufgaben-node.html> (16.10.2012)
- Barth, W./Schubert, C. (Hrsg.) (2003): Migration - Sucht - Hilfe: Junge Migranten und Migrantinnen aus der GUS in den Systemen Suchthilfe und Migrationsberatung. Nürnberg: Emwe-Verlag.
- Bergner, C./Weber, M. (Hrsg.) (2009): Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. München: Oldenbourg Verlag.
- Berufliche Schule zur Integration schulpflichtiger Jugendlicher Malchow (2012): Homepage. URL: <http://www.bs-malchow.de/index.html> (24.10.2012)

- BMI (2010): Förderrichtlinien der MBE. URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Migrationserstberatung/mbe-foeri_pdf.pdf?__blob=publicationFile (16.10.2012)
- BMI (Hrsg.) (2011): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin: BMI.
- BMI/BAMF (2009): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2009.pdf?__blob=publicationFile (16.10.2012)
- Brake, K. (1998): Lebenserinnerungen rußlanddeutscher Einwanderer. Zeitgeschichte und Narrativik. Berlin: Dietrich Reimer Verlag.
- Brandes, D. (Hrsg.) (1993): Von den Zaren adoptiert. Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neu-rußland und Bessarabien 1751 - 1914. München: Oldenbourg Verlag.
- Bund der Vertriebenen (BdV) (2012): Homepage. URL: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/struktur-1.php3> (24.10.2012)
- Bundesministerium der Finanzen (2012): Finanzplan des Bundes 2011-2015. URL: <http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2012/pdf/finanzplan.pdf> (24.10.2012)
- Bundesverwaltungsamt (BVA) (2012): Statistik. URL: http://www.bva.bund.de/cln_331/nn_2171900/DE/Aufgaben/Abt__III/Spaetaussiedler/statistik/Jahre/2011/J-SES-11__VerteilungStaatMonat.html (24.10.2012)
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2010): Konzept zur beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. URL: http://www.vernetzung-migration-hamburg.de/fileadmin/user_upload/Senatsdrucksache_berufliche_Integration_19-5948.pdf (16.10.2012)
- Buschkowsky, H. (Hrsg.) (2012): Neukölln ist überall. Berlin: Ullstein Verlag.
- Butterwegge, C./Hentges, G. (Hrsg.) (2006): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung: Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik. 3., aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Czycholl, D. (2003): Rauschmittelprobleme bei Aussiedlern. In: DBH-Bildungswerk (Hrsg.), Spätaussiedler. Interkulturelle Kompetenz für die Straffälligenhilfe und den Justizvollzugsdienst. Godesberg: Forum Verlag, 157-167.
- Diakonisches Werk Hamburg (2012): Zentrale Anlaufstelle Anerkennung. URL: <http://diakonie-hamburg.de/kd.1126000849.34/info.html> (24.10.2012)
- Diekmann, A. (Hrsg.) (2007): Empirische Sozialforschung. Grundlagen. Methoden. Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

- Dietz, B. (1995): Zwischen Anpassung und Autonomie. Russlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland. In: Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München: Wirtschaft und Gesellschaft, 22. Berlin: Duncker & Humblot.
- Dietz, B. (Hrsg.) (1997): Jugendliche Aussiedler. Ausreise, Aufnahme, Integration. Berlin: Berlin Verlag.
- Dietz, B. (1999a): Jugendliche Aussiedler in Deutschland. Risiken und Chancen der Integration. In: Bade, K. J./Oltmer, J. (Hrsg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 153-176.
- Dietz, B. (1999b): Aussiedlerintegration in Wirtschaft und Gesellschaft. In: Barbasina, E./Brandes, D./Neutatz, D. (Hrsg.), Die Russlanddeutschen in Russland und Deutschland. Selbstbilder, Fremdbilder, Aspekte der Wirklichkeit. Essen: Klartext-Verlag, 176-190.
- Dietz, B./Hilkes, P. (1992). Deutsche Aussiedler aus der Sowjetunion. Sozialer Hintergrund. Ausreise. Integration. In: Althammer, W./Kossolapow, L. (Hrsg.), Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien. Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 49-76.
- Eisenstadt, S. N. (1952): The Press of Absorption of New Immigrants in Israel. In: Human Relations, 5, 223-246.
- Eisenstadt, S. N. (Hrsg.) (1954): The Absorption of Immigrants. A comparative study based mainly on the Jewish community in Palestine and the State of Israel. London: Routledge & Paul.
- Eisfeld, A./Herdt, V. (Hrsg.) (1996): Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941-1956. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Esser, H. (Hrsg.) (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand Verlag.
- Esser, H. (2001): Integration und ethnische Schichtung. In: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere, 40.
- Esser, H. (2004): Welche Alternativen zu Assimilation gibt es eigentlich? In: IMIS-Beiträge, 23, 41-60.
- Esser, H. (2006): Migration, Sprache und Integration. In: Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.), AKI-Forschungsbilanz 4. Berlin.
- Esser, H. (2008): Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation? Neuere Theorien der Eingliederung von Migranten und das Modell der intergenerationalen Integration. In: Kalter, F. (Hrsg.), Migration und Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 81-107.
- Fenner, E./Hennings, R. (2001): Erinnerungen. In: Neebe, G./Strasser, G. (Hrsg.), Soziale Arbeit mit Spätaussiedlern. Informationen, Theorien, Praxisbeispiele. Schwalmstadt: Plag Verlag, 15-39.

- Franzke, D./Schönhuth, M. (Hrsg.) (2003): Russlanddeutsche. Der Einfluss soziokultureller Faktoren auf den Integrationsprozess von Spätaussiedlern. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2000) (Hrsg.): Neue Wege der Aussiedlerintegration. Vom politischen Konzept zur Praxis. Bonn.
- Gasimov, Z. (Hrsg.) (2012): Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa im 19. - 20. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Geiling, H./Gardemin, D./ Meise, S. (Hrsg.) (2011): Migration - Teilhabe - Milieus: Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geißler, R. (2004): Einheit in Verschiedenheit. Die interkulturelle Integration von Migranten - ein humaner Mittelweg zwischen Assimilation und Segregation. URL: http://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/geissler/rainer_geissler_-_einheit-in-verschiedenheit.pdf (16.10.2012)
- Greif, S./Gediga, G./Janikowski, A. (1999): Erwerbslosigkeit und beruflicher Abstieg von Aussiedlerinnen und Aussiedlern. In: Bade, K. J./Oltmer, J. (Hrsg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 81-106.
- Halm, D./Sauer, M. (2006): Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Parallelgesellschaften? Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 18-24.
- hamburg.de (2012a): Unterstützung bei der Einbürgerung. URL: <http://einbuengerung.hamburg.de/unterstuetzung/2515262/unterstuetzung.html> (24.10.2012)
- hamburg.de (2012b): Aufgaben des Integrationsbeirats. URL: www.hamburg.de/aufgabenziele/115298/ziele.html (24.10.2012)
- hamburg.de (2012c): Für mehr kulturelle Vielfalt in der hamburgischen Verwaltung. URL: <http://www.hamburg.de/bist-du-dabei> (24.10.2012)
- Harris, P. A. (1999). Russische Juden und Aussiedler: Integrationspolitik und lokale Verantwortung. In: Bade, K./Oltmer, J. (Hrsg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 247-264.
- Haug, S./Baraulina, T./Babka von Gastomski, C. (2008): Kriminalität von Aussiedlern. Eine Bestandsaufnahme. URL: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp12-kriminalitaet-aussiedler.pdf?__blob=publicationFile (16.10.2012)
- Heller, W. (1992): Bericht über zwei Forschungsprojekte über Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. In: Althammer, W./Kossolapow, L. (Hrsg.), Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien. Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 29-47.

- Hensen, J. (2009). Zur Geschichte der Aussiedler- und Spätaussiedleraufnahme. In: Bergner, C./Weber, M. (Hrsg.), Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. München: Oldenbourg Verlag, 47-61.
- Hilkes, P. (1990): Zur Lage der deutschen Minderheiten in der Sowjetgesellschaft - der Stand der Forschung in der Bundesrepublik und in der UdSSR. Eine Bestandsaufnahme. München: Osteuropa-Institut.
- Hofmann-Nowotny, H.J. (Hrsg.) (1973): Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Stuttgart: Enke Verlag.
- Hofmann-Nowotny, H.J. (1987): Gastarbeiterwanderungen und soziale Spannungen. In: Reimann, H./Reiman H. (Hrsg), Gastarbeiter - Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems, 2. Auflage. Opladen: West-Deutscher Verlag.
- Hopf, C./Rieker, P./Sanden-Marcus, M./Schmidt, C. (1995): Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim, München: Juventa Verlag.
- Hunger, U. (2004): Wissenschaftlichen Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration des Bundesministeriums des Inneren der Bundesrepublik Deutschland zur Frage: Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? URL: http://www.pro-qualifizierung.de/data/034_imis_mso.pdf (16.10.2012)
- IAB (2007): Verkehrte Welt. Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter arbeitslos. URL: doku.iab.de/kurzber/2007/kb0807.pdf (16.10.2012)
- Ingehorst, H. (Hrsg.) (1997). Die Russlanddeutschen. Aussiedler zwischen Tradition und Moderne. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Ipsen-Peitzmeier, S./Kaiser, M. (Hrsg.) (2006): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland. Bielefeld: transcript Verlag.
- JMD (2012): Homepage. URL: http://www.jmd-portal.de/_template.php?1=1 (16.10.2012)
- Kaliske, D. (2001): Politik und Recht. In: Neebe, G./Strasser, G. (Hrsg.), Soziale Arbeit mit Spätaussiedlern. Schwalmstadt: Plag GmbH, 153-184.
- Kallfell, T. (Hrsg.) (2012): Spracheneinfluss und konstruktionelles Lernen beim Erwerb des Deutschen als Zweitsprache: untersucht am Beispiel zweier russischsprachiger Spätaussiedlerinnen. München: Verlag Otto Sagner.
- Kalter, F. (Hrsg.) (2008): Migration und Integration. (Die ersten Fassungen der in diesem Sonderheft vereinigten Beiträge wurden im Juli 2007 auf einer Konferenz in Leipzig präsentiert). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kappeler, A. (1987): Die Deutschen im Rahmen des zaristischen und sowjetischen Vielvölkerreiches. In: Kappeler, A./Meissner, B./Simon, G. (Hrsg.), Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat. Köln: Markus-Verlag.

- Kawamura-Reingl, G./Keicher, R./Krell, W. (Hrsg.) (2002): Migration, Kriminalität und Kriminalisierung - Herausforderung an Soziale Arbeit und Straffälligenhilfe. Freiburg: Lambertus Verlag.
- Kiel, S. (Hrsg.) (2009): Wie deutsch sind Russlanddeutsche? Eine empirische Studie zur ethnisch-kulturellen Identität in russlanddeutschen Aussiedlerfamilien. Berlin: Waxmann Verlag.
- Koller, B. (1997): Aussiedler der großen Zuwanderungswellen - was ist aus ihnen geworden? Die Eingliederungssituation von Aussiedlerinnen und Aussiedlern auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), 30, 766-789.
- Kossolapow, L. (1992): Kulturarbeit mit Aussiedlern als phasenspezifischer Prozess. In: Althammer, W./Kossolapow, L. (Hrsg.), Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien. Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 19-28.
- Kowal, S./O'Connell, D. (2000): Zur Transkription von Gesprächen. In: Flick, U./Von Kardorff, E./Steinke, I. (Hrsg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 437-447.
- Lamnek, S. (Hrsg.) (2010): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 5., überarbeitete Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. (LMDR) (2012): Homepage. URL: <http://lmdr.de/category/projekte/integrationsprojekte/servus/> (24.10.2012)
- Lanquillon, F. (1985): Deutsche unter Deutschen. Texte zur Situation der Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik.
- Liebenstein, I. (2010): Integrationsprobleme von Russlanddeutschen. Diplomica Verlag.
- Mammey, U. (1999): Segregation, regionale Mobilität und soziale Integration von Aussiedlern. In: Bade, K. J./Oltmer, J. (Hrsg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 107-126.
- Matt, E. (2000): Darstellung qualitativer Forschung. In: Flick, U./Von Kardorff, E./Steinke, I. (Hrsg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 579-586.
- Mayer, T. (Hrsg.) (2002): Identitätspolitik: vom Missbrauch kultureller Unterschiede. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Meng, K. (Hrsg.) (2001): Russlanddeutsche Sprachbiografien. Untersuchung zur sprachlichen Integration von Aussiedlerfamilien. Tübingen: Narr Verlag.
- Meuser, M./Nagel, U. (1994). Expertenwissen und Experteninterview. In: Hitzler, R./Honer, A./Maeder, C. (Hrsg.), Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 180-192.

- Meuser, M./Nagel, U. (2009): Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion. In: Bogner, A./Littig, B./Menz, W. (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3., grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 35-60.
- Milton, M. G. (Hrsg.) (1964): Assimilation in American life. The role of race, religion, and national origins. New York: Oxford Univ. Press.
- Niedersachsen.de (2012): Grenzdurchgangslager Friedland. Zentrum für Integration. URL: http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14845&article_id=62130&_psmand=33 (24.10.2012)
- Otto Benecke Stiftung e. V. (OBS) (2012): Homepage. URL: <http://www.obs-ev.de/beratungskurse-foerderung/> (24.10.2012)
- Oltmer, J. (Hrsg.) (2003): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen: V & R Unipress.
- Park, R. E. (Hrsg.) (1950): Race and culture. Glencoe, Ill.: The Free Press.
- Park, R. E./Burgess, E.W. (Hrsg.) (1969): Introduction to the science of sociology: including the original index of basic sociological concepts. Chicago, Ill.: Univ. of Chicago Press.
- Portes, A. (Hrsg.) (1995): The economic sociology of immigration. Essays on networks, ethnicity and entrepreneurship. New York: Russell Sage Foundation.
- Portes, A./Rumbaut, R. G. (Hrsg.) (1996): Immigrant America. A portrait. Berkeley, Calif.: Univ. of California Press.
- Portes, A./Zhou, M. (1993): The New Second Generation: Segmented Assimilation and its Variants. In: The Annals of the American Academy, 530, 74-96.
- Pries, Ludger (2001): Migration und Integration in Zeiten der Transnationalisierung oder: Warum braucht Deutschland eine „Kulturrevolution“? URL: http://www.inccas.de/de/download/publ-2001_lp_miguintegration.pdf (17.10.2012)
- Reinders, H. (Hrsg.) (2005): Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen: ein Leitfaden. München: Oldenbourg Verlag.
- Reitemeier, U. (Hrsg.) (2003): Sprachliche Integration von Aussiedlern im internationalen Vergleich. Mannheim: Narr Verlag.
- Reitemeier, U. (Hrsg.) (2006): Aussiedler treffen auf Einheimische: Paradoxien der interaktiven Identitätsarbeit und Vorenthaltung der Marginalitätszuschreibung in Situationen zwischen Aussiedlern und Binnendeutschen. Tübingen: Narr Verlag.
- Roesler, C. (2003): Russlanddeutsche Identitäten zwischen Herkunft und Ankunft. Eine Studie zur Förderungs- und Integrationspolitik des Bundes. In: Bayer, M./Mitter, W. (Hrsg.), Europäische Migrationsforschung. Band 4. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang.

- Sassen, Saskia (2000): Arbeit ohne Grenzen. Migration und Staatssouveränität. URL: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_276.asp (16.10.2012)
- Schafer, A./Schenk, L./Kühn, G. (Hrsg.) (1995): Arbeitslosigkeit, Befindlichkeit und Bildungsbereitschaft von Aussiedlern. Eine empirische Studie. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Schmidt, C. (2000): Analyse von Leitfadeninterviews. In: Flick, U./Von Kardorff, E./Steinke, I. (Hrsg.), Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 447-456.
- Schmitt-Rodermund, E./Silbereisen, R. K. (2002): Psychosoziale Probleme bei jungen Aussiedlern. Eine Längsschnittstudie. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 34, 63-71.
- Söhn, J. (Hrsg.) (2011): Rechtsstatus und Bildungschancen. Die staatliche Ungleichbehandlung von Migrantengruppen und ihre Konsequenzen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Statistikamt Nord (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2010. URL: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI_SPEZIAL_VII_2011.pdf (16.10.2012)
- Statistikamt Nord (2012): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende Januar 2012. URL: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI_SPEZIAL_III_2012.pdf (16.10.2012)
- Stöbel, K. (2010): Zwischen allen Stühlen: Kulturelle Selbstzuschreibungen im Akkulturationsprozess jugendlicher Aussiedler. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Thränhardt, D. (1999): Integration und Partizipation von Einwanderergruppen im lokalen Kontext. In: Bade, K. J./Oltmer, J. (Hrsg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 229-246.
- Tröster, I. (2003): Wann ist man integriert? Eine empirische Analyse zum Integrationsverständnis Russlanddeutscher. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Vogelsang, W. (Hrsg.) (2008): Jugendliche Aussiedler. Zwischen Entwurzelung und Integration. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Von Allemann, U./Forndran, E. (Hrsg.) (2005): Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis. 7. Aufl. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Weiß, W. (Hrsg.) (1997): Eingliederungshilfen für Spätaussiedler. Rechte und Leistungen auf gesetzlicher Grundlage. Berlin: Berlin Verlag.
- Welt, J. (2000): Die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung. Zwischenbilanz und Ausblick. In: FES (Hrsg.), Neue Wege der Aussiedlerintegration. Vom politischen Konzept zur Praxis. Bonn, 11-26.

Westphal, M. (Hrsg.) (2002): Aussiedlerinnen. Geschlecht, Beruf und Bildung unter Einwanderungsbedingungen. Bielefeld: Kleine Verlag.

Weydt, H. (1992). Aussiedler im Konflikt. Bleiben oder gehen? In: Althammer, W./Kossolapow, L. (Hrsg.), Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien. Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 77-88.

Wierling, D. (Hrsg.) (2004): Heimat finden. Lebenswege von Deutschen, die aus Russland kommen. Hamburg: edition Körber-Stiftung.

Witzel, A. (Hrsg.) (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Witzel, A. (2000): Das problemzentrierte Interview. URL: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519> (16.10.2012)

Gesetze

Gesetz zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler (Aussiedleraufnahmegesetz - AAG) vom 28.06.1990. URL: [http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=%2F%2F*\[%40attr_id%3D%27bgbl190s1247.pdf%27\]&wc=1&skin=WC](http://www.bgbl.de/Xaver/text.xav?bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=%2F%2F*[%40attr_id%3D%27bgbl190s1247.pdf%27]&wc=1&skin=WC) (16.10.2012)

Gesetz zur Bereinigung von Kriegsfolgengesetzen (Kriegsfolgenbereinigungsgesetz - KfbG) vom 21.12.1992. URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/kfbg/gesamt.pdf> (16.10.2012)

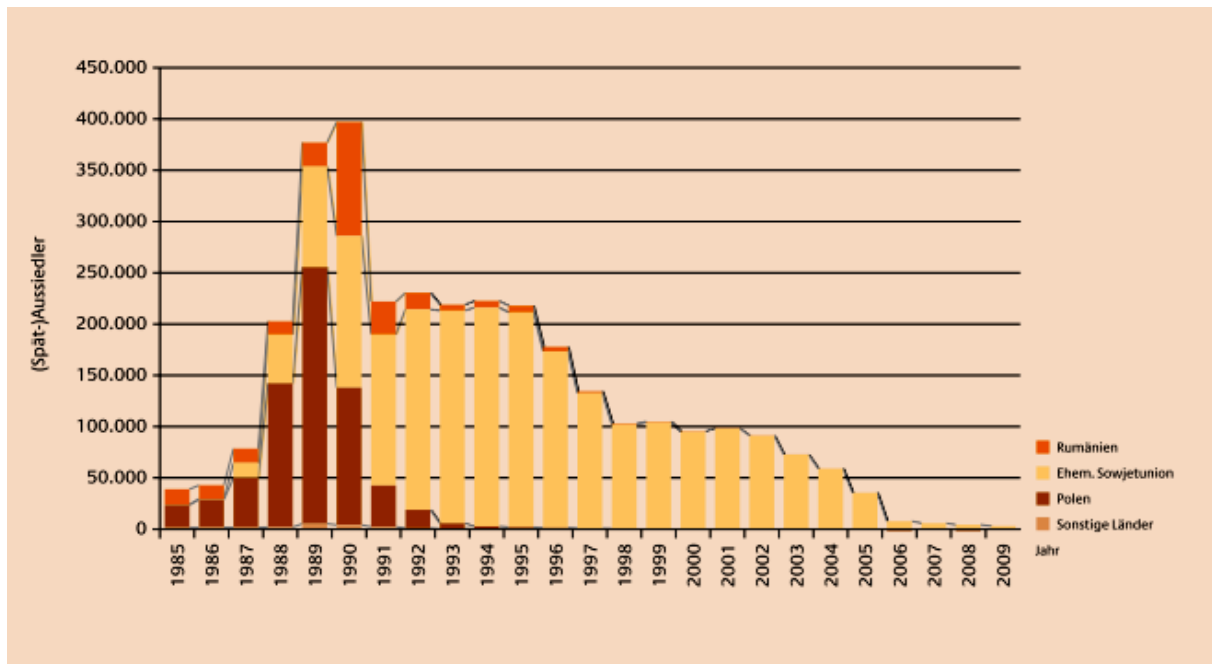
Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebengesetz - BVFG): Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2007. URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bvfg/gesamt.pdf> (16.10.2012)

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG): Fassung der Bekanntmachung vom 25.02.2008. URL: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/aufenthg_2004/gesamt.pdf (16.10.2012)



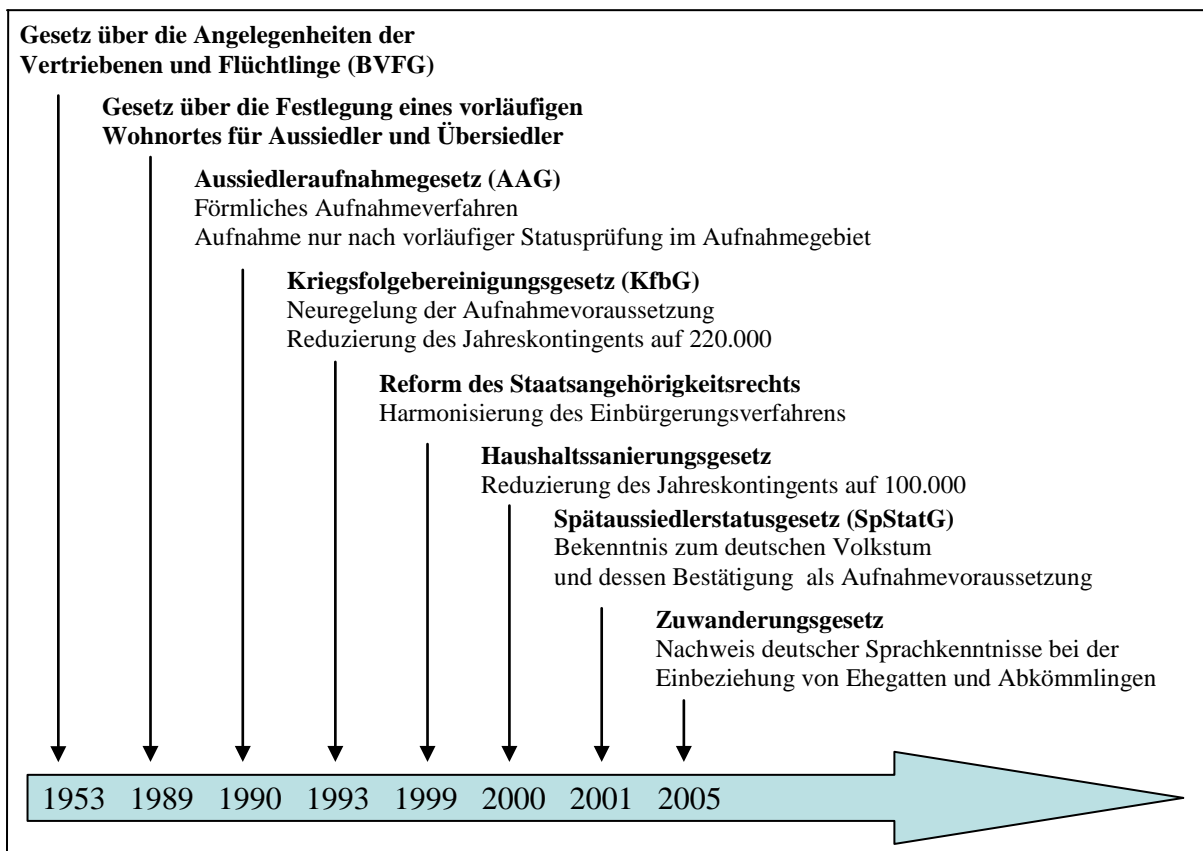
Quelle: Kompetenzzentrum für Integration (2012): Geschichte der Russlanddeutschen. URL: http://www.kfi.nrw.de/zuwanderung/Aufnahmeverfahren_Spaetaussiedler/Geschichte_Russlanddeutsche/index.php (17.10.2012)

Abbildung 2: Zuzug von (Spät-) Aussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland 1985-2009



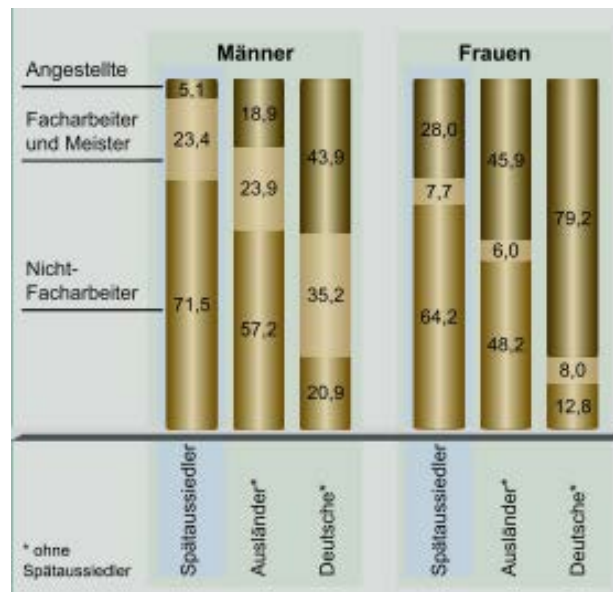
Quelle: BMI/BAMF 2009: 54

Abbildung 3: Gesetzliche Änderungen der Aussiedleraufnahme



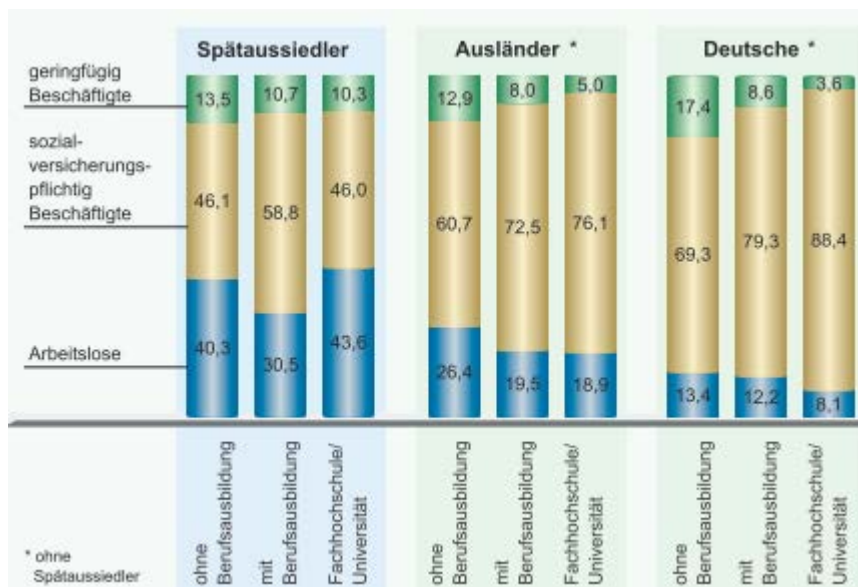
Quelle: Eigene Bearbeitung nach Bergner/Weber 2009: 253

Abbildung 4: Berufliche Stellung von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten nach Geschlecht und Nationalität in Prozent (Stand: 30. Juni 2004)



Quelle: IAB 2007: 4

Abbildung 5: Erwerbsstatus nach Nationalität und Bildungsabschluss in Prozent (Stand: 30. Juni 2004)



Quelle: IAB 2007: 3

Leitfaden für Interviews mit Aussiedlern

1. Persönliche Erfahrungen bei und nach der Einwanderung

- Warum sind Sie nach Deutschland gekommen?
- Was haben Sie sich von der Auswanderung gewünscht und erwartet?
- Wurden Ihre Wünsche erfüllt?
- Haben Sie bei der Einreise Unterstützung erhalten? Welche Rolle spielte hierbei die Aufnahmegesellschaft für Sie?

2. Zum Verständnis von Integration

- Was verstehen Sie unter Integration?
- Woran bedarf es, damit Integration gelingt? Worauf kommt es hierbei an?
- Welche Rolle spielen bei der Integration a) die Einwanderer, b) die Politik und c) die Aufnahmegesellschaft?

3. Zur eigenen Integration, zum Selbstverständnis

- Wie wichtig ist es Ihnen, in der Aufnahmegesellschaft aufgenommen zu werden?
- Engagieren Sie sich auf politischer, sozialer oder kultureller Ebene?
- Beschreiben Sie ihren Freundeskreis zu Anfang der Einwanderung und heute.
- Ist Ihnen die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft schwer gefallen? Warum ja/nein?
- Sind Sie heute zufrieden mit Ihrem Leben in Deutschland?
- Fühlen Sie sich integriert?
- Fühlen Sie sich eher Deutsch oder Russisch?

4. Integrationsbarrieren

- Was ist Ihnen am Anfang Ihrer Einwanderung schwer gefallen? Wo hatten Sie Probleme? Wie ist es heute?
- Wie fühlen Sie sich im Vergleich mit der Aufnahmegesellschaft?
- Wurden Sie aufgrund Ihrer Herkunft diskriminiert?

5. Integrationspolitik / -angebot

- Welche Integrationshilfen haben Sie am Anfang Ihrer Eingliederung erhalten?
- Wie haben Sie von dem Integrationsangebot erfahren?
- Wie würden Sie diese Integrationshilfen beurteilen? Waren sie ausreichend?
- Wie wichtig sind für Sie Integrationsmaßnahmen?
- Erleichtern die Behörden und die politische Ebene die Eingliederung in Hamburg?
- Hat die Politik hierbei etwas versäumt?
- Wo gibt es Verbesserungsmöglichkeiten?

6. Ausblick

- Was wünschen Sie sich für Ihre Zukunft? Wie sehen ihre Zukunftsperspektiven aus?

Leitfaden für Experteninterviews

1. Angaben zur Organisation/Institution

- Wie ist Ihre Organisation entstanden?
- Was sind die Aufgaben und Aktivitäten der Organisation?
- Welche Ziele verfolgt die Organisation?
- Wer engagiert sich in Ihrer Organisation?
- Mit welchen
 - a) staatlichen und/oder
 - b) nicht-staatlichen Akteuren kooperieren Sie?

2. Zum Verständnis von Integration

- Was verstehen Sie unter Integration?
- Woran bedarf es, damit Integration gelingt? Worauf kommt es hierbei an?
- Welche Rolle spielen bei der Integration a) die Einwanderer, b) die Politik und c) die Aufnahmegesellschaft?
- Wie leistet Ihre Organisation einen Beitrag zur Integration?

3. Russlanddeutsche in Hamburg

- Erzählen mir Sie mir bitte etwas über die Geschichte, die Entwicklung der Russlanddeutschen in Hamburg.
- Wie sieht es heute mit der Situation der Russlanddeutschen in Hamburg aus?

4. Integrationsbarrieren

- Welche Schwierigkeiten beobachten Sie, wenn es um Integration geht?
- Mit welchen Problemen wenden sich die Betroffenen an Sie?

5. Integrationspolitik / -angebot

- Wie bewerten Sie das Integrationsangebot in Hamburg für Spätaussiedler?
- Wird das Angebot genutzt?
- Wie würden Sie die Entwicklung der Integrationspolitik für Spätaussiedler in Deutschland beschreiben?
- Wie würden Sie diese Entwicklung bewerten?
- Wie wichtig sehen Sie Integrationsmaßnahmen?
- Hat die Politik hierbei etwas versäumt?
- Wo gibt es Verbesserungsmöglichkeiten?

6. Ausblick

- Auf welchem Stand sehen Sie die Integration von Spätaussiedlern heute und morgen?
- Was wünschen Sie sich für die Zukunft?
- Woran bedarf es, um diese Ziele zu erreichen?

Abbildung 6: Soziodemographische Daten der befragten Aussiedler

Interviewnummer	Geschlecht	Alter	Beruf	Einreisejahr	Herkunftsgebiet	Staatsangehörigkeit
A1	weiblich	36	Hauswirtschaftlerin	1993	Kirgistan	Deutsch
A2	weiblich	27	Deutschlehrerin	2003	Russland	Deutsch und Russisch
A3	männlich	29	Zahntechniker	1995	Ukraine	Deutsch
A4	männlich	44	Reisebürokaufmann	1993	Kasachstan	Deutsch
A5	weiblich	63	Rentnerin	1998	Kaukasus	Deutsch

Einwanderung

Erwartungen
Einwanderungsmotiv
Hilfestellung

Integrationsverständnis

Definition Integration
Rolle Einwanderer
Rolle Politik
Rolle Aufnahmegesellschaft

Integrationsdeterminanten

Individuelle Determinanten
Erwerbstätigkeit
Kontakt zu Seinesgleichen
Sprache
Kontakt zur Aufnahmegesellschaft
Aussiedlerstatus
Deutsche Wurzeln

Persönliche Integrationserfahrungen

Freundeskreis
Engagement
Integrationsgefühl

Integrationsbarrieren

Diskriminierung/Ablehnung/Vorurteile
Sprache
Erwerbslosigkeit
Fehlende Anerkennung
Behördenprobleme
Identitätskonflikte
andere Barrieren
Abschottung
Kriminalität/Alkoholismus
ethnische Differenzen

Integrationspolitik

vorhandene Integrationsmaßnahmen
genutzte Integrationsmaßnahmen
Bewertung Integrationspolitik
Versäumnisse der Politik
Verbesserungsvorschläge

Ausblick

Zukunftswünsche

Feedback

Einstellung zur Studie
Interviewkritik